

Auswirkungen der Einbeziehung neuer Mitglieder in die Organisation der Vereinten Nationen

Von Prof. Eric Stein
University of Michigan, Ann Arbor

Zweiter Teil

Der Wirtschafts- und Sozialrat

Jede Bemühung, das Arbeitspensum der Vollversammlung zu entlasten, würde voraussichtlich zusätzliche Arbeit für den Wirtschafts- und Sozialrat (Economic and Social Council, hiernach „Rat“ bzw. „ECOSOC“ genannt) ergeben²⁰. In der Frage der Mitgliedschaft des Rates machen sich Anzeichen von Bestrebungen bemerkbar, die Vertretung der Mitgliedstaaten in den mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen befaßten Gremien zu erhöhen, besonders angesichts des Interesses, das weniger entwickelte Länder an der Tätigkeit der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet nehmen.

Die unmittelbare Ausweitung der Tätigkeit von Organen und Sonderbehörden der Vereinten Nationen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet wird sich jedoch wahrscheinlich in bescheidenen Grenzen halten, da die meisten der sechzehn neuen Mitglieder bereits vor ihrer Aufnahme in irgendeiner Form in diesen Gremien mitarbeiteten; jedenfalls sind eine ganze Reihe von Untersuchungen auf universeller Grundlage durchgeführt worden. Natürlich wird viel von der Initiative der neuen Mitglieder und davon abhängen, in welchem Maße sie sich der Organe zu bedienen und eine aktive Rolle in ihnen zu spielen gedenken. So sind beispielsweise auf dem Gebiet der Sozialfragen Vorschläge für die Errichtung einer neuen sozialen Instanz für die „halbentwickelte“ Region Südeuropa und für die Erweiterung der Arbeiten der Wirtschaftskommission für Europa hinsichtlich dieses Gebietes zu erwarten; besonders dürfte dabei an ein regionales Zentrum für Wohnungswesen und an Hilfe für die Entwicklung von Gemeinwesen gedacht werden. Auf dem Gebiet der Menschenrechte ist zwar der größte Teil der derzeitigen Tätigkeitsbereiche und Untersuchungen globaler Natur; die

Aufnahme der neuen Mitglieder wird jedoch in denjenigen Fällen eine Erweiterung möglich machen, in denen die Tätigkeit auf den Kreis der Mitglieder der Vereinten Nationen beschränkt ist²¹.

Zumindest theoretisch besteht eine ganze Anzahl von Möglichkeiten, Änderungen herbeizuführen, um der erweiterten Mitgliedschaft der Vereinten Nationen gerecht zu werden. Von den vielfältigen Möglichkeiten sollen an dieser Stelle jedoch nur einige erörtert werden, die zu dem Problem, den Mitgliedern in stärkerem Maße Gelegenheit zur Vertretung im ECOSOC zu geben, in besonders enger Beziehung stehen. Einmal könnte die derzeitige Grundstruktur beibehalten, dabei aber die Mitgliederzahl des Rates oder der Kommissionen erhöht werden. Bemühungen, die Beteiligung zu erweitern, sind auch in der Form denkbar, daß die gleichzeitige Mitgliedschaft eines Staates in mehreren Kommissionen, außer in besonderen Fällen, erschwert wird. Eine andere Alternative wäre, den Rat in einen Wirtschaftsrat und einen Sozialrat aufzuteilen — oder die Komplexe Menschenrechte und Rauschgiftbekämpfung, die mehr oder weniger Dinge für sich sind, auszuklammern. Würde dies getan, so könnten die drei hiermit befaßten Kommissionen (die Kommission für Menschenrechte, die Kommission für die Rechtsstellung der Frau und die Kommission für Rauschgiftbekämpfung) mit größeren Befugnissen und größerer Unabhängigkeit ausgestattet werden, wobei sie in ähnlicher Weise wie die Völkerrechtskommission fungieren und direkt der Vollversammlung unterstehen würden. Es ist anzunehmen, daß es hierdurch erforderlich würde, der Kommission für Menschenrechte die letztliche Autorität über die Kommission für die Rechtsstellung der Frau zu geben. Soweit es darum geht, den Mitgliedern eine erhöhte Anzahl von Sitzen zur Verfügung zu stellen, könnte einiges durch die Umkehrung der derzeit vorherrschenden Tendenz, funktionelle Kommissionen abzuschaffen, erreicht werden — oder dadurch, daß von der Praxis, ad hoc-Arbeitsgruppen zu verwenden, stärker Gebrauch gemacht wird, um dem

²⁰ Vgl. den Abschnitt „Vollversammlung“ auf S. 9670.

²¹ Zum Beispiel bestimmte Untersuchungen, die durch die Kommission für die Rechtsstellung der Frau, die Kommission für Menschenrechte und die Internationale Arbeitsorganisation durchgeführt wurden. Vgl. Entschlüsse des ECOSOC, Nr. 75 und 76 (V) vom 5. 8. 1947 und Nr. 277(X) vom 17. 2. 1950.

Rat Arbeit abzunehmen und die Vertretung der Mitgliedstaaten zu erweitern.

Auswahlkriterien für die Besetzung des Wirtschafts- und Sozialrates

Das Problem, Kriterien für die Auswahl der Staaten zu finden, die im Wirtschafts- und Sozialrat vertreten sein sollen, wird unweigerlich eine große Rolle spielen — unabhängig davon, mit welchen Mitteln man einen befriedigenden Ausgleich der Arbeitslast zu erreichen und eine angemessene Vertretung der Mitgliedstaaten sicherzustellen sucht. Sollen die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates weiterhin über *de facto* ständige Sitze im Wirtschafts- und Sozialrat verfügen? Welches Gewicht sollte bei der Berücksichtigung der regionalen Vertretung der Anzahl von Staaten innerhalb einer Region beigemessen werden, welches Gewicht den verschiedenen politischen Systemen in einer geographischen Gruppe, welches Gewicht wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, wie dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Struktur oder der Bevölkerung, und welches Gewicht Staatengruppen von der Art des Commonwealth?

Es ist von Anfang an ziemlich allgemein anerkannt worden, daß ein Rat, in dem die hauptsächlichsten Industriestaaten nicht vertreten sind, ein bloßes Schattengebilde wäre. In San Francisco stimmte der Ausschuß II/3 darin überein, daß die „größeren Industrieländer“ unzweifelhaft im Rat vertreten sein müßten, sah jedoch davon ab, ein formelles Verfahren zu empfehlen, um dies sicherzustellen. Auf geradezu delphische Art wurde erklärt, daß die Ausarbeitung des Verfahrens der Vollversammlung überlassen würde, während zu gleicher Zeit eindeutig festgesetzt wurde, daß „bezüglich der Wählbarkeit zwischen den Mitgliedsländern keinerlei Unterschied gemacht werden sollte“.²² Wie die Vollversammlung dieses Dilemma lösen sollte, wurde in der Bestimmung des Artikels 61, daß Mitglieder nach Ablauf einer Wahl-

periode wiedergewählt werden können, angedeutet. Daß dieser Standpunkt ziemlich einmütige Unterstützung genoß, geht aus verschiedenen Empfehlungsentwürfen hervor, in denen der Gedanke Ausdruck fand. So schlugen Kanada und Frankreich vor, daß die Vertretung von industriell bedeutenden Mächten sichergestellt werden solle, und die Philippinen empfahlen, die achtzehn Mitglieder in drei Gruppen zu klassifizieren, die jeweils die industriell am weitesten fortgeschrittenen Länder, die Länder mit der am stärksten entwickelten Landwirtschaft und die sechs verschiedenen geographischen Regionen repräsentieren sollten. Ägypten schlug vor, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sollten durch je zwei Sitze vertreten sein. Die regelmäßige Wiederwahl der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates stellte zwar bislang eine bequeme und einigermaßen adäquate Daumenregel dar, um die Vertretung der hauptsächlichsten Industrieländer zu sichern; dies braucht jedoch in Zukunft nicht so zu bleiben, es sei denn, die Zusammensetzung des Sicherheitsrates würde abgeändert, um mit dem in der Veränderung begriffenen wirtschaftlichen Status der Mitglieder Schritt zu halten. Aus diesem Grund wäre es unklug, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Auswahl industriell bedeutender Staaten, die automatisch wiedergewählt werden sollten, kategorisch festzulegen.

Die regionale Sitzverteilung wurde bisher in grobem Maßstab nach der Anzahl von Ländern in der jeweiligen Region vorgenommen. Es besteht, wie *Cheever* und *Haviland* schreiben, „praktisch ein gentlemen's agreement, daß (bei Wahlen zum ECOSOC) ein bestimmtes Schema befolgt werden soll... Trotz der Schwierigkeiten, die das Wägen der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung einer Nation enthält, hat sich der ECOSOC als bemerkenswert repräsentativ für die wesentlichen Nationen und Regionen der Welt erwiesen“.²³

Verteilung der Sitze im ECOSOC

Geographische Gruppe	Anzahl von Mitgliedern in der geographischen Gruppe		Anzahl von Sitzen, die der Gruppe zahlenmäßig „zukämen“		Anzahl der Sitze, die der Gruppe zwischen 1946 u. 1956 zuerkannt wurden
	Vor Aufnahme der 16	Nach Aufnahme der 16	Vor Aufnahme der 16	Nach Aufnahme der 16	
Latein-Amerika	20	20	6	4,7	4
Europa	16	26	4,8	6,2	7
Westeuropa	10	16	3	3,8	4
Osteuropa	6	10	1,8	2,4	3
Mittlerer Osten und Afrika	13	15	3,9	3,6	1 od. 2
Asien und Ferner Osten	9	13	2,7	3,1	3 od. 4
Nordamerika	2	2	0,6	0,5	1 od. 2
Insgesamt ²⁴	60	76	18	18	

²²) „Documents of the United Nations Conference on International Organization, 1945“, New York: United Nations Information Organization 1945; Bd. X, S. 52—53.

²³) Daniel S. *Cheever* u. H. Field *Haviland, Jr.*, „Organizing for Peace: International Organization in World Affairs“, Boston: Houghton Mifflin 1954; S. 200.

In der im Anhang auf S. 9674 wiedergegebenen Tabelle ist die Zusammensetzung des Wirtschafts- und Sozialrates in den Jahren 1946 bis 1956 auf der Grundlage der Sitzverteilung unter den hauptsächlich geographischen Regionen der Welt dargestellt. Die vorstehende analytische Tabelle beruht auf jener Tabelle und berücksichtigt die Erweiterung der geographischen Gruppen infolge der Neuaufnahmen.

Die Zahlen in der obigen Tabelle müssen selbstverständlich mit Vorsicht gedeutet werden. Die mangelnde Präzision der angewendeten geographischen Gruppierung bedarf dabei besonderer Beachtung. In dem Gebiet, das mit „Mittlerer Osten und Afrika“ umschrieben wurde, sind beispielsweise Staaten von solcher Verschiedenheit wie die Südafrikanische Union, Äthiopien, Libyen, Israel und die elf arabischen oder mohammedanischen Staaten zusammengefaßt. Das Gebiet, das als „Asien und Ferner Osten“ bezeichnet wird, umfaßt neben den elf eigentlichen asiatischen Staaten auch Australien und Neuseeland. Dieser Beweis der Unmöglichkeit, Normen für die Bestimmung der geographischen Verteilung aufzustellen, veranschaulicht einen Teil der Probleme, denen sich die Vollversammlung beim Versuch, einen der geographischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vielfältigkeit der Mitgliedschaft der Vereinten Nationen gerecht werdenden Rat zu wählen, gegenüber sah und unabhängig von dem Umfang des Rates weiterhin gegenübersehen wird. Zahlen, die sich auf den Anteil stützen, den diese Gruppen am gesamten Mitgliederkreis der Vereinten Nationen haben, können nicht als einziges Kriterium für die Besetzung freiwerdender Sitze im Rat herangezogen werden.

Unter Vorbehalt dieser Einschränkungen läßt die oben wiedergegebene Tabelle jedoch bestimmte Schlüsse zu: 1. Europa, insbesondere Osteuropa, ist zur Zeit ein wenig über Gebühr vertreten; 2. das mittelöstlich-afrikanische Gebiet ist in erheblich geringerem Maße vertreten, als seiner Mitgliederzahl entsprechen würde; 3. Asien erscheint in angemessener Zahl vertreten — diese Gruppe schließt aber Australien mit ein, das normalerweise nicht zu den asiatischen Ländern gerechnet wird, aber zweimal für diese Region gewählt wurde, und ebenso Neuseeland, das sich in ähnlicher Lage befindet und einmal gewählt wurde.

Geht man von der Zusammensetzung des Rates im Jahre 1956 aus, so könnten angesichts der Neuzugänge von Mitgliedern die folgenden Umstellungen in Erwägung gezogen werden:

a) Falls es sich als politisch durchführbar erweist, könnte der Sitz der Tschechoslowakei der mittelöstlich-afrikanischen Gruppe oder möglicherweise der asiatischen Gruppe überlassen werden. Dies könnte sich dann als annehmbar erweisen, wenn der ost-

europäische Sitz im Sicherheitsrat einem Staate des Sowjetblocks zufiele, oder:

b) der derzeit von Jugoslawien eingenommene Sitz könnte in einen „mittelmeerländischen“ Sitz umgewandelt werden, in dessen Besetzung sich Italien, Griechenland, die Türkei, Spanien, Israel, Jugoslawien und möglicherweise weitere Länder teilen würden. Der zur Zeit von Griechenland besetzte Sitz würde für die mittelöstlich-afrikanische oder die asiatische Gruppe frei werden. Der gegenwärtig von den Niederlanden eingenommene Sitz bliebe für die westeuropäischen Länder zuzüglich Oesterreichs, Irlands und Portugals verfügbar — man könnte ihn den „atlantischen“ Sitz nennen. (Dies würde eine Abkehr von der bisherigen starren Gewohnheit bedeuten, diesen Sitz zwischen nur zwei Ländern — den Niederlanden und Belgien — wechseln zu lassen.) Die Skandinavier würden den Sitz, den gegenwärtig Norwegen einnimmt, behalten, wobei Finnland zusätzlich in diese Gruppe käme. Der tschechoslowakische Sitz bliebe im Besitz des Sowjetblockes.

Beide Möglichkeiten hätten in der Hauptsache die Wirkung, einen zusätzlichen Sitz für die mittelöstlichen oder asiatischen Länder verfügbar zu machen. Es könnte allerdings die Frage erhoben werden, ob man überhaupt von der Gesamtmitgliedstärke des Rates ausgehen sollte, um Berechnungen von der Art anzustellen, wie sie sich in der oben angegebenen Tabelle finden. Es läßt sich zum Beispiel der Standpunkt vertreten, daß lediglich diejenigen Sitze, die nicht praktisch im Dauerbesitz der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sind, auf geographisch repräsentativer Grundlage verteilt werden sollten. Falls der Hervorhebung der „Großmächte“ im Sicherheitsrat irgendeine Bedeutung zukommen soll, so sollten zu dieser Kategorie diejenigen Staaten gerechnet werden, deren politische, wirtschaftliche und militärische Macht und Interessen nicht ausschließlich — und nicht einmal vorwiegend — in einem regionalen Sinne faßbar sind. Ist es beispielsweise sinnvoll, die Vereinigten Staaten als zur „nordamerikanischen Region“ gehörig zu betrachten, vorauszusetzen, daß die wirtschaftlichen Interessen des Vereinigten Königreiches richtigerweise als „europäisch“ bezeichnet werden können oder daß die Sowjetunion in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht „europäisch“ ist? Werden die fünf Großmächte aus den Berechnungen, welche die Grundlage der vorhin wiedergegebenen Tabelle bildeten, ausgeklammert, so ergibt sich die Verteilung, wie sie in Tabelle A (umseitig) aufgezeigt ist.

Wiederum unter Vorbehalt der Ungenauigkeit dieser allgemein gefaßten geographischen Einheiten entsteht bei Außerachtlassung der fünf ständigen Mitglieder der Eindruck, daß kein Gebiet vor oder nach den kürzlich erfolgten sechzehn Neuaufnahmen von Mitgliedern ernsthaft über oder unter Gebühr

TABELLE A
Geographische Verteilung der Sitze im Wirtschafts- und Sozialrat unter Ausklammerung der Sitze der ständigen Mitglieder

Geographische Gruppe	Anzahl von Mitgliedern in der geographischen Gruppe		Anzahl von Sitzen, die der Gruppe zahlenmäßig „zukämen“		Anzahl der Sitze, die der Gruppe zw. 1946 und 1956 zuerkannt wurden
	Vor Aufnahme der 16	Nach Aufnahme der 16	Vor Aufnahme der 16	Nach Aufnahme der 16	
Latein-Amerika	20	20	4,7	3,7	4
Europa	13	23	3,1	4,2	4
Westeuropa	8	14	1,9	2,6	2
Osteuropa	5	9	1,2	1,6	2
Mittlerer Osten und Afrika	13	15	3,1	2,7	1 oder 2
Asien und Ferner Osten	8	12	1,9	2,2	2 oder 3
Nordamerika	1	1	0,2	0,2	0 oder 1
Insgesamt	55	71	13	13	

TABELLE B
Geographische Verteilung der Sitze im Wirtschafts- und Sozialrat im Verhältnis zur Bevölkerung

Geographische Gruppe	Bevölkerung der Mitglieds-länder in der Gruppe ²⁵ (Schätzungen von 1954, in 1000)		Anzahl von Sitzen, die der Gruppe auf Grund ihrer Bevölkerung „zukämen“		Anzahl von Sitzen, die der Gruppe zw. 1946 und 1956 zuerkannt wurden
	Vor Aufnahme der 16	Nach Aufnahme der 16	Vor Aufnahme der 16	Nach Aufnahme der 16	
Latein-Amerika	170 707	170 707	2,0	1,8	4
Europa	408 081	542 883	4,9	5,9	7
Mittlerer Osten und Afrika	119 185	121 661	1,4	1,3	1 oder 2
Asien und Ferner Osten (a)	630 571	652 848	7,5	7,1	3 oder 4
Nordamerika	177 604	177 604	2,1	1,9	1 oder 2
Insgesamt ²⁴	1 506 148	1 665 703	18	18	

a) ausgenommen die Chinesische Volksrepublik.

TABELLE C
Verteilung der Sitze im Wirtschafts- und Sozialrat im Verhältnis zum Stand der wirtschaftlichen Entwicklung

	Anzahl von Ländern in der Kategorie ²⁶		Anzahl von Sitzen, die der Kategorie auf Grund des Einkommens je Einwohner „zukämen“		Anzahl der Sitze, die der Kategorie zw. 1946 und 1956 zuerkannt wurden
	Vor Aufnahme der 16	Nach Aufnahme der 16	Vor Aufnahme der 16	Nach Aufnahme der 16	
Entwickelt (Einkommen je Einwohner 1949 über \$ 400)	13	14	3,9	3,3	6, außer 1947, 1949 u. 1950 (7) sowie 1948 (8).
Mittelmäßig entwickelt (Einkommen je Einwohner 1949 \$ 200 bis \$ 400)	11	17	3,3	4,0	4, außer 1950 (3) sowie 1952 und 1953 (5)
Unterentwickelt (Einkommen je Einwohner 1949 weniger als \$ 200)	36	45	10,8	10,7	8, außer 1948 (6) sowie 1949, 1952 und 1953 (7)
Insgesamt	60	76	18	18	

²⁴⁾ Differenzen in den Summen durch Abrundung der Zahlen.
²⁵⁾ United Nations Statistical Yearbook 1955; United Nations Department of Economic Affairs, Statistical Office, New York 1955 (Sales No.: 1955, XVII. 10); S. 21—35.

²⁶⁾ „National and Per Capita Incomes of Seventy Countries in 1949, Expressed in United States Dollars“; United Nations Department of Economic Affairs, Statistical Office, New York, Oktober 1950. (Statistical Papers, Series E, No. 1); S. 28.

vertreten war. Bei Betrachtung der dreizehn nicht-ständigen Sitze spiegelt die gegenwärtige Zusammensetzung des Rates die geographische Verteilung der Mitglieder der Vereinten Nationen nach den kürzlich erfolgten Neuaufnahmen sogar in angemessenerer Weise wider als vorher. Von dieser Feststellung muß Nordamerika allerdings ausgenommen werden, das ohne die Vereinigten Staaten nur noch aus Kanada besteht.

Wird die Gliederung auf der Grundlage der Bevölkerungszahlen und nicht der Anzahl von Ländern in den jeweiligen Gebieten aufgebaut, so erhält man die in Tabelle B wiedergegebenen Resultate.

Teilt man die Staaten nach groben Gesichtspunkten in drei Entwicklungsstufen ein, so ergibt sich etwa die Gliederung der Tabelle C.

Der Nutzen einer erhöhten Mitgliederzahl

Abgesehen von der Frage der Kriterien, derer man sich bedient, besteht wohl die Notwendigkeit, den Kreis von Mitgliedstaaten, die an der Arbeit des Rates und seiner Kommissionen teilnehmen, überhaupt zu vergrößern. Seit 1946 sind nur achtunddreißig verschiedene Staaten Mitglieder des Rates gewesen. Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates wurden regelmäßig wiedergewählt; fünf Mitgliedstaaten wurden dreimal in den Rat gewählt (Belgien, Kanada, die Tschechoslowakei, Indien und Jugoslawien); fünfzehn Mitgliedstaaten wurden zweimal gewählt (Argentinien, Australien, Brasilien, Chile, Kuba, Ägypten, Griechenland, Libanon, die Niederlande, Norwegen, Pakistan, Peru, Polen, die Türkei und Venezuela); dreizehn Mitgliedstaaten wurden einmal gewählt (die Weißrussische SSR, Kolumbien, Dänemark, die Dominikanische Republik, Ecuador, Indonesien, Persien, Mexiko, Neuseeland, die Philippinen, Schweden, die Ukrainische SSR und Uruguay). Es könnte einer größeren Anzahl von Staaten die Gelegenheit gegeben werden, sich an der Arbeit des Rates zu beteiligen, wenn die Wiederwahl — außer für die Staaten, deren Beitrag besonders wichtig ist — erschwert würde.

Eine andere, hiermit im Zusammenhang stehende Möglichkeit, welche die Mitgliederzahl an sich unverändert läßt, wäre eine Erhöhung der Gesamtzahl von Staaten, die im Rat und seinen Kommissionen zusammen vertreten sind. Gegenwärtig sind zum Beispiel die meisten Mitglieder in allen Kommissionen gleichzeitig im Rat vertreten, wobei die Kommission für Menschenrechte die einzige Ausnahme bildet. Außerdem sind die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates in jeder der acht funktionellen Kommissionen vertreten. Die Gesamtzahl von 150 im Rat und den Kommissionen verfügbaren Sitzen wird der-

zeit von dreiundvierzig Staaten eingenommen. Läßt man die fünfundvierzig Sitze, die von den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates eingenommen werden, außer acht, so bedeutet dies, daß die einhundertfünf verfügbaren Sitze von achtunddreißig Staaten eingenommen werden. Es werden bereits Bemühungen angestellt, allen Mitgliedern das Freiwerden von Plätzen in den verschiedenen Kommissionen vorher bekanntzugeben und sie zu ermutigen, für eine bestimmte Kommission Interesse zu zeigen — dieses ist eines der Kriterien für die Auswahl neuer Mitglieder. Es scheinen also Möglichkeiten zu bestehen, selbst bei Beibehaltung der gegenwärtigen Mitgliederzahl des Rates und der Kommissionen eine größere Anzahl von Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen des Rates mitzuarbeiten.

Es gibt Anzeichen einer starken politischen Tendenz, die auf eine Erweiterung des Rates auf vierundzwanzig Mitglieder hinstrebt. Die Wurzeln dieses Gedankens gehen auf den Bericht des Bruce-Ausschusses des Völkerbundes zurück. In dem Plan der Vereinten Staaten vom Juli 1944 wurde ein Rat für die Behandlung wirtschaftlicher Probleme vorgeschlagen, der aus „qualifizierten Vertretern“ von vierundzwanzig Staaten bestehen sollte²⁷. Die in Dumbarton Oaks ausgearbeiteten Vorschläge vom 9. Oktober 1944 empfahlen dagegen die Errichtung eines Wirtschafts- und Sozialrates aus „Vertretern von achtzehn Mitgliedern der Organisation“, die von der Vollversammlung auf drei Jahre gewählt werden sollten, und dieser Vorschlag diente 1945 auf der Konferenz von San Francisco als Grundlage für die Formulierung des Artikels 61 der Charta.

Von der Ersten Tagung der Vollversammlung an wurde jedoch Argentinien zum Hauptverfechter eines Rates mit vierundzwanzig Mitgliedern. Obwohl einige andere lateinamerikanische Staaten diesen Vorschlag gemeinsam mit Ägypten und Pakistan unterstützten, war die Mehrheit bis vor kurzem der Ansicht, daß ein achtzehn Mitglieder zählender Rat einen angemessenen Querschnitt der geographischen Regionen und der wirtschaftlichen und sozialen Struktur darstellen kann. Auch bestand eine starke Abneigung dagegen, die Frage der Chartarevision aufzurollen, in der man eine Büchse der Pandora sah²⁸.

Auf der Zehnten Tagung der Vollversammlung erwähnten dagegen mehrere Redner unmittelbar oder mittelbar die Möglichkeit oder die Notwendigkeit, in Hinblick auf die veränderte politische Lage oder wegen der erweiterten Mitgliedschaft der Vereinten Nationen entsprechende Änderungen in der

²⁷) „Postwar Foreign Policy Preparation: 1939—1945“, Washington: Government Printing Office 1950 (Department of State Publication 3580, General Foreign Policy Series, 15); S. 604.

²⁸) Zusammenfassung dieser Debatten und der in der Vollversammlung und im ECOSOC angenommenen Entschlüsse in: „Repertory of United Nations Practice“, New York: United Nations 1955 (Sales No.: 1955. V.2); Bd. III, S. 186—190.

Zusammensetzung des Rates vorzunehmen. Die Delegation von Ecuador zog die Unterbreitung eines Abänderungsantrages zu Artikel 61 in Erwägung, durch den ein Wirtschafts- und Sozialrat von vierundzwanzig Mitgliedern entstehen sollte, in den alljährlich acht Mitglieder für die Dauer von drei Jahren zu wählen wären, wobei die sofortige Wiederwahl erlaubt wäre²⁹.

Für eine solche Abänderung spricht die Tatsache, daß eine Mitgliederzahl des ECOSOC von achtzehn zur Zeit der Konferenz von San Francisco sechsunddreißig Prozent der gesamten Mitgliederzahl darstellte. Um einen ebenso großen Anteil unter heutigen Verhältnissen zu erfassen, wären siebenundzwanzig oder mehr Ratsmitglieder erforderlich. Nimmt man an, daß fünf Sitze weiterhin den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates zuerkannt werden, so könnten die übrigen Staaten auf der Grundlage eines Ausschlusses der Wiederwahl und einer dreijährigen Wahlperiode nur alle sechzehn Jahre gewählt werden. Die Mitgliedschaft im Rat hat jedoch einen Bildungswert, der für neu aufgenommene Mitgliedstaaten und für gerade erst unabhängig gewordene oder weniger entwickelte Staaten von besonderer Bedeutung ist. Auch läßt sich der Standpunkt vertreten, daß eine Erhöhung der Mitgliederzahl darum wichtig ist, weil der ECOSOC als autonomes Organ ohne Bezugnahme auf die Vollversammlung tätig werden kann und hierzu ermutigt werden sollte. Diese Tatsache macht es zu einem wesentlichen Erfordernis, daß er für den wahren Willen der Mitglieder der Vereinten Nationen repräsentativ gestaltet wird.

Falls der Rat nicht in genügender Weise repräsentativ ist oder auch nur die Meinung besteht, daß er es nicht sei, so würde die Tendenz auftreten, die tatsächliche oder eingebildete Gleichgewichtsstörung durch ausführliche Erörterungen im Zweiten und Dritten Ausschuß der Vollversammlung auszugleichen, was eine zusätzliche Belastung der Vollversammlung bedeutet. Es hat in der Vergangenheit genügend Beispiele dafür gegeben, daß die Vollversammlung Entscheidungen der kleineren, ihr untergeordneten Gremien aufhebt und eine andere Entscheidung trifft, woraus hervorgeht, daß in einem kleinen Gremium, selbst wenn dieses repräsentativ sein sollte, nicht immer das gleiche Kräfteverhältnis wirksam ist wie in der Mitgliedschaft als Ganzem.

Es gibt noch weitere Argumente, die sich für eine Erweiterung der Mitgliederzahl anführen lassen. Die Gründe, die einer wesentlichen Erweiterung des Sicherheitsrates entgegenstehen, wie beispielsweise die Beibehaltung des Uebergewichtes der Groß-

mächte, haben hier keine Gültigkeit. Desgleichen besteht keine Notwendigkeit, das Gleichgewicht zwischen Nationen, die eine Verwaltungsaufgabe erfüllen, und solchen, die dies nicht tun, beizubehalten, wie dies im Treuhandschaftsrat der Fall ist. In den Vereinten Nationen bilden weniger entwickelte Länder die große Mehrheit und müssen eine breitere Vertretung erhalten. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen industrialisierten und weniger entwickelten Ländern betrug im ECOSOC bisher etwa sieben oder acht zu elf oder zehn. Von den sechzehn neuen können lediglich Oesterreich, Norditalien und vielleicht Finnland und Irland als verhältnismäßig weitgehend industrialisiert angesehen werden. Solange nur achtzehn Sitze zur Verfügung stehen, ist es unmöglich, die zahlenmäßige Vertretung unterentwickelter Länder zu erhöhen, um dem Anstieg der Mitgliederstärke dieser Gruppe zu entsprechen, ohne dabei einige der fortgeschrittenen Länder, deren Mitarbeit von wesentlicher Bedeutung ist, zu verdrängen. Die Vermehrung der Arbeitsgebiete des ECOSOC und der Vielschichtigkeit seiner Arbeit erfordert ein größeres Gremium. Wenn nicht eine erhebliche Erweiterung durchgeführt wird, können einige der großen Fünf nicht mehr damit rechnen, weiterhin permanent wiedergewählt zu werden.

Es kann dem Abänderungsantrag, den Umfang des Rates zu erweitern, entgegengehalten werden, die Anzahl von achtzehn Mitgliedern für ein Organ, das Aktionsvollmacht hat, stelle ohnehin schon eine recht erhebliche Zahl dar; es bestehe „kein Grund dafür, zum jetzigen Zeitpunkt in die Zusammensetzung, die Befugnisse und die Struktur der Organisation der Vereinten Nationen, wie die Charta sie festlegt, einzugreifen“;³⁰ und darüber hinaus könne jedes an einem bestimmten Punkte interessierte Mitglied gemäß Artikel 69 der Charta und der 1949 angenommenen Geschäftsordnungsregel Nr. 75 des ECOSOC an dessen Beratungen teilnehmen³¹. Der ECOSOC ist (natürlich abgesehen von der Vollversammlung) das größte Organ der Vereinten Nationen; er hat sieben Mitglieder mehr als der Sicherheitsrat und vier mehr als der Treuhandschaftsrat. Zumindest theoretisch gibt es nicht, wie im Sicherheitsrat, ständige Mitglieder und ebensowenig, wie im Treuhandschaftsrat, automatisch berechnete Mitglieder, und somit steht der Rat der gesamten Mitgliedschaft zur Wahl offen.

Trotz dieser Gegenargumente werden die lateinamerikanischen und arabisch-asiatischen Bestrebungen für eine Erweiterung des Rates, die schon vor den Neuaufnahmen bestanden, eine erhebliche Ver-

²⁹) Siebzehn lateinamerikanische Länder und Spanien haben kürzlich einen Vorschlag unterbreitet, auf die vorläufige Tagesordnung der Elften Tagung der Vollversammlung den Punkt zu setzen: „Die Frage einer Aenderung der Charta der Vereinten Nationen . . . , um die Mitgliederzahl des Wirtschafts- und Sozialrates zu erhöhen“. UN Doc. A/3139, 26. 6. 1956.

³⁰) Erklärung des syrischen Delegierten. General Assembly, Official Records, 10th Session, 544th Plenary Meeting, 18. 11. 1955; S. 331.

³¹) Vgl. „Repertory of the United Nations Practice“, a. a. O., Bd. III, S. 532.

stärkung erfahren. Die wichtigsten Mächte des Westens würden wahrscheinlich dazu neigen, eine Erweiterung zu vermeiden, wenn man von der Besorgnis einiger unter ihnen absieht, daß sie auf die Dauer nicht mehr ständig wiedergewählt werden könnten oder daß die Vertretung ihnen angenehmer Gruppen vermindert werden könnte. Die Sowjetunion, deren Anspruch auf zwei Sitze für den Sowjetblock (außer dem eigenen Sitz der Sowjetunion) sich nicht immer aufrechterhalten ließ, könnte eine Erweiterung vielleicht unterstützen, um diese Sitze zu sichern.

Es wäre daher möglich, daß eine Erweiterung auf einundzwanzig oder vierundzwanzig Sitze durchgeführt wird.

In Anbetracht der dreijährigen Wahlperiode für den ECOSOC, die sich im ganzen als zufriedenstellend erwiesen hat, wird die Sitzzahl, um die der Rat erweitert wird, wahrscheinlich drei oder ein mehrfaches von drei betragen.

Wie würden die drei neuen Sitze verteilt werden? Die folgenden Schemata bieten sich als Richtlinien an:

- 2 neue Sitze für die mittelöstlich-afrikanische und die asiatisch-fernöstliche Gruppe,
- 1 neuer Sitz für Westeuropa.

Der Rat würde sich dann wie folgt zusammensetzen:

	Derzeitige Zusammensetzung	Bei 3 neuen Sitzen
Die Großen Fünf	5	5
Lateinamerika (20)	4	4
„Altes“ Commonwealth (4)	1	1
Europa (23)	5	6
Westeuropa (14)	3	4
Osteuropa (9)	2	2
Mittlerer Osten und Afrika, Asien und Ferner Osten	3	5
Insgesamt	18	21

Eine andere Lösung wäre, einen Sitz der mittelöstlich-afrikanischen Gruppe und einen Westeuropa zukommen zu lassen, während sich Osteuropa und Asien im dritten abwechseln würden. Bei der Beurteilung der Angemessenheit einer solchen Erweiterung sollte man die wichtige Rolle in Betracht ziehen, die Japan und Deutschland einmal im Rat spielen werden, wenn sie schließlich aufgenommen worden sind.

Dieser Anstieg würde das Kräfteverhältnis zwischen den industrialisierten und den unterentwickelten Ländern insofern berühren, als das letztgenannte Lager zwei zusätzliche Sitze erhielte, bei nur einem als Gegengewicht. Das würde sich natürlich in den Arbeiten des ECOSOC auswirken hinsichtlich solcher Probleme wie dem Sonderfonds der Vereinten Nationen für wirtschaftliche Entwicklung, der Selbstbestimmung, der Verteilung von Mitteln auf Grund des Programms der Technischen Hilfe und den Menschenrechten, bezüglich derer der gegenwärtige

Rat eine etwas konservativere Haltung als einige seiner Kommissionen und als die Vollversammlung selbst an den Tag legte. Dies war zum Teil eine Folge der Tatsache, daß etwas konservativere lateinamerikanische Länder im Rat vertreten waren, sowie auch der Uebereinkunft, derzufolge Belgien oder die Niederlande und ein skandinavischer Staat stets je einen Sitz innehatten.

Werden sechs Sitze hinzugefügt und bedient man sich der Verteilung der einundzwanzig Sitze, wie sie oben angegeben wurde, als Ausgangspunkt, so würde der vierte neue Sitz eindeutig der lateinamerikanischen Gruppe zufallen; die Verteilung der übrigen zwei Sitze unter den drei in Frage kommenden Gruppen (Westeuropa, Osteuropa und Mittlerer Osten mit Afrika und Asien) würde eine wirkliche Schwierigkeit darstellen. Was auch dabei herauskäme — in jedem Falle würde die oben beschriebene Auswirkung auf die Stellung der industrialisierten Länder durch eine Erweiterung auf vierundzwanzig verstärkt und womöglich in der Intensität verdoppelt werden.

Es besteht jedoch noch die grundsätzliche Frage, ob der ECOSOC der Vollversammlung ein im wesentlichen untergeordnetes Gremium sein oder zu einem wirklichen „Aktions“-Gremium ausgebaut werden sollte, das auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ein gewisses Maß an Autonomie (wie ihm dies auf Grund der Charta zusteht) für die Ausarbeitung direkter Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und andere Gremien besitzt. Wenn er keine breite Grundlage erhält, welche die heutige Welt widerspiegelt, wird er einfach als Organ der Vollversammlung „für die Produktion von Tagesordnungspunkten“ fungieren und damit die Last dieses ohnehin überlasteten und nicht gerade sehr wirksam arbeitenden Organs weiter erhöhen. Seine Handlungen werden in der Vollversammlung im Detail überprüft und vielleicht mit einem Element von Schärfe rückgängig gemacht werden, falls sie den Ansichten der Mehrheit entgegenstehen. Es kann daher argumentiert werden, daß jetzt sechs Sitze zusätzlich errichtet werden sollten, wobei eindeutig vorausgesetzt wird, daß dies in der Erwartung weiterer Neuaufnahmen (insbesondere Japans und Deutschlands) geschieht. Das wird der Mehrheit im Rat jedoch eine schwerwiegende Verantwortung auferlegen, falls die Arbeit der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet Erfolg haben soll.

Eine Abänderung der Charta zur Erweiterung des Wirtschafts- und Sozialrates dürfte am zweckmäßigsten rechtzeitig vor den Wahlen im Verlauf der Zwölften Tagung in Kraft treten. In der Zwischenzeit wäre es möglich, den Umfang der bestehenden Kommissionen zu erweitern, von denen im Moment keine mehr als achtzehn Mitglieder zählt. Vier funktionelle Kommissionen setzen sich jeweils aus achtzehn und

vier aus vierzehn Mitgliedern zusammen. Die Anzahl der Mitglieder in dreien der vier letztgenannten (Bevölkerungs-Kommission, Statistische Kommission, Kommission für Transport und Verkehr) könnte auf achtzehn erhöht werden. Die vierte — die Kommission für Rauschgiftbekämpfung — stellt einen Sonderfall dar. Jede mögliche Vorkehrung müßte getroffen werden, um das Niveau der technischen Fachkompetenz zu erhalten. Eine Erhöhung auf mehr als achtzehn Mitglieder könnte sich der Kritik aussetzen, daß die untergeordneten Gremien in weitergehendem Maße repräsentativ sind als das Organ, dem sie untergeordnet sind. Außerdem würde jede wesentliche Erweiterung der Kommissionen die Tendenz zeigen, ihren Expertencharakter noch weiter zu verwässern, und könnte somit lediglich die Wiederholung politischer Debatten von der Art, wie sie im Rat stattfinden, fördern. Das Ergebnis wäre nur allzuleicht nicht nur eine Verlängerung der Tagungen der Kommissionen, sondern auch eine Verlängerung der Ratstagungen selbst.

Radikalere Alternativen

Zieht man radikalere Änderungen in Betracht, so gibt es, wie gezeigt wurde, hier eine Reihe von Möglichkeiten. Es besteht einmal die Möglichkeit, den Rat in einen Wirtschaftsrat und einen Sozialrat aufzuteilen. Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, daß dieser Gedanke weitgehende Unterstützung finden wird, da er der offensichtlichen Wechselbeziehung zwischen wirtschaftlichen und sozialen Fragen in vielen Tätigkeitsbereichen der Vereinten Nationen und der Notwendigkeit für eine Koordinierung beider entgegensteht. Zwei der hauptsächlichsten Aufgabenstellungen des Rates — die wirtschaftliche Entwicklung und die Koordinierung der Tätigkeit der Sonderorganisationen — könnten kaum unter den Auspizien zweier getrennter Gremien durchgeführt werden. Die Probleme, die bei der Aufteilung der Verantwortungsbereiche auftreten würden, kann man ahnen, wenn man sich ein Organ wie die Bevölkerungs-Kommission vergegenwärtigt. Welchem Rat sollte sie unterstehen?

Eine praktisch eher in Frage kommende Alternative wäre, die Menschenrechte und vielleicht auch die Rauschgiftbekämpfung aus dem Zuständigkeitsbereich des Rates herauszulösen. In keinem dieser beiden Bereiche hat der Rat einen bedeutenderen Beitrag geleistet. Die Kommission für Menschenrechte

hat sogar die Neigung gezeigt, enger mit der Vollversammlung zusammenzuarbeiten. Es sei nur an die Deklaration der Menschenrechte und an die verschiedenen Stadien bei der Beratung der Konventionsentwürfe erinnert.

Die Kommission für Rauschgiftbekämpfung ist ein technisches Gremium, dem der Rat nichts bieten kann, was die Vollversammlung nicht in besserer Weise tun könnte. Außerdem ist sie bereits Teil einer vielschichtigen Struktur, die durch den Rat lediglich kompliziert wird: die Kommission, das Amt für Rauschgift-Kontrolle und das Ständige Opium-Zentralamt. Jetzt wäre vielleicht ein idealer Zeitpunkt, um diese Maschinerie beweglicher zu gestalten.

Die Herausnahme der Komplexe Menschenrechte und Rauschgiftbekämpfung aus dem Zuständigkeitsbereich des Rates braucht die Lasten der Vollversammlung nicht zu erhöhen. Der Gegenstand der Menschenrechte ist von so weitgehendem allgemeinem Interesse und ist mit politischen Fragen so eng verknüpft, daß kein Versuch des Rates, die Tätigkeit der Kommission zu sondieren, irgendeine Wirkung zeitigte. Das gleiche kann von den wenigen bisher aufgetretenen politisch gefärbten Fragen auf dem Gebiet der Betäubungsmittel gesagt werden, und außerdem spiegelt der Rat nicht unbedingt, und oft tatsächlich nicht die Interessen der hauptsächlich betroffenen Länder — der großen Drogen erzeugenden und Drogen verarbeitenden Länder — in angemessener Weise wider.

Das Arbeitspensum des Rates könnte auch durch die Wiedererrichtung einer Kommission für Wirtschaft, Beschäftigung und Entwicklung oder durch die Schaffung ständiger oder *ad hoc* fungierender Arbeitsgruppen zur Befassung mit besonderen Aspekten wirtschaftlicher Probleme erleichtert werden. Die Verwendung persönlicher Berichterstatter, die im Falle der Informationsfreiheit vorgenommen wurde, könnte ebenfalls erwogen werden. Besonders dann, wenn ein Gremium groß ist, kann viel Zeit eingespart werden, wenn man sich eines präzisen Dokuments als Grundlage der Diskussion bedient. Bis zu einem gewissen Grade ist es möglich — und es geschieht oft wirklich —, daß dieser Dienst durch das Sekretariat geleistet wird, aber dieses Organ beschränkt sich seiner Natur nach fast unweigerlich auf das Zusammentragen von Tatsachen und die Darstellung des historischen Ablaufs.

Die Vollversammlung

Die Vollversammlung von 1956 ist mit ihren 76 oder mehr Mitgliedern³² im wesentlichen ebenso organisiert wie die Versammlung des Völkerbundes

der zwanziger Jahre mit 42 bis 56 Mitgliedern. Schon durch die Charta wurde der Vollversammlung ein weiteres Tätigkeitsfeld zugewiesen, als die Versammlung des Völkerbundes vertragsgemäß besaß, und sie hat heute einen Verantwortungsbereich, der noch wesentlich über das hinausgeht, was in San Francisco

³²) Anmerkung der Schriftleitung: Auf Grund der Neuaufnahmen auf der Elften Tagung ist die Mitgliederzahl auf 80 angewachsen.

vorgesehen war. Dies ist ein Ergebnis der radikalen Verschiebung der Tätigkeit auf dem Gebiet der Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit vom Sicherheitsrat zur Vollversammlung. Die Versammlung des Völkerbundes trat alljährlich für drei oder vier Wochen zusammen. Die Tagungen der Vollversammlung der Vereinten Nationen dauern drei Monate oder noch länger.

Die Neuaufnahme von sechzehn und wahrscheinlich mehr Mitgliedern könnte leicht dazu führen, daß sich die Tagungen, die von vielen jetzt schon für viel zu lang gehalten werden, noch weiter in die Länge ziehen. Da die Eröffnung der Tagung im Herbst 1956 für später als gewöhnlich angesetzt wurde, ist es sehr wahrscheinlich, daß sie noch um einige Zeit über die Weihnachtsferien hinaus ausgedehnt wird, womöglich noch länger, als dies bei der Tagung 1951/1952 der Fall war. In einigen Kreisen besteht die Befürchtung, daß der schwerfällige Apparat der Vollversammlung der Belastung durch den weiteren Zuwachs an Mitgliedern nicht standhalten und im Chaos zusammenbrechen wird, falls nicht radikale Schritte für ihre Reorganisation unternommen werden.

Die Elfte Vollversammlung im Herbst 1956 wäre gut beraten, wenn sie sich dem Problem der Organisation der Vollversammlung offen stellte. Das Sekretariat hat bereits mit Mitgliedern des Lenkungsausschusses der Zehnten Tagung und mit den ständigen Vertretern im Hauptquartier der UN beraten, um Mittel zu finden, mit den Problemen, die aus einer ausgedehnten Tagesordnung und einer zahlreichen Mitgliedschaft erwachsen, fertig zu werden³³. Es wäre vielleicht wünschenswert, daß weitere Untersuchungen durchgeführt werden, etwa durch einen neu zu errichtenden intersessionalen Ausschuß, der mit dem Generalsekretär zusammenarbeitet; dabei wäre es jedoch wichtig, sicherzustellen, daß solche Untersuchungen, falls sie unternommen werden, in der Zwölften Vollversammlung auch gebührend beachtet werden. Daher sollte jeder Ausschuß, der für einen solchen Zweck errichtet wird, einigermaßen repräsentativ sein, und obgleich dies schwierig sein mag, sollte keine Mühe gescheut werden, die Teilnahme von Vertretern auf hoher diplomatischer Ebene wenigstens für einen Teil seiner Sitzungen zu

erreichen. Es ist von dem Gedanken gesprochen worden, den Lenkungsausschuß, der 1956 gewählt wurde, vielleicht in entsprechend erweiterter Form, nach Abschluß der Tagung weiterbestehen zu lassen, um das Problem zu untersuchen und im Sommer 1957 dem Rechtsausschuß einen Bericht vorzulegen. Dieser würde ein paar Wochen vor Beginn der Zwölften Tagung wieder zusammentreten, um Empfehlungen für die Beschlußfassung auf dieser Tagung vorzubereiten.

Die Vollversammlung hat sich mit dem Problem ihrer Organisation von ihrer Errichtung an eingehend befaßt und mehrere Sonderausschüsse mit der Aufgabe betraut, Maßnahmen für eine sparsamere Zeiteinteilung vorzuschlagen³⁴. Auf Grund dieser Berichte nahm die Vollversammlung mehrere zweckdienliche Abänderungen ihrer Verfahrensregeln an und verfügte, daß einige Empfehlungen für eine Verbesserung der Verfahrensordnung in den Anhang der Geschäftsordnung aufgenommen werden.

Der Zweck der folgenden Ausführungen ist, einige der Verbesserungsmöglichkeiten und einige der Schwierigkeiten zu besprechen. Ein Teil der Problemstellungen kommt in dem Bericht des Sonderausschusses, der 1952 von der Vollversammlung errichtet wurde, am besten zum Ausdruck. Der Ausschuß, der mit Bedacht vorging und bescheidene Empfehlungen abgab, berichtete, daß unter seinen Mitgliedern Übereinstimmung darin bestand, daß die Schwierigkeiten, denen sich die Vollversammlung gegenüber sah,

„nicht auf Kosten der Wirksamkeit der Vollversammlung oder des Rechtes aller Vertreter, die Haltung ihrer Regierung frei zum Ausdruck zu bringen, beseitigt werden sollten...

...Es bestand jedoch die Ansicht, daß die Vollversammlung in Zusammenarbeit ihrer Mitglieder bestimmte Verfahren einführen oder festigen könnte, um die Führung der Geschäfte zu beschleunigen und zu vereinfachen. Diese Zielsetzung, und nicht die Formulierung starrer Maßnahmen oder ausgedehnter Abänderungen der Verfahrensregeln, ... war es, von der sich der Sonderausschuß bei der Ausarbeitung seines Berichtes leiten ließ³⁵.“

Der Ausschuß betonte die besonderen Kennzeichen, welche die Vollversammlung von „anderen, homogenen parlamentarischen Gremien unterscheidet; ihre

³³) UN Secretariat, Note to Correspondents No. 1288, 26. 4. 1956.

³⁴) Am 15. Dezember 1946 faßte die Vollversammlung die Entschließung 102(I) betreffend Maßnahmen zur besseren Ausnutzung der Zeit, die der Versammlung zur Verfügung steht, und zur Bestimmung eines Ausschusses für Verfahren und Organisation. Der Bericht des Ausschusses vom 23. September 1947 findet sich in: General Assembly, Official Records (GAOR), 2nd Session, Plenary Meetings, Vol. II, S. 1455—1487.

In ihrer Entschließung 271(III) vom 29. 4. 1949 gab die Versammlung ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß sich ihre Tagungen zunehmend in die Länge zögen und daß eine stärker werdende Tendenz bestehe, ausgedehnte Debatten in ihren Plenarsitzungen und Ausschüssen zu führen. Sie errich-

tete einen Sonderausschuß zur Prüfung von Methoden und Verfahren, welche die Versammlung in die Lage versetzen würden, sich ihrer Funktionen wirksamer und schneller zu entledigen. Der Bericht des Ausschusses vom 12. August 1949 findet sich in: GAOR, 4th Session, Supplement No. 12, hiernach zitiert als „Bericht zur vierten Tagung“.

Am 21. Dezember 1952 errichtete die Versammlung einen weiteren Ausschuß, den „Sonderausschuß für Maßnahmen zur Begrenzung der Dauer von ordentlichen Tagungen der Vollversammlung“. Der Bericht des Sonderausschusses vom 28. Juni 1953 findet sich in: GAOR, 8th Session, Annexes: Agenda Item 54, S. 2—7, hiernach zitiert als „Bericht zur Achten Tagung“.

³⁵) Bericht zur Achten Tagung, a. a. O., S. 3.

Verfahrensweisen sind zum großen Teil durch ihren weiten Aufgabenbereich bedingt und durch die Art ihrer Zusammensetzung selbst abgegrenzt“. Die Mehrheit des Ausschusses kam jedoch zu dem Schluß, daß „die unnötig lange Ausdehnung der ordentlichen Tagungen dem Ansehen der Vollversammlung in den Augen der Welt abträglich wäre“.

Darüber hinaus war sich der Ausschuß in der konkreten Ansicht einig, daß die bisherige Tendenz, die Vollversammlung jedes Jahr zu verlängern,

„es den Regierungen schwer gemacht hat, während des gesamten Verlaufs einer Tagung die gleiche Delegation beizubehalten. Von den Mitgliedern nationaler Regierungen und Parlamente kann nicht erwartet werden, daß sie ihren Pflichten in der Heimat über eine gewisse, in vernünftigen Grenzen bemessene Zeit hinaus fernbleiben. Andererseits käme es den Arbeiten der Vollversammlung zugute, wenn führende Staatsmänner soweit wie irgend möglich unmittelbar an jeder Phase der Beratungen teilnähmen. . . . Eine ungebührlich lange Tagung bedeutet nicht nur eine Belastung des Etats der Vereinten Nationen, sondern erhöht auch die Ausgaben der einzelnen Mitglieder³⁶.“

Abschließend wurde darauf hingewiesen, daß es von Wichtigkeit sei, zwischen den Tagungen der Vollversammlung genügend Zeit für die Ausführung ihrer Empfehlungen sowie für die Durchführung der Arbeiten der Räte und der ihnen unterstellten Organe zu lassen.

Die Auswahl von fähigen Vorsitzenden

Das Format des Präsidenten und der Ausschußvorsitzenden bestimmt zu einem großen Teil die Wirksamkeit des Arbeitens der Vollversammlung und wirkt sich auf die Länge ihrer Tagungen aus. Ein guter Vorsitzender mit einer gründlichen Kenntnis der Verfahrensregeln und des zur Beratung vorliegenden Gegenstandes, der außerdem die persönliche Autorität genießt, um seine Verfahrensentscheidungen durchzusetzen, kann der Versammlung zahllose Stunden oder gar Tage ersparen. Es hat sogar Fälle gegeben, in denen ein wenig umsichtiger Vorsitzender die Gesamtheit der Mitglieder drei oder mehr Stunden lang in verwirrte Debatten über Verfahrensfragen verfiel. In einer Reihe von Fällen wurde die zur Beratung stehende Frage in einer Form vorgelegt, daß die Delegierten nicht sicher waren, was ihre Zustimmung oder Ablehnung bedeuten würde. Die Unkenntnis der Verfahrensregeln oder die Unwilligkeit beziehungsweise Unfähigkeit, ihre Befolgung durchzusetzen, hat häufig zu Fehlanwendungen geführt, durch die erhebliche Zeit verschwendet wurde. Der 1949 eingesetzte Sonderausschuß kam unter anderem zu der Schlußfolgerung, daß die Arbeiten der Voll-

versammlung eine beträchtliche Beschleunigung erfahren könnten, wenn a) die geltenden Verfahrensregeln getreulicher befolgt würden; b) alle Möglichkeiten, die sie bieten, dem Vorsitzenden und den Mitgliedern besser bekannt wären; c) einige Bestimmungen klarer formuliert würden; d) die Vorsitzenden in der Wahrnehmung ihrer Funktionen mehr Kühnheit an den Tag legen würden; und e) die Mitglieder ihre volle Zusammenarbeit zur Sicherstellung ihrer normalen Anwendung anbieten würden³⁷.

Die immer stärker werdende Tendenz, den Präsidenten der Vollversammlung und die Vorsitzenden der Ausschüsse, insbesondere den Vorsitzenden des Politischen Ausschusses und der politischen ad hoc-Ausschüsse, als Vermittler oder Schlichter vorzuschicken, gibt ihrer Rolle noch mehr Bedeutung, als wenn sie lediglich gute Parlamentarier sein müßten. In der Vergangenheit hat der Präsident bei der Ueberwindung toter Punkte in den Verhandlungen eine wichtige Rolle gespielt. Häufig ist es der Präsident, der den Ausgleich zwischen einander entgegengesetzten Ansichten beschleunigt, indem er die opponierenden Parteien zusammenbringt und mit ihnen verschiedene Kompromißmöglichkeiten bespricht. Er nimmt außerdem eine besonders vorteilhafte Stellung für die Beurteilung des gesamten Geschäftsablaufs der Versammlung ein und kann am ehesten Verfahren für die glatte und schnelle Behandlung von Tagesordnungspunkten vorschlagen.

Das offensichtlichste Hindernis, das der regelmäßigen Wahl befähigter Vorsitzender entgegensteht, ist die inhärent politische Natur des Problems. Entsprechend einer Praxis, die sich eingebürgert hat, wechselte die Präsidentschaft der Versammlung turnusgemäß zwischen den verschiedenen geographischen Regionen. Die Auswahl annehmbarer Kandidaten wurde in starkem Maße durch die Tatsache beeinflusst, daß einige Regionen mehr Mitglieder enthalten als andere³⁸. Der spezielle Kandidat einer Region wird gewöhnlich nach Uebereinkunft der Staaten dieser Region, oft aus innerregionalen Gründen, ausgewählt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf ähnlicher Grundlage gewählt. Zuweilen ist die Unterstützung eines Kandidaten die Gegenleistung für die Unterstützung eines bestimmten Tagesordnungspunktes durch sein Land. Der zähe Handel, der um diese Stellen geführt wird, trägt nicht zur Herbeiführung der bestmöglichen Wahl bei. Unter diesen Umständen ist es vielleicht erstaunlich, daß das Niveau der Präsidenten bisher so hoch war.

Diese Bestimmungsfaktoren liegen weitgehend in der politischen Natur des Verfahrens begründet, besonders was den Präsidenten der Versammlung betrifft, und es läßt sich wenig an ihnen ändern, wiewohl dies wünschenswert wäre. Es bestehen jedoch zwei Möglichkeiten, das Gewicht, das den Qualifikationen des einzelnen bei der Wahl von Vor-

³⁶) Ebenda.

³⁷) Bericht zur Vierten Tagung, a. a. O., S. 3.

³⁸) Verteilung der Präsidenten der Vollversammlung auf die geographischen Gruppen bis zur Zehnten Tagung: Lateinamerika drei; Asien und Ferner Osten drei; Europa zwei; Mittlerer Osten einer; Nordamerika einer.

sitzenden der Ausschüsse beigemessen wird, zu erhöhen. Nach der geltenden Praxis stellt der Generalsekretär mit seinem Stab eine informelle, inoffizielle und vertrauliche Kandidatenliste für die Ausschußvorsitzenden zusammen, wobei er sich auf weitgehende Beratungen mit den Delegationen stützt. Solche Listen sind vom politischen Standpunkt aus annehmbar, stellen jedoch nicht unbedingt eine Garantie für die Tüchtigkeit der Vorsitzenden dar. Falls der Generalsekretär formell angewiesen würde, eine Liste von erwünschten Kandidaten auszuarbeiten, die dann den Delegationen vorzulegen wäre, so würde man ihm damit einen stärkeren Rückhalt geben, auf der Auswahl fähiger Persönlichkeiten zu bestehen, und das Ergebnis könnte ein besseres Team von Vorsitzenden sein. Die Schwierigkeit ist dabei, daß ein solches Verfahren die unparteiische, unpolitische Stellung des Sekretariates gefährden könnte, und es würde wahrscheinlich auch der Abneigung einiger Mitglieder gegen jegliche Erweiterung des politischen Einflusses des Sekretariates entgegenlaufen.

Die Alternative wäre ein besonderer Nominierungsausschuß. 1949 schlug Kanada vor, daß ein besonderer „Nominierungsausschuß, bestehend aus Vertretern der Delegationen, die den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Vorsitzenden der Hauptausschüsse der letzten Tagung der Versammlung stellten, ... drei Tage vor der Eröffnungssitzung zusammenkommen soll, um einen oder mehrere Kandidaten für die Posten des Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und Berichterstatters der Hauptausschüsse vorzuschlagen“.

Dieser Ausschuß sollte dem Präsidenten der Versammlung berichten, der seinerseits diese Empfehlungen an die betreffenden Ausschüsse weiterleiten würde. Hierdurch bliebe das Recht der Mitglieder, in den Hauptausschüssen Kandidaten zu nominieren oder für irgendeine in Frage kommende Persönlichkeit zu stimmen, unberührt³⁹.

Dieses Verfahren könnte für die Beurteilung der persönlichen Qualifikation von Kandidaten im Interesse der Gesamtheit der Mitglieder eine bessere Methode liefern. Es könnte andererseits aber auch Oel in das Feuer der derzeitigen ausgedehnten Wahlkampagnen und -geschäfte bei der Ernennung von Vorsitzenden gießen. Es besteht auch die Möglichkeit, daß es für die Großmächte oder die regionalen Blocks nicht annehmbar wäre, weil es sich auf den Einfluß, den sie gegenwärtig ausüben, nachteilig auswirken könnte. Dennoch wäre es vielleicht den Versuch wert, eine Möglichkeit zu finden, in gemeinsamer Bemühung die gesamte Kandidatenliste zu überprüfen,

um dadurch die Wahl besserer Vorsitzender zu sichern und in Beratungen, die den Tagungen vorausgehen, für die Versammlung und die Delegationen Zeit einzusparen. Es wäre zweckdienlich, wenn die Regierungen das ihre dazu beitrügen, indem sie die Listen ihrer eigenen Delegationen, aus denen die Vorsitzenden ausgewählt werden müssen, so früh wie möglich bekanntgeben.

Rechtzeitige Ausgabe der Dokumente

Ein weiterer Faktor, der dazu beiträgt, die Tagungen der Versammlung in die Länge zu ziehen, ist die Tatsache, daß eine Anzahl von Dokumenten nicht frühzeitig genug verteilt werden, um eine angemessene Prüfung durch die Außenministerien zuzulassen; dies führt zu dem Ergebnis, daß die Positionen nicht festgelegt sind, die Delegierten keine Richtlinien erhalten und keine Zeit zur Beratung innerhalb der Delegationen bleibt. In einigen Fällen ist dies eine Folge davon, daß die Zusammenkünfte der Organe, von denen die Dokumente ausgehen, zu kurz vor den Tagungen der Versammlung angesetzt wurden. Die Sommertagung des Wirtschafts- und Sozialrates endet gewöhnlich etwa sechs Wochen vor der Eröffnung der Vollversammlung. Bis vor kurzem beendete der Ausschuß für Informationen aus den nichtselbständigen Gebieten seine Sitzungen erst eine Woche vor Beginn der Vollversammlung. 1956 trat die Atomenergiekonferenz erst im September zusammen, und der Sonderausschuß für die Frage der Definition der Aggression im Oktober. Dieses Problem wird durch die Tatsache verschärft, daß die überlasteten Vervielfältigungsstellen nicht die technischen Mittel besitzen, um die Spitzenbelastungen vor und während der Vollversammlung zu bewältigen. Ebenso ist das System des „doppelten Verteilers“ für Sitzungen, die außerhalb des Hauptquartiers stattfinden, zum großen Teil ein frommer Wunsch, und die Dokumente, die zur allgemeinen Verteilung bestimmt sind, erreichen ihre Empfänger daher erst nach Wochen. Dies ist ein reines Etatproblem, das durch eine großzügigere Haltung des Fünften Ausschusses gelöst werden könnte. Das zweite Element, das an Verzögerungen die Schuld trägt, ist die willkürliche Art, in der bestimmte Gremien ihre Berichte und bestimmte Delegationen ihre Vorschläge unterbreiten. Der Bericht des Amtes der Vereinten Nationen für den Wiederaufbau Koreas (UNKRA) ist beispielsweise gewöhnlich erst einige Wochen nach Zusammentritt der Vollversammlung verfügbar, und der Bericht der Hilfsorganisation der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge kommt beinahe ebenso spät.

(Fortsetzung folgt)

³⁹⁾ Bericht zur Vierten Tagung, a. a. O., S. 18.

Anhang

Geographische Verteilung der Sitze im Wirtschafts- und Sozialrat 1946-1957 *

Jahr	Latein-Amerika	Europa (West- u. Ost-)	Mittlerer Osten	Asien und Ferner Osten	Nord-Amerika
1946	Chile Kolumbien Kuba Peru	Belgien Tschechoslowakei Frankreich Griechenland Norwegen	Ukrainische SSR Sowjetunion Ver. Königreich Jugoslawien	Libanon China Indien	Kanada Vereinigte Staaten
1947	Chile Kuba Peru Venezuela	Weißrussische SSR Tschechoslowakei Frankreich Niederlande	Norwegen Sowjetunion Ver. Königreich	Libanon Türkei China Indien Neuseeland	Kanada Vereinigte Staaten
1948	Brasilien Chile Peru Venezuela	Weißrussische SSR Dänemark Frankreich Niederlande	Polen Sowjetunion Ver. Königreich	Türkei Libanon Australien Indien Neuseeland	Kanada Vereinigte Staaten
1949	Brasilien Chile Peru Venezuela	Belgien Weißrussische SSR Dänemark Frankreich	Polen Sowjetunion Ver. Königreich	Libanon Türkei Australien China Indien Neuseeland	Vereinigte Staaten
1950	Brasilien Chile Mexiko Peru	Belgien Tschechoslowakei Dänemark Frankreich	Polen Sowjetunion Ver. Königreich	Persien Australien China Indien Pakistan	Kanada Vereinigte Staaten
1951	Chile Mexiko Peru Uruguay	Belgien Tschechoslowakei Frankreich Polen	Schweden Sowjetunion Ver. Königreich	Persien China Indien Pakistan	Kanada Vereinigte Staaten
1952	Argentinien Kuba Mexiko Uruguay	Belgien Tschechoslowakei Frankreich Polen	Schweden Sowjetunion Ver. Königreich	Ägypten Persien China Pakistan Philippinen	Kanada Vereinigte Staaten
1953	Argentinien Kuba Uruguay Venezuela	Belgien Frankreich Polen Schweden	Sowjetunion Ver. Königreich Jugoslawien	Ägypten Türkei Australien China Indien Philippinen	Vereinigte Staaten
1954	Argentinien Kuba Ecuador Venezuela	Belgien Tschechoslowakei Frankreich Norwegen	Sowjetunion Ver. Königreich Jugoslawien	Ägypten Türkei Australien China Indien Pakistan	Vereinigte Staaten
1955	Argentinien Dominik. Republik Ecuador Venezuela	Tschechoslowakei Frankreich Niederlande Norwegen	Sowjetunion Ver. Königreich Jugoslawien	Ägypten Türkei Australien China Indien Pakistan	Vereinigte Staaten
1956	Argentinien Brasilien Dominik. Republik Ecuador	Tschechoslowakei Frankreich Griechenland Niederlande	Norwegen Sowjetunion Ver. Königreich Jugoslawien	Ägypten China Indonesien Pakistan	Kanada Vereinigte Staaten
1957	Argentinien Brasilien Dominik. Republik Mexiko	Finnland Frankreich Griechenland Niederlande	Polen Sowjetunion Ver. Königreich Jugoslawien	Ägypten China Indonesien Pakistan	Kanada Vereinigte Staaten

*) Angaben für 1957 ergänzt auf Grund der Wahlen der Elften Vollversammlung.

Informationen und Berichte

Die Zweite Außerordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung der EGKS

Wie im Vorjahr war die zweite Außerordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung vom 12. bis zum 15. Februar 1957 in Straßburg vor allem im Hinblick auf die weitere Entwicklung der allgemeinen Integrationspolitik einberufen worden. Es war, wie im März 1956 in Brüssel, eine „Spaak-Debatte“ vorgesehen, die, von einem Bericht des belgischen Außenministers und Präsidenten der Regierungskonferenz ausgehend, den neuesten Stand der Vorarbeiten für die Verträge über den allgemeinen gemeinsamen Markt und Euratom zum Gegenstand haben sollte¹. Dieses Vorhaben scheiterte daran, daß *Spaak* seine Teilnahme kurzfristig absagte. Die Versammlung, die infolgedessen einen Tag später als vorgesehen zusammentrat, beschränkte sich auf die Entgegennahme einer kurzen Orientierung über den Stand der Brüsseler Arbeiten durch Berichterstatter ihrer „Arbeitsgruppe“,² berührte jedoch die darin angeschnittenen Fragen mehrfach im Laufe ihrer allgemeinen Debatte, ohne allerdings zum Inhalt der Verträge im einzelnen Stellung nehmen zu können. Präsident *Furber* hatte am ersten Tage gegenüber der Presse seinen Wunsch angedeutet, die abschließenden Verhandlungen in Brüssel und Paris nicht durch allzu breite parlamentarische Erörterungen zu stören. Die Versammlung hat diese Anregung befolgt und die Grenzen der taktischen Vorsicht durchaus eingehalten, selbst da, wo ihr eigenes Schicksal als europäische Institution auf dem Spiele stand. Der allgemeine politische Charakter der Aussprachen an den ersten beiden Sitzungstagen wurde durch den großen Rechenschaftsbericht des Abgeordneten *Wigny* mitbestimmt, der es selbst als seine Aufgabe bezeichnete, „denen, die neue Verträge aufstellen, unser Zeugnis zur Stütze zu geben“. Präsident *Furber* konnte daher in seinem Schlußwort am 15. Februar feststellen, „daß man über unsere Montanunion heute nicht sprechen kann, ohne zugleich auf die so erregenden Vorgänge der Schaffung zweier weiterer größerer Gemeinschaften unserer sechs Staaten zu kommen“.³ Erwähnt werden muß im Hinblick auf die Brüsseler Verhandlungen die in ihrer Form einmalige Erklärung von zehn niederländischen Abgeordneten, deren Kritik an den Vertragsentwürfen im Zusammenhang mit den Vorbehalten der niederländischen Regierung gesehen werden muß⁴.

Am ersten Sitzungstage gab Präsident *Furber* einleitend einen kurzen mündlichen Bericht über die gemeinsame Intervention der Präsidien der drei bestehenden europäischen parlamentarischen Institutionen — beim Europarat, bei der WEU und der EGKS — gegen die Schaffung einer vierten parlamentarischen Körperschaft in den Verträgen über den allgemeinen gemeinsamen Markt und Euratom⁵. Die von ihnen vertretene Lösung, eine einzige Versammlung der Sechs-Länder-Gruppe zu bilden, in welche die Gemeinsame Versammlung der EGKS „hineinfusioniert“ werde, sei von den Außenministern am 4. Februar 1957 zum Beschluß erhoben worden. Das neue

Parlament, in dem die Gemeinsame Versammlung also aufgehen würde, soll 142 Mitglieder haben: je 36 für Frankreich, Italien und die Bundesrepublik, je 14 für Belgien und die Niederlande, 6 für Luxemburg. Die neue Versammlung würde „eine einheitliche, aber in sich differierende Kompetenz gegenüber allen drei Gemeinschaften“ haben. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, der belgische Senator *Motz*, gab im Anschluß an die Berichte über die Brüsseler Vertragsentwürfe ein Memorandum bekannt, das er nach einer Sitzung in Straßburg am 7. Januar an die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten gerichtet hatte⁶, um die Notwendigkeit einer gemeinsamen parlamentarischen Institution zu unterstreichen. Dieses Memorandum wurde nachträglich einstimmig gebilligt und den Außenministern noch einmal als Stellungnahme der Gemeinsamen Versammlung zugeleitet.

Im Laufe der politischen Aussprache am zweiten Sitzungstage kam es zu einer scharfen Erklärung des früheren Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung, des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten *Pella*, der im Namen der christlich-demokratischen Fraktion die Frage aufwarf, ob denn eine europäische parlamentarische Körperschaft wie die Gemeinsame Versammlung, nachdem sie einmal in Funktion sei, einfach durch Beschluß der Regierungen wieder aufgelöst werden könne. Der belgische Senator *Dehousse*, zugleich Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, warnte davor, einen sehr schwerwiegenden Präzedenzfall zu schaffen, der die anderen beiden europäischen Parlamente veranlassen würde, ebenfalls ihre vorherige Befragung zu verlangen. Dadurch würde zum mindesten eine Verzögerung des Vertragsabschlusses verursacht werden. Das sei aber noch das kleinste mögliche Uebel. Die Versammlung müsse unter Umständen mit einer kalten Ablehnung, einer Annahmeverweigerung durch die Regierungen rechnen, wenn sie offiziell Stellung zu nehmen versuche. Nicht ohne Grund hätten die parlamentarischen Unterhändler ihren Versammlungen keine Texte vorgelegt; das hätte der Atmosphäre ihrer Brüsseler Verhandlungen in keiner Weise entsprochen. Er warne vor jeder öffentlichen und spektakulären Initiative, „die sehr leicht in eine Verminderung der Glaubwürdigkeit und des Ansehens der Versammlung umschlagen könnte“. Präsident *Furber* stellte abschließend fest, daß kein formeller Antrag vorliege, daß der Politische Ausschuß sich jedoch jederzeit von sich aus mit der Angelegenheit beschäftigen könne⁷.

Diesen zeitlich und sachlich ersten Verhandlungsgegenstand behandelte die Versammlung, ausgehend von der einleitenden Mitteilung ihres Präsidenten, im formalen Rahmen der Aussprache über den groß angelegten, sehr ausführlichen „Rechenschaftsbericht der Gemeinschaft über ihre Entwicklung und Tätigkeit im Laufe von vier Jahren“, den der belgische Abgeordnete *Wigny* im

Namen des Politischen Ausschusses vorgelegt hatte⁸, und über die mündlichen Berichte aus der Arbeitsgruppe, erstattet durch die Abgeordneten *van der Goes van Naters*, *Wigny* und *Gozard*, ergänzt durch den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, den belgischen Senator *Motz*.

Der „Wigny-Bericht“, der in seinen zwei Hauptteilen die politisch-institutionellen und die ökonomischen Probleme der Gemeinschaft behandelt, dient einer doppelten Zwecksetzung: das „Urteil der Gemeinschaft über sich selbst“ einmal für die nach Ablauf der Uebergangszeit im Frühjahr 1958 anstehende Revision des eigenen Gründungsvertrags, zum andern für die Abfassung und Anwendung der neuen Verträge zur Verfügung zu halten. Der Verfasser selbst bezeichnet ihn als den Versuch, „den wirtschaftlich-politischen Plan, aus dem wir hervorgegangen sind, in Ansehung seiner Ergebnisse zu prüfen. Hat er sich wirklich als fruchtbar erwiesen? Entsprechen seine Wirkungen den Absichten der Gründer der Gemeinschaft?“ Das nach Ansicht einzelner Redner allzu uneingeschränkte Ja auf diese Fragen mußte er im Plenum gegen den Vorwurf verteidigen, der Hohen Behörde ein einfaches „satisfecit“ erteilt zu haben. Es mag als bemerkenswert verzeichnet werden, daß der Präsident der Hohen Behörde, René Mayer, einen Passus aus dem Wigny-Bericht wörtlich zitiert und sich zu eigen gemacht hat, in dem es heißt:

„Die berühmte Debatte zwischen den Anhängern des Supranationalen und der Gemeinschaftsorgane und den Verfechtern der internationalen Formel und der intergouvernementalen Organisationen ist im Grunde gegenstandslos. Oder vielmehr stellt sie zwei richtige Konzeptionen einander gegenüber, von denen jedoch weder die eine noch die andere ganz der politischen Realität entspricht. Wenn es nur einen Ministerrat gäbe, hätte die Politik der Gemeinschaft eine sehr viel schwächere Antriebskraft. Wollte man nur eine Hohe Behörde einsetzen, so würde man vergessen, daß die Gemeinschaft rechtlich im Dienste der Mitgliedstaaten steht, nicht aber ihr Liquidator ist, und daß sie eine wirksame Aktion nur ausüben kann, wenn sie gleichzeitig die Grenzen des Vertrages und die lebensnotwendigen Interessen der Mitgliedstaaten wahrt. Die Erfahrung mit der EGKS hat gezeigt, daß es einer Synthese bedarf, was sich auch die Gründer künftiger Gemeinschaften vergegenwärtigen sollten.“

Die umfangreichen, mit zahlreichen Statistiken belegten wirtschaftlichen Ausführungen dieses Dokuments auch nur zusammenfassend aufzuzählen, übersteigt den Rahmen dieses Sitzungsberichts.

Aus der Aussprache am 13. Februar über den Wigny-Bericht ist als politisch bedeutsam die Erklärung festzuhalten, die der Abgeordnete *Birkelbach* abgegeben hat. Er wandte sich gegen die Verquickung der wirtschaftlichen Integrationsvorhaben mit der gescheiterten EVG und den Plänen der Politischen Gemeinschaft und erklärte im Namen der deutschen Sozialdemokraten, daß die EGKS demgegenüber eine „neue Ausgangslage“ bilde. Das Abgehen von der EVG werde der weiteren Entwicklung der europäischen Integration auf lange Sicht eher Nutzen als Schaden bringen. Das Ziel, das die SPD verfolge, sei, „im Laufe der Zeit den Markt von Kohle und Stahl in eine Vollintegration einzubetten, die möglichst die Sechser-Begrenzung überwindet und sich unter demokratischer Kontrolle vollzieht“.¹⁰

Hinweise auf die Haltung Großbritanniens wurden durch Pressemeldungen über britische Vorbehalte gegen die Einbeziehung der Ueberseegebiete in den gemeinsamen Markt ausgelöst. Nach dem französischen Abgeordneten P. H. *Teitgen* wies besonders der Abgeordnete Dr. *Pohle* auf die Bedeutung dieser Intervention hin, die „die Assoziation Großbritanniens, die wir alle sehnlichst herbeiwünschen, unmöglich machen würde“. Er bezeichnete den britischen Schritt als Beispiel dafür, daß die Formung eines Europa über die sechs Staaten hinaus nicht ganz einfach sei. Pohle äußerte sich bei dieser Gelegenheit über den deutschen Standpunkt zur Eingliederung der afrikanischen Gebiete in den gemeinsamen Markt. Man wolle „die gemeinsame Aufbauarbeit in Entwicklungsländern nicht mit der politischen Mitverantwortung für die Reste einer Politik gegenüber Afrika, die vielleicht nicht mehr zeitgemäß sei, verbinden“. Alle Betrachtungen blieben jedoch theoretisch, solange nicht die Verhältnisse in Afrika dauerhaftere politische Formen angenommen hätten. Wie solle denn beispielsweise das Einverständnis der Bevölkerung jener Gebiete für Entwicklungsprojekte geäußert werden, solange diese Formen nicht beständen? Pohle betonte das deutsche Interesse am Zustandekommen der Freihandelszone, das ohne die Zollunion der Sechs nicht möglich sei, aber als „äußerer Ring um die Zollunion“ der vielleicht noch wichtigere Integrationsabschnitt als diese selbst sei; 72 vH der deutschen Einfuhren kämen nicht aus dem gemeinsamen Markt der Sechs, die Hälfte davon aus einer künftigen Freihandelszone, die Großbritannien und die anderen europäischen Länder, ohne den Ostblock, umfasse¹¹.

In den Mittelpunkt der laufenden Arbeit der Hohen Behörde führte sodann am 14. Februar die Debatte über die Allgemeinen Ziele, die in einem Memorandum vom Oktober 1956 zum zweiten Male aufgestellt worden sind¹². Im Namen des Investitionsausschusses der Versammlung hat der französische Abgeordnete *de Menthon* dazu in einem ausführlichen Bericht Stellung genommen¹³. Einen weiteren Bericht „über die sozialen Aspekte des Memorandums der Hohen Behörde“ hat der französische Abgeordnete *Mutter* im Namen des Sozialpolitischen Ausschusses vorgelegt¹⁴. In dieser Reihenfolge der Berichte hat die Versammlung in einer mehr als zehnstündigen Aussprache, die sich bis gegen Mitternacht hinzog, die Allgemeinen Ziele ausführlich behandelt, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Investitionspolitik¹⁵. Sieht man einmal ab von einer extremen Dialektik einerseits, die den Berichtersteller in seiner mündlichen Einleitung der Debatte bis in philosophische und etymologische Exkurse hineintrieb, und von extrem pragmatischen, der theoretisch-ökonomischen Betrachtung ganz und gar abholden Betrachtungen andererseits, wie sie die Ingenieure *Armengaud* und *De Smet* darboten — schaltet man diese sich aufhebenden Tendenzen, soviel wertvolle Hinweise etwa auf die Methodik der Ausarbeitung sie ergeben haben, in der zusammenfassenden Betrachtung einmal aus, so wird man die bleibenden Ergebnisse des der Investitionspolitik unmittelbar gewidmeten Teils der Debatte am klarsten in den Antworten der Hohen Behörde und in den davon beeinflussen Formulierungen der Schlußresolution finden. Als eine der wesentlichsten Feststellungen, die vom Präsidenten der Hohen Behörde im Hinblick auf die Allgemeinen Ziele getroffen wurden, ist

die des Fehlens einer koordinierten Energiepolitik zu vermerken, zu der die Hohe Behörde nach den ursprünglichen Brüsseler Vorschlägen auf dem Gebiet der Studien und Untersuchungen beitragen sollte. Diese Feststellung hat ihren Niederschlag in der Resolution gefunden, die in einem Ergänzungsbericht des Investitionsausschusses¹⁶ vorgelegt und von der Versammlung in ihrer Schlußsitzung am 15. Februar einstimmig angenommen wurde. Im Wortlaut heißt es da:

„Die Gemeinsame Versammlung ...

bedauert, daß es bisher ungeachtet der Entschließung des Ministerrats vom 13. Oktober 1953 nicht möglich war, ausreichende Fortschritte in der Harmonisierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten zu erzielen, die zur Durchführung des Artikels 2 und des Artikels 26 des Vertrages erforderlich sind und zu der sich alle Mitgliedstaaten durch die Unterzeichnung des Vertrages verpflichtet haben;
daß es nicht möglich war, in Zusammenarbeit zwischen der Hohen Behörde und den Regierungen der Mitgliedstaaten erste Grundlagen für eine einheitliche Energie-wirtschaftspolitik zu schaffen;
daß damit einige für eine voll befriedigende Bestimmung der Allgemeinen Ziele notwendige Elemente fehlen.“

Im übrigen wird in dieser Resolution betont, daß in dem Memorandum vom Oktober 1956 zunächst nur „ein weiterer Beitrag zur Entwicklung von Allgemeinen Zielen im Sinne des Artikels 46 des Vertrages“ gesehen wird. Die Hohe Behörde wird aufgefordert, dieses Memorandum entsprechend dem Bericht des Investitionsausschusses und der Aussprache in der Versammlung „zu überprüfen und zu ergänzen“. Nach Ansicht der Versammlung dienen die Allgemeinen Ziele lediglich der Orientierung der Investitionen im Kohlebergbau und in der Stahlindustrie der Gemeinschaft. Sie werden jedoch ausdrücklich als nicht verbindlich für die Investitionen der einzelnen Unternehmen bezeichnet. Bemerkenswert ist die Forderung der Resolution, daß die Hohe Behörde „als erste Aufgabe“ gemeinsam mit den Regierungen und den Unternehmen ein Investitionsprogramm für die Errichtung von Schachtanlagen, ihre Finanzierung, Vorschläge für die Einsparung von Kohle, Koks und Schrott sowie ein Programm sozialer Maßnahmen zur Sicherung der für den Kohlebergbau notwendigen Arbeitskräfte ausarbeiten und der Versammlung vorlegen soll. Die Schaffung der Grundlagen einer Kohlewirtschaftspolitik, die seit dem Februar 1955 vorbereitet werden, soll sie beschleunigen.

Die im Zusammenhang mit den Allgemeinen Zielen geführte sozialpolitische Debatte der Gemeinsamen Versammlung, welche die Teilnehmer wohl ebenso wenig befriedigt hat wie die öffentliche Meinung¹⁷, trug überwiegend deklamatorische Züge und bildete im wesentlichen die Umrahmung einer grundsätzlichen Kontroverse zwischen dem stark persönlich gefärbten Bericht des liberalen französischen Abgeordneten *Mutter*, der gewisse patriarchalische Züge nicht verbergen konnte, und den als Gegenbericht zu bezeichnenden Ausführungen des den Gewerkschaften nahestehenden Mitgliedes der Hohen Behörde *Paul Finet*, der sich den Wortlaut seiner Erklärung in einer Sondersitzung der Hohen Behörde hatte sanktionieren lassen. Die Bedeutung der *Finet*-Erklärung wurde noch dadurch hervorgehoben, daß sie auf Wunsch der Hohen Behörde entgegen der sonstigen Uebung vor Eröffnung der allgemeinen Aussprache anschließend an den

mündlichen Einführungsbericht des Abgeordneten *Mutter* abgegeben wurde¹⁸.

Finet bediente sich vorwiegend gewerkschaftlicher Argumente, um den Vorwurf zurückzuweisen, daß die Hohe Behörde die sozialen Aspekte ihrer Tätigkeit vernachlässigt habe. Er hob dabei die Tätigkeit des Beratenden Ausschusses besonders hervor, in dem die von den Gewerkschaften besetzte Arbeitnehmergruppe ein Drittel der Sitze einnimmt. Die internationalen und nationalen Organisationen der freien und der christlichen Gewerkschaften wurden zitiert, um die bewährte Bereitschaft der Hohen Behörde zur Zusammenarbeit auf sozialpolitischem Gebiet und ihre grundsätzliche Übereinstimmung in der Auffassung dieser Zusammenarbeit zu belegen. Den derzeitigen Präsidenten des Beratenden Ausschusses, den 2. Vorsitzenden der deutschen Industriegewerkschaft Bergbau, *Dahlmann*, führte *Finet* als Zeugen für seine Kernthese an, daß die Gewerkschaften selbst keinen Wert darauf legen, den öffentlichen Gewalten — seien es nationale oder supranationale — echte sozialpolitische Entscheidungsbefugnisse zu übertragen; sie zögen es vor, die Lohn- und Arbeitsbedingungen unmittelbar zwischen den Sozialpartnern zu regeln. In der Sache gab die Hohe Behörde schließlich nach und erklärte sich bereit, das Memorandum über die Allgemeinen Ziele durch einen sozialpolitischen Abschnitt zu ergänzen. Ein entsprechender, als Zusatzbericht des Sozialausschusses¹⁹ vorgelegter Resolutionsentwurf wurde einstimmig angenommen.

Am letzten Sitzungstage nahm die Versammlung noch einen Bericht des italienischen Senators *Carboni* im Namen des Politischen Ausschusses entgegen, der im Interesse einer besseren Unterrichtung der öffentlichen Meinung eine Intensivierung der Informationstätigkeit der Hohen Behörde verlangt und das Präsidium der Versammlung beauftragt, auch die Pressearbeit ihres Sekretariats in bescheidenem Maße zu verstärken²⁰. Die Versammlung stimmte diesen Vorschlägen nach kurzer Aussprache zu.

Es ist anzumerken, daß die Gemeinsame Versammlung in dieser Sitzungsperiode nicht komplett war: es fehlten noch 6 von den 18 italienischen Vertretern sowie die drei französischen Abgeordneten, die nach der politischen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik jetzt an Stelle der bisher im Rahmen der französischen Delegation entsandten Saarvertreter zu benennen sind²¹. Es fehlten also insgesamt 9 Abgeordnete an der vertraglich festgelegten Zahl von 78 Mitgliedern der Gemeinsamen Versammlung.

Die Versammlung tritt am Nachmittag des 13. Mai wie üblich zu einer kurzen außerordentlichen Sitzungsperiode zusammen, um ihren eigenen Haushaltsvoranschlag zu beraten. Am 14. Mai beginnt dann der erste Teil der Ordentlichen Sitzungsperiode des Haushaltsjahres 1957/58, der auf vier Sitzungstage veranschlagt wird. Der zweite Teil der Ordentlichen Sitzungsperiode soll vom 24. bis zum 29. Juni stattfinden. Es wurde beschlossen, die nächste konstituierende (erste außerordentliche) Sitzungsperiode vom 4. bis zum 9. November in Rom abzuhalten.

G. St.

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. den Bericht über die zweite Außerordentliche Sitzungsperiode des Haushaltsjahres 1955/56 in Europa-Archiv 8/1956, S. 8779—8782.

²⁾ Ueber Auftrag und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe vgl. Europa-Archiv, a. a. O., S. 8779, Anm. 2. Zur Zeit hat die

Arbeitsgruppe 25 Mitglieder (ein italienischer Sitz ist offen). Vorsitzender ist wie bisher der belgische Senator *Motz* (liberale Fraktion), stellvertretende Vorsitzende sind der deutsche Abg. *Pohle* (CDU) und der belgische Senator *Dehousse* (Sozialist). Weitere deutsche Mitglieder: Dr. *Martin Blank* (FVP), *Kopf* (CDU), Dr. *Kreyßig* (SPD), *Österle* (CDU) und *Wehner* (SPD). Die Arbeitsgruppe hat inzwischen zwei Unterausschüsse gebildet: für Zuständigkeiten und Befugnisse unter dem Vorsitz des Abg. *Pohle* und für institutionelle Fragen unter dem Vorsitz des belgischen Senators *Dehousse*.

³⁾ „Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, ausführliche Sitzungsberichte“, vorläufige Ausgabe, Spalte 818.

⁴⁾ „Verhandlungen“, Sp. 373 f. — Vgl. den kritisch zusammenfassenden Bericht in *VWD-Montan* vom 18. 2. 1957, Anhang.

⁵⁾ „Verhandlungen“, Sp. 302—304.

⁶⁾ Dokument Nr. 14 im Haushaltsjahr 1956/57, ursprünglich Dok. AC 2814: „Memorandum über die Wiederbelebung des Europagedankens“.

⁷⁾ „Verhandlungen“, Sp. 413—426.

⁸⁾ Dokument Nr. 13, 155 Schreibmaschinenseiten, zur Drucklegung als besondere Broschüre vorgesehen, die insbesondere auch allen Mitgliedern der nationalen Parlamente in den sechs Ländern zugänglich gemacht werden soll.

⁹⁾ „Verhandlungen“, Sp. 475—480, Zitat aus Dokument Nr. 13, S. 59.

¹⁰⁾ „Verhandlungen“, Sp. 431—438.

¹¹⁾ „Verhandlungen“, Sp. 454—465.

¹²⁾ Artikel 46, Abs. 3 Ziff. 3, des Vertrages verpflichtet die Hohe Behörde, „in regelmäßigen Zeitabständen allgemeine Ziele für die Modernisierung, die Orientierung der Fabrikation auf lange Sicht und die Ausweitung der Produktionskapazität anzugeben“, die sie nach Vorlage beim Beratenden Ausschuss veröffentlicht. Das erste „Memorandum über die Bestimmung der Allgemeinen Ziele“ ist am 6. 7. 1955 veröffentlicht worden;

Amtsblatt vom 19. 7. 1955, S. 821—832. — Das hier behandelte (zweite) Memorandum ist Ende Oktober 1956 dem Beratenden Ausschuss und den Ausschüssen der Gemeinsamen Versammlung als „Arbeitsdokument“ übermittelt worden; Dokument der Hohen Behörde Nr. 8159/2/56. Es ist bisher nicht veröffentlicht, aber der Presse in beschränktem Umfang zur Verfügung gestellt worden.

¹³⁾ Dokument Nr. 12.

¹⁴⁾ Dokument Nr. 11.

¹⁵⁾ Die Allgemeinen Ziele dienen gemäß Artikel 54, Abs. 4, des Vertrages als Grundlage für die Stellungnahmen zu Investitionsprogrammen der Unternehmen. Auch die Maßnahmen im Falle der Arbeitslosigkeit nach Artikel 56 des Vertrages haben zur Voraussetzung, daß die sie verursachenden neuen technischen Verfahren im Rahmen der Allgemeinen Ziele eingeführt werden; damit ist ein wesentlicher Begriff für die in § 23 des Uebergangsabkommens getroffenen Bestimmungen über die „Anpassung“ gegeben.

¹⁶⁾ Dokument Nr. 19.

¹⁷⁾ Vgl. auch hierzu *VWD-Montan*, a. a. O.

¹⁸⁾ „Verhandlungen“, Sp. 644—667.

¹⁹⁾ Dokument Nr. 18.

²⁰⁾ Dokument Nr. 10.

²¹⁾ Gleichzeitig mit den Saarverträgen ist am 27. 10. 1956 in Luxemburg ein Vertrag der Mitgliedstaaten der EGKS über Aenderungen des EGKS-Vertrages unterzeichnet worden. Dadurch wird u. a. der 3. Absatz des Artikels 21 außer Kraft gesetzt, nach dem „die Vertreter der Saarbevölkerung in die Zahl der Frankreich zugewiesenen Abgeordneten eingerechnet“ waren. Die dafür zur Verfügung gestellten 3 von seinen 18 Sitzen fallen jetzt an Frankreich zurück. Als politischer Bestandteil der Bundesrepublik ist das Saarland in Zukunft durch die deutschen Abgeordneten mitvertreten, die ebenfalls 18 Sitze innehaben.

Das neue Arbeitsprogramm der UNESCO

Bericht über die 9. Generalkonferenz der UNESCO

Die 9. Generalkonferenz der UNESCO, die über das Arbeitsprogramm der Organisation für 1957 und 1958 zu befinden hatte, wurde vom 5. November bis zum 5. Dezember 1956 in Neu-Delhi abgehalten.

Sie war die „politischste“ aller bisherigen Generalkonferenzen, obgleich die meisten Delegationen, darunter auch Staatssekretär Professor *Hallstein* für die Delegation der Bundesrepublik, in ihren Eröffnungsreden betonten, daß eben diese Politisierung der UNESCO vermieden werden müsse. Während dies angesichts des Suez- und des Ungarnkonflikts zu Beginn unmöglich schien und ein guter Teil der eingebrachten Resolutionsentwürfe offen oder versteckt politischen, ja polemischen Charakters war, setzten sich während des letzten Teils der Konferenz in erfreulicher Weise die konstruktiven Elemente durch, vielleicht ein echter Beweis dafür, daß die UNESCO in den nunmehr zehn Jahren ihres Bestehens Fundamente gebaut hat, die einiger Belastung standhalten. Daß sie in diesem Jahrzehnt immer stärker in die Nachbarschaft der Politik gezogen wurde, war wohl unvermeidlich und ist auch nur teilweise zu bedauern. Gerade bei den in die Zukunft weisenden Programmen von übernationaler Tragweite sind ja dauerhafte Erfolge nur durch die tatkräftige Mithilfe der Regierungen zu erzielen. Die UNESCO hat dieser Entwicklung im übrigen bei ihrer 8. Generalkonferenz (1954 in Montevideo) selbst Vorschub geleistet oder, richtiger, entsprochen, indem sie ihren Exekutivrat aus einem Gremium freier Persönlichkeiten in einen Rat von Regierungsvertretern umwandelte. Und schließlich zwingt die Mitgliedschaft der seit 1954 in die UNESCO drängenden sowjetisch orientierten

Staaten, für die das Wort Lenins „Kultur ist Politik“ gilt, die Angehörigen der westlichen Länder, sich wenigstens im Rahmen der UNESCO auf diesen politischen Kulturbegriff einzustellen.

An den Beratungen in Neu-Delhi waren im übrigen nicht nur die Regierungsdelegationen der Mitgliedstaaten beteiligt, deren Zahl durch die Aufnahme von Tunesien, Marokko und dem Sudan auf 80 anstieg, sondern auch Vertreter und Beobachter der 125 internationalen nicht-staatlichen Organisationen, die der UNESCO angeschlossen sind. Dieser schwer bewegliche Riesenapparat hatte den 290 Druckseiten umfassenden Programmvorschlag des Generaldirektors der UNESCO und eine Reihe von Zusatzdokumenten zu beraten. Der Ablauf der Konferenz wurde weiter kompliziert, als auf Grund eines gemeinsamen Antrages von Brasilien, Frankreich, Indien und Spanien das Budget für die nächste zweijährige Arbeitsperiode überraschend um eine Million Dollar (auf 22 Millionen Dollar) erhöht wurde; denn nun setzte ein Ansturm weiterer Anträge ein, deren budgetäre Konsequenzen die zugestanden Mittel bald überstiegen. Zur Stunde läßt sich noch nicht überblicken, welche Vorhaben zurückgestellt oder eingeschränkt werden müssen. Die Vollmacht hierzu wurde den Hauptabteilungen im Pariser UNESCO-Sekretariat übertragen.

Mit dieser Budgeterhöhung ist ein Grundproblem der Gewichtsverteilung innerhalb der UNESCO angerührt. Bei der Haushaltsdebatte so gut wie bei der Abstimmung

^{*)} Frau Dr. *Schlüter-Hermkes*, seit 1954 Vertreterin der Bundesrepublik im Exekutivrat, wurde in Neu-Delhi mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt.

über alle wichtigeren Arbeitsvorhaben zeigte sich zweierlei: 1) Das Prinzip „Ein Staat = eine Stimme“, das bei den UNESCO- ebenso wie bei den UN-Abstimmungen angewandt wird, bringt die großen Staaten, welche die Hauptlast des Budgets und damit der Verantwortung tragen, in eine ungünstige Lage. Die 27 Staaten, die in Neu-Delhi für die Erhöhung stimmten, waren (bis auf 2 Ausnahmen) begreiflicherweise sämtlich „Empfänger“, die von den vermehrten Mitteln profitieren, während zum Beispiel die Vereinigten Staaten, die 30 vH des gesamten Budgets zahlen, dagegen stimmten, ebenso wie Großbritannien und die Bundesrepublik. 2) Es zeigte sich, daß trotz der mehrmonatigen Prüfung des Entwurfs durch die Mitgliedstaaten keine Delegation alle einzelnen Sparten des Programms ausreichend überblickt, um sich an seiner endgültigen Ausgestaltung konstruktiv beteiligen zu können. Verständlicherweise liegt daher tatsächlich die Programmgestaltung weitgehend in den Händen des Zentralsekretariats in Paris. Es ist nicht zu übersehen, daß darin eine gewisse Gefahr der Bürokratisierung der UNESCO-Arbeit liegt.

Welches sind nun die Vorhaben der UNESCO für die nächsten zwei Jahre? Als besondere Note des Arbeitsprogramms wurde hervorgehoben, daß, im Sinne der 8. Generalkonferenz, 1) eine allgemeine Konzentration des Programms erreicht worden sei, 2) in diesem Programm erstmals drei über acht bis zehn Jahre hinaus bestimmende Hauptvorhaben vorgeschlagen wurden (vgl. letzten Abschnitt dieses Berichts). Die erwähnte Konzentration fällt dem unbefangenen Betrachter nicht ohne weiteres auf. Noch immer befassen sich die Hauptabteilungen des Generalsekretariats mit einer solchen Vielzahl von Aufgaben, daß hier nur einige der bedeutenden genannt werden können.

Erziehungswesen:

Diese Abteilung ist finanziell und hinsichtlich ihrer Bedeutung die gewichtigste. Die Akzente liegen auf der Lehrerbildung, der Herstellung oder Beschaffung geeigneten Lesestoffs und sonstigen Lehrmaterials, auf der Einrichtung von Schulen, Schulfunksystemen und anderen Erziehungshilfen, namentlich für die Entwicklungsländer. Eine besondere Förderung erfahren die beiden Grund-erziehungszentren der UNESCO, in denen Erziehungsberater und Pädagogen für Mittel- und Südamerika und für den Mittleren Osten ausgebildet werden. Auf die Entwicklung des Berufsschulwesens und die technische und handwerkliche Ausbildung wird besonderer Wert gelegt. Unzureichend budgetiert erscheinen die Projekte Jugendarbeit und Erwachsenenbildung, worauf die deutsche Delegation mit Nachdruck, jedoch ohne Erfolg hingewiesen hat. Das in früheren Jahren diese Abteilung ideell beherrschende Projekt „Education for Living in a World Community“ ist zurückgetreten zugunsten dringenderer praktischer Aufgaben. Immerhin soll das System der UNESCO-Modellschulen erweitert werden. An diesem Experiment sind bisher 125 Schulen in aller Welt (davon fünf im Bundesgebiet) beteiligt, die im Unterricht und im gesamten schulischen Leben die Wissensvermittlung über andere Völker und Kulturen und die Erziehung zur Verständigungsbereitschaft an Hand bestimmter Themen und Tätigkeiten erproben und ihre Erfahrungen international zugänglich machen sollen. Schließlich befinden sich unter den elf internationalen pädagogischen Organi-

sationen und Institutionen, die von der UNESCO unterstützt werden, zwei auf deutschem Boden: Das UNESCO-Institut für Pädagogik in Hamburg und das UNESCO-Institut der Jugend in Gauting bei München. Beide erhalten erhöhte Zuschüsse: das Hamburger Institut 45 000 Dollar, das Gautinger Institut 32 000 Dollar jährlich. Die seit Jahren gewährte Erziehungshilfe der UNESCO/UNRWA für die arabischen Palästina-Flüchtlinge wird fortgesetzt. Neu bewilligt wurden nach dramatischen Diskussionen 200 000 Dollar als Erziehungshilfe für die durch die Konflikte in Ungarn und Ägypten betroffenen Jugendlichen.

Dieses Programm ist am leichtesten zu überblicken, da sich hier die Tätigkeit der UNESCO selbst auf einige wenige Gebiete beschränkt. Allerdings unterstützt sie eine beträchtliche Anzahl internationaler Forschungen durch die Förderung der großen naturwissenschaftlichen Gesellschaften, vor allem des Internationalen Rates für Naturwissenschaften (ICSU), der unter den 36 von der UNESCO regelmäßig subventionierten internationalen Organisationen mit jährlich 175 000 Dollar den höchsten Zuschuß erhält. Ferner ist die UNESCO an der Vorbereitung des Geophysikalischen Jahres organisatorisch und finanziell wesentlich beteiligt. Sie unterstützt weiterhin die für die Gesundheit und Ernährung der Weltbevölkerung entscheidenden Forschungen auf den Gebieten der Ozeanographie und Meeresbiologie, der friedlichen Atomkraftnutzung (für September 1957 wird eine internationale Konferenz über die Verwendung der Radioisotope und die Wirkung radioaktiver Strahlen vorbereitet), und endlich bemüht sie sich um die Erschließung und Fruchtbarmachung der ariden und halbariden Zonen (vgl. letzten Abschnitt des Berichts). Die Naturwissenschaftlichen Außenbüros der UNESCO (Science Cooperation Offices) für Südamerika (Montevideo), den Mittlern Osten (Kairo), Südostasien (Djakarta) und Südasien (Neu-Delhi) haben sich so gut bewährt, daß sie weitergeführt und gefördert werden. Im übrigen werden die Gründungsverhandlungen zur Bildung eines Internationalen Rechenzentrums (Rom) fortgesetzt.

Sozialwissenschaften:

Auch diese Hauptabteilung delegiert ihre Aufgaben größtenteils an die zuständigen internationalen Fachorganisationen, namentlich an den Internationalen Rat für Sozialwissenschaften (ISSC). Neben ihrer Dokumentations- und Informationsarbeit wird sie eigene Untersuchungen über Probleme der internationalen Verständigung, der Menschenrechte (insbesondere über Minderheiten- und Rassenfragen) und der sozialen Entwicklung fortsetzen. Die letzteren nehmen den breitesten Raum ein, da sie im Hinblick auf die Entwicklungsländer, die neuralgischen Punkte der Weltpolitik, in denen die Technisierung zu einer beängstigend schnellen Verstädterung und sozialen Umschichtung führt, für die ganze Völkergemeinschaft von besonderem Interesse sind. So wird ein UNESCO-Institut zur Erforschung der sozialen Folgen der Industrialisierung (Kalkutta) seine Arbeit fortführen und ein neu beantragtes Forschungszentrum in Rio de Janeiro ähnliche Fragen untersuchen, während in Santiago de Chile mit Unterstützung der UNESCO eine Zentralstelle zur Förderung des sozialwissenschaftlichen Unterrichts auf Schul- und Universitätsebene errichtet werden soll. Mit den genannten Instituten soll

die künftige Arbeit des UNESCO-Instituts für Sozialwissenschaften in Köln thematisch verbunden werden (jährlicher UNESCO-Zuschuß: 42 000 Dollar). Die Beratende Versammlung des Europarats hat bei ihrer Januarsitzung ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit diesem Institut bekundet.

Kulturarbeit:

Unter diesem Titel wird eine solche Vielfalt von Arbeitsgebieten behandelt, wie die internationale Zusammenarbeit sämtlicher Zweige der Künste, die Förderung des Kunsthandwerks (von großer Bedeutung für die Belebung der Heimindustrien in Asien, Afrika und Südamerika) sowie des Volksbücherei- und Museumswesens, die Erweiterung des von der UNESCO angeregten Welturheberrechts-Abkommens, die Schaffung weiterer internationaler Vereinbarungen über archäologische Ausgrabungen usw. und schließlich das Programm „Übersetzung von Meisterwerken der Weltliteratur“, das zusammen mit Schriftstellervereinigungen und privaten Verlegern verwirklicht wird. Auch die Fortführung der großen Kunstdruckbände, „World Art Series“, die in Deutschland beim Verlag Piper erscheinen, wurde beschlossen. Eine eigene Arbeitsgruppe behandelte die Drucklegung der nahezu fertiggestellten Weltkulturgeschichte, die 1958 den Verlegern übergeben werden soll. Einstimmig angenommen wurde ein Vorschlag der deutschen Delegation, ein Vergleichendes Lexikon kulturwissenschaftlicher Kern- und Schlüsselwörter zu schaffen. Die zentrale Aufgabe der Abteilung, ja vielleicht der gesamten Organisation für die nächsten Jahre wurde unter dem Titel „Mutual Appreciation of Eastern and Western Cultural Values“ zu einem Hauptvorhaben erhoben (vgl. letzten Abschnitt des Berichts).

Informationswesen:

Die Arbeit dieser Abteilung wurde während der Konferenz am schärfsten kritisiert. Mit den ihr zugestandenen Mitteln kann sie im wesentlichen nur ihre bisherigen Clearing-Aufgaben erfüllen: Austausch von Rundfunk- und Fernsehprogrammen und technischer Informationen über diese Massenkommunikationsmittel, Erweiterung der internationalen Abkommen zur Erleichterung des Informationsaustausches, internationale Koordinierung von Untersuchungen über den Einfluß von Presse, Film, Funk und Fernsehen auf Jugendliche. Neu ist dagegen der Plan, die Ausbildung der Journalisten durch die UNESCO zu fördern. Ein der Universität Straßburg angeschlossenes Institut soll zunächst im europäischen Raum experimentelle Vorarbeit leisten. Die Herstellung und Verteilung eigenen Informationsmaterials über die Arbeit der Vereinten Nationen — eine Aufgabe, die sich die UNESCO in ihrer Verfassung selbst gestellt hat — muß vorläufig noch als ungenügend bezeichnet werden.

Personenaustausch:

Die Arbeit dieser Abteilung besteht mehr in der Information über Stipendien und Studienmöglichkeiten in der Welt (z. B. durch Veröffentlichung von Jahreskatalogen wie „Study Abroad“, „Vacations Abroad“ und internationalen Stellennachweisen für Hochschullehrer) als in der Verwaltung eigener Stipendien. Die 530 UNESCO-Stipendien für 1957/58 werden hauptsächlich als Zuschüsse für Arbeiterstudienreisen in Europa und Studienreisen für Jugendliche und Lehrer gewährt.

Technische Hilfe:

Die Mitarbeit der UNESCO am Technical Assistance Program der Vereinten Nationen, die von allen Abteilungen gemeinsam geleistet wird, erhält zunehmende Bedeutung. Der Organisation werden für diese Aufgabe im laufenden Jahre 5,1 Millionen Dollar und im nächsten Jahre 5,2 Millionen Dollar zur Verfügung stehen (1955: 3,9 Millionen Dollar). Zur Zeit laufen 120 Projekte in 48 Ländern. Die Anzahl der von der UNESCO entsandten Berater (z. Z. 201) soll in der neuen Haushaltsperiode auf etwa 630 erhöht werden.

Die Hauptvorhaben (Major Projects):

1. Lehrerbildung in Südamerika:

Mit diesem Projekt soll eine entscheidende Förderung des Grundschulwesens, vor allem auch der Lehrerbildung, in Südamerika erreicht werden. Es ist regionaler Art, wenn auch nicht von ausschließlich regionaler Bedeutung. (Budgetierung: rund 600 000 Dollar.)

2. Wüstenforschung:

Dieses Programm reicht von der Erforschung der klimatologischen, geologischen, hydrologischen und ökologischen Bedingungen arider und halbarider Gebiete bis zu praktischen Versuchen, die bisher in Ägypten, Israel, Pakistan und Indien durchgeführt wurden und sich künftig auch auf Tunesien und die Türkei erstrecken sollen. Deutsche Wissenschaftler wirken seit Jahren an diesen Untersuchungen mit. (Budgetierung: rund 400 000 Dollar.)

3. Kulturaustausch zwischen Asien und der westlichen Welt:

Dieser zunächst für 10 Jahre entworfene Plan, das gegenseitige Verständnis der Völker in Orient und Okzident zu vertiefen, wurde von den Delegationen aller Mitgliedstaaten geradezu mit Begeisterung aufgenommen. Sofort soll mit dem Austausch von kulturellen Rundfunk-, Film- und Fernsehprogrammen begonnen werden. Die Schulbuchverbesserung, an der die UNESCO schon seit Jahren arbeitet, wird besonders auf das Verhältnis von Europa und Asien abgestellt. Das Internationale Schulbuchinstitut in Braunschweig soll entscheidend mitarbeiten. Auf weitere Sicht sind Ausstellungen, Austauschreisen und Gastspiele von Schauspieler- und Musikergruppen, die Herausgabe kulturhistorischer Werke und Handbücher geplant. (Budgetierung: rund 800 000 Dollar.)

Die Bundesregierung wurde aufgefordert, einen Sachverständigen in das aus Vertretern von 18 Nationen gebildete Komitee zu entsenden, das die Durchführung des Vorhabens lenken soll. Das Interesse an einer deutschen, aber auch an der europäischen Beteiligung ist also offenkundig. Die Beratende Versammlung des Europarats hat demgemäß bei ihrer letzten Sitzung dem Ministerkomitee empfohlen, den Europarat möglichst aktiv an diesem UNESCO-Programm zu beteiligen, um für eine würdige, einheitliche Darstellung der europäischen Kultur in Asien zu sorgen. Es bleibt abzuwarten, wie sich das mit so viel Hoffnung begrüßte Projekt entwickeln wird. Einige der inmitten politischer Rücksichten und praktischer Nahziele ein wenig vernachlässigten grundsätzlichen Anliegen der UNESCO werden sich hier vielleicht verwirklichen lassen.

Dr. Brigitte Mohr

Die XI. GATT-Tagung in Genf*

Die weltpolitischen Ereignisse in Osteuropa und im Mittleren Osten blieben nicht ohne Einfluß auf die Verhandlungen der Vertragsstaaten, die in Genf vom 11. Oktober bis zum 17. November 1957 zur XI. Tagung im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) zusammengekommen waren. Die Konferenzteilnehmer hinterließen oft den Eindruck, lediglich an einer formalen Abwicklung der Konferenz interessiert zu sein, und neigten stärker als sonst dazu, Entscheidungen zu vertagen und einer weiteren Konsultation zu überlassen. Außer den 35 Mitgliedstaaten waren 15 weitere Länder und die acht interessierten internationalen Organisationen, die Vereinten Nationen, der IMF, die ILO, die FAO, die OEEC, die EGKS, der Europarat und der Brüsseler Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, durch Beobachter vertreten.

Die auf der X. Tagung gehegten Hoffnungen auf eine baldige Errichtung der Organisation für Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels (OTC) blieben wiederum unerfüllt. Sie scheiterten im wesentlichen an der Tatsache, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten noch immer nicht das Ratifikationsgesetz über den Beitritt zu dieser Organisation verabschiedet hat. Inzwischen hat Präsident Eisenhower in seiner Botschaft über die Lage der Nation vom 10. Januar 1957 erneut für einen Beitritt plädiert.

Neue Mitglieder

Im September 1955 war Japan als vollberechtigtes Mitglied dem GATT beigetreten. Jedoch beriefen sich vierzehn Mitgliedstaaten auf Art. XXXV des Abkommens und lehnten es ab, Japan Rechte aus der allgemeinen Meistbegünstigungsklausel zu gewähren. Das rief wiederum bei den übrigen Staaten Besorgnisse wegen des nunmehr auf sie konzentrierten japanischen Konkurrenzdruckes hervor. Am Ende der X. Tagung hatte der Vorsitzende der japanischen Delegation die Regelung dieser Frage in bilateralen Gesprächen empfohlen. Japan teilte auf der XI. Tagung mit, daß bisher lediglich die Verhandlungen mit Brasilien einen gewissen Erfolg versprechen würden. Die Tagung empfahl die Fortführung der Gespräche und die weitere Berichterstattung auf der nächsten Tagung.

Eines der wichtigen Themen der Genfer Zusammenkunft waren die Erörterungen um den Beitritt der Schweiz. Sie gewannen eine besondere Note dadurch, daß dieses Land bestrebt war, seine günstige Position im internationalen Handel zur Aushandlung einer einmaligen Sonderstellung auszunutzen. Wenn die schweizerische Delegation auch ihr Ziel in recht schwierigen Verhandlungen nicht in Form einer dauernd garantierten Sonderstellung erreichen konnte, so gelang es ihr doch, eine Lösung zu erreichen, die den wirtschaftlichen Interessen der Eidgenossenschaft gerecht wird. Man einigte sich darüber, daß die Schweiz zunächst auf Grund ihres neuen Zolltarifentwurfs Konsultationen mit den einzelnen Ländern aufnimmt und daß der Interessionale Ausschuß die erforderlichen Dispositionen dafür trifft. Anschließend soll dem Lande der Status einer provisorischen Teilmitgliedschaft eingeräumt werden, der nach zwei Jahren verlängert werden kann. Als assoziiertes Mitglied wird die Schweiz dann zwar an den Arbeiten des GATT teilnehmen und die Vorteile des Ab-

kommens in Anspruch nehmen können, behält aber gleichzeitig weiterhin ihr Recht, zum Schutze ihrer Landwirtschaft mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen aufrechtzuerhalten, und geht keinerlei Verpflichtungen gegenüber dem Weltwährungsfonds ein. Die Schweiz ist gehalten, in dem eigentlich nur als vorübergehend gedachten Stadium der Assoziierung durch zwischenstaatliche Verhandlungen und durch die Revision der nationalen Gesetzgebung die nötigen Voraussetzungen zu schaffen für eine Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen, um dann Vollmitglied zu werden. Der Schweizer Bundesrat hat jedoch schon zu erkennen gegeben, daß er an einer möglichst langen Ausdehnung der provisorischen Teilmitgliedschaft interessiert ist, es sei denn, die Vertragsstaaten würden sich bereit erklären, der Schweiz auch als Vollmitglied einen dauernden Sonderstatus einzuräumen.

Die Zollpräferenzgebiete

Die Erörterungen über die Planung und Einrichtung verschiedener Zollpräferenzgebiete brachten einen außenpolitischen Aspekt in die Tagung, weil sie sich dabei auch mit den Plänen der sechs Länder der Montanunion über die Errichtung eines gemeinsamen europäischen Marktes und den Projekten der OEEC über die Schaffung einer europäischen Freihandelszone befaßte. Der Vertreter Belgiens berichtete über die Vorbereitungen für den gemeinsamen Markt und gab die Zusicherung ab, daß sich das Vertragswerk an die Vorschriften des GATT über Zollunionen halten wird und den GATT-Mitgliedern in der Zeit zwischen der Unterzeichnung und der Ratifizierung zum Studium und zur Erörterung zugestellt wird. Eine ähnliche Zusicherung wurde von seiten der OEEC hinsichtlich der Freihandelszone gegeben, bei deren Vorbereitung das GATT-Sekretariat durch Beobachter vertreten ist. Der Interessionale Ausschuß ist beauftragt, die Entwicklung inzwischen weiter im Auge zu behalten und der nächsten Tagung zu berichten.

Nicaragua berichtete über das Funktionieren der mit El Salvador errichteten Freihandelszone und über seine Absicht, einen Vertrag zu schließen, der zur Bildung einer zentralamerikanischen Freihandelszone führen soll, der neben El Salvador auch Costa Rica, Guatemala und Honduras angehören sollen. Von diesen Ländern gehört lediglich Nicaragua dem GATT an. Dem Lande wurden die Rechte aus Art. XXIV betreffend die Errichtung von Freihandelszonen eingeräumt und die Pflicht auferlegt, jährlich über die Entwicklung in dem Freihandelsgebiet zu berichten.

Ohne vorherige Konsultation der GATT-Mitglieder besteht seit dem 1. Januar 1956 zwischen Frankreich und Tunesien eine Zollunion, mit deren eingehendem Studium sich der Interessionale Ausschuß bis zur nächsten Tagung befassen soll.

Die Berichterstattung der EGKS gab Gelegenheit zu einer Diskussion über die Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl und der Handelspolitik der Gemeinschaft und einiger ihrer Mitglieder.

Die Ausnahmegesuche

Im Rahmen einer währungs- und finanzpolitischen Neuordnung will Brasilien das Wertzollsystem unter Berücksichtigung der Brüsseler Zollnomenklatur von 1950 einführen, ohne zuvor mit den übrigen GATT-Mitgliedern über Gegenkonzessionen zu verhandeln. Die Versamm-

* Vgl. den Bericht über die X. GATT-Tagung in EA 3/1956, S. 8595–8597.

lung gelangte nach eingehenden Erörterungen zu der Ueberzeugung, daß die brasilianischen Maßnahmen von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft des Landes sind, und stimmte dem Antrag auf Gewährung eines „waivers“ von den GATT-Statuten zu. Brasilien wurde eine Ausnahmegenehmigung bis zur Beendigung der Verhandlungen mit den GATT-Mitgliedern über die Aufstellung der Konzessionsliste gegeben, womit die weitere dauernde Mitgliedschaft Brasiliens gesichert wurde.

Eine Reihe von Ausnahmegesuchen betraf Vergünstigungen, die gewissen Entwicklungsländern gewährt werden sollen. Bestimmte libysche Exporte nach Italien werden während dreier weiterer Jahre von Einfuhrzöllen befreit sein. Die Rohstoffimporte von Papua und Neuguinea nach Australien bleiben weiterhin und in etwas größerem Umfang von Zöllen befreit.

Die Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der landwirtschaftlichen Ueberproduktion, insbesondere die Stützungsmaßnahmen und Importrestriktionen auf dem Agrarsektor, wurden von den Konferenzteilnehmern einer teilweise recht heftigen Kritik unterzogen. Die den Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang gewährte Ausnahmegenehmigung wurde jedoch nicht angetastet. Die Bemühungen im Rahmen des Bodenbank-Programms zur Verminderung der landwirtschaftlichen Ueberschüsse wurden anerkannt.

Die Beschwerden

Auch die diesjährige GATT-Konferenz gab den Mitgliedern eine willkommene und wertvolle Plattform, auf diskriminierende Wirkungen gesetzgeberischer Maßnahmen einzelner Länder hinzuweisen. In den nachfolgenden Konsultationen mit den betreffenden Delegationen wurde oft Abhilfe in Aussicht gestellt. So kündigte Brasilien eine neue, verbesserte Verbrauchsteuergesetzgebung an. Frankreich versprach die Herabsetzung der Stempelsteuer, weigerte sich jedoch, die Kompensationssteuer auf im Rahmen der OEEC liberalisierte Waren angesichts der augenblicklichen Situation der französischen Volkswirtschaft weiter abzubauen. Die Beschwerde der amerikanischen Delegation, daß das französische Kraftfahrzeugsteuergesetz vornehmlich große Wagen und damit amerikanische Importe treffe, wurde von Frankreich zurückgewiesen. Angesichts der fortgesetzten Beschränkung der Einfuhr von Milcherzeugnissen durch die Vereinigten Staaten erhielten die Niederlande das Recht zuerkannt, im Wege der Retorsion gemäß Art. XXIII die Einfuhr von amerikanischem Weizen einzuschränken.

Die Importrestriktionen aus Zahlungsbilanzgründen

Die Konferenz beschloß, unabhängig davon, ob das revidierte GATT-Statut in Kraft treten kann oder nicht, im Jahre 1957 ein Programm von Konsultationen mit den Ländern einzuleiten, die noch immer im Interesse ihrer Zahlungsbilanz quantitative Einfuhrbeschränkungen aufrechterhalten. Die Anregung stammt von der amerikanischen Delegation, die damit die liberalen Grundsätze des Abkommens aktivieren will, Grundsätze, die durch die zunehmenden Ausnahmegesuche durchlöchert zu werden drohen. Der Appell zur Aufhebung solcher Beschränkungen aus Zahlungsbilanzgründen richtet sich u. a. auch an die Bundesrepublik, deren Zahlungsbilanz nach Ansicht verschiedener Delegationen solche Maßnahmen keinesfalls mehr fordert. Ein Konsultationsausschuß soll die

Beratungen vorbereiten, die von Juni bis Oktober 1957 stattfinden werden.

Grundstoffprobleme und landwirtschaftliche Ueberschüsse

Angesichts des Widerstandes der Vereinigten Staaten wurde der Plan eines besonderen Abkommens über Grundstoffvereinbarungen fallengelassen. Die Grundstoffprobleme sollen in Zukunft Gegenstand laufender Berichterstattung des Interims-Ausschusses für die Koordination der internationalen Grundstoffvereinbarungen sein und von den Vertragsstaaten weiter erörtert werden. In den Konsultationen über die Zahlungsbilanzen sollen diese Probleme gleichfalls Berücksichtigung finden. Schließlich haben sich die Mitglieder Schritte im Hinblick auf eine internationale Konferenz über Grundstoffprobleme vorbehalten, wobei die Kompetenzen des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen, die sich mit Grundstoffproblemen befassen, berücksichtigt werden sollen.

Die großen landwirtschaftlichen Ueberschüsse und die zu einer Räumung der Lager in einzelnen Ländern ergriffenen Maßnahmen und deren Auswirkungen auf den Weltmarkt waren auch auf dieser Tagung Gegenstand der Diskussion. Allgemein war man der Ansicht, daß die Erhöhung des Konsums einer Einschränkung der Produktion vorzuziehen sei. Das Problem soll auf der XII. Tagung wieder aufgegriffen werden. *Günter Hindrichs*

Das Problem der Ungarnflüchtlinge vor dem Exekutivkomitee des UNREF

Die 4. Sitzung des Exekutivkomitees des Flüchtlingshilfe-Fonds der Vereinten Nationen vom 29. Januar bis zum 4. Februar 1957 in Genf war in besonderem Maße der Diskussion des Problems der Ungarnflüchtlinge gewidmet. Wie der Hohe Kommissar für das Flüchtlingswesen der Vereinten Nationen, August Lindt, in der Eröffnungssitzung mitteilte, waren bis zum 29. Januar 1957 in Oesterreich 169 000 und in Jugoslawien 12 900 ungarische Flüchtlinge unter teilweise sehr schwierigen Bedingungen über die Grenze gekommen. In Zusammenarbeit mit dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für Europäische Wanderung (ICEM) habe man alle Anstrengungen gemacht, um den das erste Asyl gewährenden Ländern zu helfen.

Um diese Hilfe, um eine weltweite internationale Zusammenarbeit bei der endgültigen Aufnahme der Flüchtlinge, ersuchte der österreichische Innenminister, Oskar Helmer, der als zuständiger Ressortminister seit Monaten mit dem Flüchtlingsproblem betraut ist, in seiner Rede vor dem Exekutivkomitee. Er berichtete zunächst über die Entwicklung des Flüchtlingsstroms und seine vorläufige Unterbringung, für die das kleine Land allein aus staatlichen Mitteln bisher rund 250 Millionen Schilling ausgegeben habe. Helmer dankte den Ländern, die sich zur Aufnahme von Flüchtlingen bereitgefunden haben und zusammen mit zahllosen privaten Spenden aus aller Welt Oesterreich durch Hilfslieferungen bei seiner Aufgabe unterstützt haben. In diesem Zusammenhang erwähnte Helmer besonders die Hilfe der Vereinigten Staaten und verband damit die Bitte, durch gesetzgeberische Maßnahmen rechtliche Schwierigkeiten bei der Aufnahme in den Vereinigten Staaten aus dem Wege zu räumen. Manchen Staaten sei jedoch das große moralische und

politische Problem der Ungarnflüchtlinge noch nicht bewußt geworden. Trotz aller Schwierigkeiten werde Oesterreich es als seine völkerrechtliche und moralische Pflicht betrachten, die Grenzen auch weiterhin für Asylsuchende offenzuhalten. Helmer fuhr dann fort: „Die Art und Weise, wie von den Staaten das Problem der ungarischen Flüchtlinge gelöst wird, ist letzten Endes ein Prüfstein für alle jene Nationen, die sich auf der Grundlage der Vereinten Nationen zusammengefunden haben. Es genügt nicht, die Menschen in Lager zu schaffen und ihnen den notdürftigen Unterhalt zu gewähren; diese Menschen haben die Freiheit gesucht, und man muß ihnen die Möglichkeit geben, sich in der Welt der Freiheit mit Unterstützung der Asylländer selbst eine Existenz aufzubauen. Oesterreich hat es satt, um jeden Dollar, um die Uebernahme eines jeden einzelnen Flüchtlings zu bitten, zu betteln, zu feilschen, um dann noch zu riskieren, daß ein Teil der in andere Aufnahmeländer Verbrachten wieder zurückgenommen werden soll.“ Helmer forderte daher, daß die Länder entsprechend ihren Möglichkeiten in Oesterreich eintreffende Flüchtlinge aufnehmen und durch Ansammlung eines Fonds die Anstrengungen Oesterreichs unterstützen.

Sprecher verschiedener Länder gaben dem Komitee folgende Zahlen bekannt, bis zu denen sie zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Ungarn bereit sind:

Australien . . .	10 000	Israel . . .	unbegrenzt
Bundesrepublik		Kolumbien .	10 000
Deutschland . .	15 000	Vereinigte	
Frankreich . . .	9 000	Staaten . .	24 000
Großbritannien .	15 000	Schweiz . .	12 000

Im Rahmen der Diskussionsbeiträge der Vertreter der staatlichen und privaten internationalen Organisationen, die sich besonders der Hilfe für ungarische Flüchtlinge angenommen hatten, teilte der Sprecher des World University Service (WUS) mit, daß 7000 ungarische Studenten (25 vH der Studentenschaft) ihre Heimat verlassen hätten. Verschiedene Ländervertreter sagten eine weitgehende Unterstützung zu, um diesen Studenten die Fortsetzung ihres Studiums zu ermöglichen. Beschwerden des ungarischen Beobachters, daß die Flüchtlinge durch intensive Propaganda und große Versprechungen zur Flucht verleitet worden seien und nunmehr an einer Rückkehr gehindert würden, erfuhren eine einhellige Zurückweisung.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde anerkannt, „daß das Schicksal der ungarischen Flüchtlinge das menschliche Gewissen herausfordert“, und „daß die Sorge für die Flüchtlinge eine Last ist, die auf die ganze Welt in Uebereinstimmung mit der Aufnahmefähigkeit der betreffenden Länder verteilt werden muß“. Die Resolution unterstützte die Appelle des Hohen Kommissars für das Flüchtlingswesen, in denen zur vermehrten Aufnahme von Ungarnflüchtlingen und zur Unterstützung der zunächst Asyl gewährenden Länder aufgerufen wird.

Bei der Behandlung der weiteren Tagesordnungspunkte beschloß das Exekutivkomitee, das Problem der chinesischen Flüchtlinge in Hongkong im Rahmen des Berichts des Hohen Kommissars für das Flüchtlingswesen vor die Vollversammlung der Vereinten Nationen zu bringen. Bezüglich der Flüchtlinge, die Ägypten verlassen müssen und nicht in ihr Heimatland übersiedeln können, be-

schränkte sich das Komitee zunächst auf die Entgegennahme von Berichten. Das Komitee widmete sich außerdem dem Studium des Fortschreitens des UNREF-Programms und schätzte die voraussichtliche Gesamtsumme der Zuwendungen der Regierungen für den revidierten Arbeitsplan 1957 auf 7,096 Millionen Dollar, davon 4,4 Millionen neue Zuwendungen im Jahre 1957 und 2,696 Millionen Rückstände aus in den Jahren 1955 und 1956 zugesagten Zuwendungen.

Günter Hindrichs

Die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED*

Die Stellungnahme zu Problemen der Wiedervereinigung und die innere Festigung von Partei und volksdemokratischer Ordnung waren Themen des 30. Plenums des Zentralkomitees der SED, das vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1957 in Berlin tagte. Aus den bisher veröffentlichten Referaten und Beschlüssen kann geschlossen werden, daß sich die Führungsgruppe um den Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Walter Ulbricht, durch die zunehmende Unsicherheit innerhalb der Partei veranlaßt sah, mit verstärktem Nachdruck ihren stalinistischen Kurs durchzusetzen und die Bekämpfung jeder ideologischen Abweichung zu fordern.

Der von Erich Honecker verlesene Bericht über die Tätigkeit des Politbüros seit der 29. Tagung des Zentralkomitees befaßte sich zunächst mit den Beziehungen zu den anderen kommunistischen Parteien des Ostblocks. Er unterstrich die Führungsrolle der KPdSU, um dann in exakter Nuancierung von herzlichen und brüderlichen Beziehungen zur Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei einerseits und einer Bereitschaft zur offenen Diskussion von Meinungsverschiedenheiten mit der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei andererseits zu sprechen. Auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet soll die SED, wie Honecker in seinem Bericht weiter erklärte, ihr besonderes Augenmerk auf die Ueberwindung der Schwierigkeiten bei der Einführung der 45-Stunden-Woche richten. Durch verstärkten Einsatz wissenschaftlichen Nachwuchses, die Aufhebung der Anbaupläne bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Plansolls und durch die Fortsetzung der Technisierung müsse die landwirtschaftliche Produktivität gesteigert werden. Honecker legte besonderen Wert auf die Mitgliederwerbung, um den politischen Führungskader zu stärken und zu erweitern, und auf den Ausbau der Volksarmee, der Volkspolizei, der Gesellschaft für Sport und Technik und der Kampfgruppen in den Industriewerken, um jede gegen die Volksdemokratie und gegen die politische Führung gerichtete Regung abzuschrecken.

Das Hauptreferat hielt der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Walter Ulbricht. Er forderte seine Zuhörer zu verstärkter propagandistischer Aktivität gegenüber der westdeutschen Arbeiterschaft auf. Der Schaffung einer „Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse“ stehe jedoch die Politik der SPD in verschiedenen Punkten im Wege. Die Feststellung Ollenhauers, daß ein Austritt der Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnisssystem erst zu erfolgen brauche, wenn ein europäisches Sicherheitssystem geschaffen sei, ermuntere „die deutschen Militaristen in ihrer Abenteuerpolitik“ und stehe im Widerspruch zu

* Vgl. den Bericht über die 28. Tagung des Zentralkomitees der SED in EA 17/1956, S. 9158, und die Meldung über die 29. Tagung in EA 24/1957, S. 9453 (Zeittafel).

den „Lebensinteressen der Arbeiterklasse“. Ulbricht forderte zum entschlossenen Kampf gegen die Ideologen der SPD auf, „die den wissenschaftlichen Sozialismus revidieren wollen“. Dieser Gedanke des Reformismus und Revisionismus sei auch in die Reihen der SED eingedrungen. Ulbricht erörterte eingehend verschiedene „ideologische Schwankungen und Schwächen“, die im Zusammenhang mit den „Vorkommnissen im sozialistischen Lager“ offener in Erscheinung getreten seien. Er erwähnte insbesondere Kreise im Institut für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften, in der Zentralverwaltung für Statistik und in der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft und sprach in der gleichen Sache später von Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern, unter denen sich eine ideologische Unsicherheit bemerkbar mache. Als geistige Urheber des „Putschversuchs der konterrevolutionären Gruppe um Wolfgang Harich“ nannte Ulbricht den Petöfi-Kreis, „einige Bekannte aus Warschau“ sowie Vertreter eines „besonderen jugoslawischen Weges“. Angehörige der SPD hätten sich dann gleichfalls eingeschaltet. Nur der Wachsamkeit der Parteiorganisation, der Kampfgruppen und der Gesellschaft für Sport und Technik sei es zu verdanken, daß die Studenten „das reale Kräfteverhältnis allmählich richtig einschätzten und darauf verzichteten, auf die Straße zu gehen“.

Ausführlich befaßte sich Ulbricht mit der Frage der Wiedervereinigung. Den schon früher genannten Vorbedingungen* für eine gesamtdeutsche Wahl fügte Ulbricht nunmehr die Feststellung hinzu, daß eine Wahl-niederlage der CDU in der Bundesrepublik die Voraussetzung für den ersten Schritt zur Wiedervereinigung, nämlich für die Bildung eines gesamtdeutschen Ständigen Ausschusses, liefern würde. In diesem Gremium sollten Maßnahmen beraten werden, die „zur innerdeutschen Entspannung und zur Zusammenarbeit“ getroffen werden sollen. Die Wiedervereinigungsvorschläge seien in erster Linie an die deutschen Arbeiter gerichtet, denn „nur das Proletariat“ werde die Wiedervereinigung „im Einklang mit den wahren Interessen der Nation durchsetzen“. Nachdem in der Bundesrepublik Verhältnisse geschaffen worden seien, „die eine friedliche Lösung der deutschen Frage ermöglichen“, solle ein Gesamtdeutscher Rat, „der sich paritätisch aus Vertretern beider deutscher Staaten zusammensetzt“, auf Grund der in beiden Teilen Deutschlands geltenden Wahlordnung gewählt werden und als

Organ eines Staatenbundes der DDR und der Bundesrepublik wirken. Nach Ulbricht sollte es Aufgabe dieses Rates sein, die Reintegration Deutschlands auf dem Gebiet der Zölle und der Währung, der Industrie- und Verkehrspolitik einzuleiten. Nach gleichberechtigten Verhandlungen seien dann Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung auf der Grundlage der in beiden Teilen Deutschlands geltenden Wahlgesetze auszuschreiben. In der Nationalversammlung sollten dann „die Arbeiterklasse und die friedliebenden demokratischen Kräfte die Bedingungen schaffen“ für die zukünftige internationale Stellung Deutschlands.

Ulbricht ging außerdem noch besonders auf das am 17. Januar verabschiedete Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht ein. In der Präambel zu diesem Gesetz werde festgestellt, „daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiterklasse im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und anderen werktätigen Schichten die politische Macht ausübt und den Sozialismus aufbaut“. Damit sei „eine Charakteristik der Arbeiter- und Bauernmacht in der Deutschen Demokratischen Republik gegeben, die richtunggebend sein wird für alle staatlichen Organe und die Nationale Front“. Nunmehr sei „die volksdemokratische Ordnung die Grundlage der staatlichen Souveränität“.⁹⁹

Die gegenwärtigen ökonomischen Probleme der sowjetischen Besatzungszone, Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsführung und die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes waren Gegenstand eines Referates von Bruno Leuschner. Das Zentralkomitee faßte in einem Beschluß die nächsten ökonomischen Aufgaben zusammen, die auf eine Steigerung der Produktivität in den einzelnen Wirtschaftszweigen und auf die Sollerfüllung im Sinne des zweiten Fünfjahrplanes abzielen. In einem weiteren Beschluß wurde den Parteikontrollkommissionen der „Schutz und die Festigung der Einheit und Reinheit der Partei“ übertragen. Sie sollen Verfahren gegen Mitglieder durchführen, „die feindliche Auffassungen in die Partei hineinbringen, führende Genossen der Partei verleumden, eine fraktionelle Tätigkeit entfalten“ und „die Durchführung der Parteibeschlüsse sabotieren“. Franz Dahlem und Hans Jendretzky, die nach dem 17. Juni 1953 gemäßregelt worden waren, wurden wieder als Mitglieder des Zentralkomitees kooptiert. Gleichzeitig wurde Alexander Abusch in das Komitee berufen.

Günter Hindrichs

⁹⁹) Vgl. die am 31. Oktober 1955 an die Genfer Außenministerkonferenz gerichtete Erklärung der Regierung der DDR; Wortlaut in EA 1/1956, S. 8522–8527.

⁹⁹) Welche Bedeutung dem Gesetz in der DDR beigemessen wird, geht aus einem Leitartikel der Zeitung *Neues Deutschland* vom 19. Januar 1957 hervor, in dem es heißt, daß das Gesetz zwar nicht der Form nach, aber dem Wesen und der Bedeutung nach ein Stück Verfassung darstelle. Weiter wird

erklärt: „In der Verfassung der DDR, die aus dem Jahre 1949 stammt, ist der Klasseninhalt unseres Staates nicht so direkt und genau formuliert. Eine Formulierung, wie sie jetzt von der Volkskammer beschlossen wurde, hätte auch dem damaligen Entwicklungsstadium nicht entsprochen... Die Arbeiter- und Bauernmacht und der Aufbau des Sozialismus sind Wesensmerkmale unseres Staates, die nicht rückgängig gemacht werden können.“

Zeittafel vom 1. bis zum 28. Februar 1957

Die Ereignisse in Europa

Albanien

18. Radio Tirana veröffentlicht eine Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit, Enver *Hodscha*, in der er die jugoslawische Regierung beschuldigt, eine zügellose Propaganda gegen Albanien zu entfalten, Verschwörungen anzuzetteln und die albanische Minderheit in Jugoslawien zu unterdrücken.

Belgien

4. Zweite Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS in Brüssel (vgl. Zeittafel in EA 4—5/1957). Mit Ausnahme der noch umstrittenen Frage der Einbeziehung der Ueberseegebiete in den gemeinsamen Markt werden die Vertragsentwürfe für den europäischen gemeinsamen Markt und die Euratom-Gemeinschaft fertiggestellt.

Bulgarien

1. Die Nationalversammlung beschließt eine Umbildung der Regierung. Durch Zusammenlegung von Ministerien wird die Zahl der Ministerien von 22 auf 17 vermindert. Außenminister Karlo *Lukanoff* wird seines Amtes als stellvertretender Ministerpräsident enthoben, bleibt aber Außenminister.

Deutschland

1. In Berlin wird die 30. Tagung des Zentralkomitees der SED beendet (Vgl. den Bericht auf S. 9683 dieser Folge).
 2. Bundeskanzler *Adenauer* gibt in einer Rede anlässlich der „Grünen Woche“ in Berlin der Hoffnung Ausdruck, daß eine Wende in der Weltpolitik eintreten werde; doch dürfe diese Entwicklung nicht durch Ungeduld oder Unvorsichtigkeit gestört werden. Als Anzeichen dieser Wende nennt der Bundeskanzler den wachsenden Freiheitswillen der Bewohner der osteuropäischen Staaten, die Stärkung und Erneuerung der NATO, den fortschreitenden Zusammenschluß Europas, die wachsende moralische Kraft der Vereinten Nationen und die wachsende Einsicht der sowjetischen Führer, daß die kommunistischen Welt Eroberungspläne über die Kräfte der Sowjetunion gehen.
 6. In einer Debatte des Deutschen Bundestages über die Stellung der Stadt Berlin erklärt Bundesinnenminister Gerhard *Schröder*, die Bundesregierung sehe in Berlin die Hauptstadt eines freien, wiedervereinigten Deutschland; die Verlegung von Bundesministerien nach Berlin sei jedoch im gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich. Zu einem Antrag der Oppositionsparteien, den Berliner Abgeordneten im Bundestag Stimmrecht zu verleihen, werden von Sprechern der Regierungskoalition Bedenken geltend gemacht, daß eine solche Maßnahme den Viermächtestatus Berlins gefährden könne.
- Das Außenministerium der DDR veröffentlicht eine Erklärung, in der es westliche Pressemeldungen, wo-

nach die DDR ihre Haltung zur Oder/Neiße-Grenze im Hinblick auf die Entwicklung in Polen ändern könne, als „frei erfunden und erlogen“ bezeichnet. In der Erklärung wird betont, daß die DDR die Oder/Neiße-Linie als die unverrückbare Friedensgrenze zu Polen betrachte.

7. Der Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, erläutert in einer Rundfunkrede das von der SPD vorgeschlagene europäische Sicherheitssystem: dieses System müsse das wiedervereinigte Deutschland und seine Nachbarn im Osten und Westen umfassen; es müsse von den Vereinigten Staaten und von der Sowjetunion garantiert werden und die bestehenden Systeme der NATO und des Warschauer Paktes ablösen; und es müsse folgende Merkmale aufweisen: Nichtangriffsverpflichtung, Schiedsgerichtsbarkeit, Rüstungsbegrenzung und -kontrolle, Beistandspflicht gegen jeden Angreifer. Ollenhauer äußert die Ansicht, daß in einem solchen System ein gangbarer Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands gefunden werden könne; es sei inzwischen allgemeine Erkenntnis geworden, daß NATO und Wiedervereinigung einander ausschließen.
9. Der sowjetische Botschafter, A. A. *Smirnow*, wird nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion von Bundeskanzler *Adenauer* zu einer Unterredung empfangen, in deren Verlauf er dem Bundeskanzler eine persönliche Botschaft des sowjetischen Ministerpräsidenten, N. A. *Bulganin*, überreicht. Der zunächst beiderseits geheimgehaltene Wortlaut der Botschaft wird am 11. Februar von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht. Bulganin erklärt in seiner Botschaft, daß die Sowjetregierung mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht zufrieden sei. In diesen Beziehungen müsse „eine entschiedene Wende von gegenseitigem Mißtrauen und selbst einer gewissen Feindschaft zum Vertrauen und zur Freundschaft“ vollzogen werden. Insbesondere seien die Voraussetzungen für die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen gegeben, die ihrerseits „eine sichere Grundlage für eine Verbesserung auch der politischen Beziehungen“ seien. Als konkrete Verhandlungsgegenstände schlägt Bulganin vor: die Steigerung des Warenaustausches und den Abschluß eines Handelsvertrags, eine Konvention über die kulturelle und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit und eine Konsularkonvention. Darüber hinaus sei eine Annäherung der beiderseitigen Gesichtspunkte über internationale Fragen, wie Abrüstung und europäische Sicherheit, wünschenswert. Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands erklärt Bulganin, diese werde nicht vorankommen, solange man die Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten ignoriere. Auch in dieser Hinsicht könne jedoch eine Besserung in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik sehr nützlich sein. Am 28. Februar überreicht der deutsche

Botschafter in Moskau die Antwort des Bundeskanzlers, in der dieser sich mit der Aufnahme von Verhandlungen über den Ausbau der Handelsbeziehungen einverstanden erklärt und vorschlägt, die Fragen der wissenschaftlich-technischen und der konsularischen Zusammenarbeit auf diplomatischem Wege zu behandeln. Der Bundeskanzler verweist darauf, daß der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Repatriierung deutscher Zivilinternierter aus der Sowjetunion im Wege stünden. Er weist das Ansinnen der Anerkennung des Bestehens zweier deutscher Staaten zurück und erinnert an die auch von der Sowjetunion anerkannte Verpflichtung der Vier Mächte, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. (Der Wortlaut der beiden Botschaften wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben werden.)

13. Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front der DDR veröffentlicht eine Erklärung, in der es die auf der 30. Tagung des ZK der SED gemachten Vorschläge für die Wiedervereinigung Deutschlands (vgl. den Bericht auf S. 9683 dieser Folge) als den „einzig realen Plan des Friedens, der Sicherheit und der nationalen Wiedervereinigung“ bezeichnet. Ohne die „Brechung der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals“, die Auflösung der Bundeswehr und den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO sei die Wiedervereinigung unmöglich.
15. Das Auswärtige Amt gibt die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik bekannt, die den Auftrag hat, die für die Genfer Außenministerkonferenz im Jahre 1955 gemeinsam erarbeiteten Vorschläge zu den Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit im Hinblick auf die seither eingetretene Entwicklung zu überprüfen.
18. Die FDP nimmt in ihrem Pressedienst zu den Vorschlägen der SPD für ein europäisches Sicherheitssystem Stellung. Die FDP sehe im Gegensatz zur SPD in einem europäischen Sicherheitssystem keinen Gegensatz zur NATO. Sie strebe vielmehr einen „Bündnisausgleich in osteuropäischer Richtung“ oder einen „die regionalen Pakte überwölbenden Dachvertrag“ an. Ob die Bedeutung der regionalen Pakte später schwinden werde, hänge von der realen Wirksamkeit eines europäischen Sicherheitssystems ab.
19. Der amerikanische Botschafter, James B. Conant, verläßt nach Abschiedsbesuchen beim Bundespräsidenten und beim Bundeskanzler die Bundesrepublik (vgl. Vereinigte Staaten).
21. Bundesaußenminister von Brentano berichtet einer Pressekonferenz über die Pariser Vereinbarungen der Regierungschefs über den gemeinsamen europäischen Markt (vgl. Frankreich). Er erklärt, die dort gefundene Regelung sei durch Zugeständnisse aller sechs Länder zustande gekommen. Es sei zu erwarten, daß sich um den gemeinsamen Markt Freihandelszonen gruppieren werden. Der Interzonenhandel mit der Sowjetzone werde durch den gemeinsamen Markt nicht beeinträchtigt werden, auch sei nicht das Entstehen einer Zollgrenze längs der Zonengrenze zu

befürchten. Die Beteiligung an der Entwicklung der französischen Ueberseegebiete liege im Sinne der allseits angestrebten Hilfe für unterentwickelte Gebiete. Unter Hinweis auf das Beispiel des Deutschen Zollvereins im 19. Jahrhundert gibt von Brentano der Hoffnung Ausdruck, daß der gemeinsame Markt den politischen Zusammenschluß Europas fördern werde.

Bundeswirtschaftsminister Erhard setzt sich in einem Rundfunkinterview erneut für die baldige Verabschiedung eines Kartellgesetzes ein; ein solches Gesetz sei das Kernstück jeder freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Zu dem Plan einer europäischen Freihandelszone erklärt er, eine solche Zone könne auch vor Ablauf der Uebergangszeit für den gemeinsamen europäischen Markt wirksam werden; in diesem Falle werde jedes einzelne Land zunächst noch für sich ein Teil der Freihandelszone sein.

22. Der Deutsche Bundestag diskutiert in erster Lesung den Entwurf des Atomgesetzes und verweist ihn an die zuständigen Ausschüsse. Der Bundesminister für Atomfragen, Siegfried Balke, erklärt in seiner Rede, der Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen werde sich günstig auswirken, da er die Konzentration auf die friedliche Verwendung der Atomenergie erlaube. Auch die Bundesrepublik werde in absehbarer Zeit gezwungen sein, die Atomenergie für die Deckung ihres Energiebedarfs heranzuziehen. Balke spricht sich nachdrücklich für den Grundsatz des Privateigentums in der Atomindustrie aus.

In Bonn wird ein Vertrag zwischen der Bundesregierung und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Militäreelsorge in der Bundeswehr unterzeichnet.

Die Fraktionen der Deutschen Partei und der Freien Volkspartei im Deutschen Bundestag schließen sich zu einer Fraktion zusammen, die den Namen „Fraktion der Deutschen Partei (Freie Volkspartei)“ trägt.

- 26.—28. In Rostock findet die V. Konferenz der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR statt. Das Mitglied des Politbüros der SED Heinrich Rau erklärt in seiner Rede, die Erfolge der Produktionsgenossenschaften hätten die Ueberlegenheit der sozialistischen Produktion auf dem Lande gegenüber der bäuerlichen Kleinproduktion unter Beweis gestellt. Gleichzeitig fordert er, daß den schwachen Produktionsgenossenschaften geholfen werde. Sowohl Rau als auch Landwirtschaftsminister Hans Reichelt bezeichnen den „Grünen Plan“ der Bundesrepublik als einen Versuch, die bäuerlichen Einzelbetriebe in den Großgrundbesitz aufzusaugen, und verlangen eine „demokratische Bodenreform“ in der Bundesrepublik.
27. Der Deutsche Bundestag erklärt einstimmig seine Zustimmung zum „Grünen Plan“ der Bundesregierung für 1957, der Aufwendungen in Höhe von 1,2 Milliarden DM an Zuschüssen und Krediten vorsieht, die u. a. der Verbesserung der Agrarstruktur, der Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Förderung der Qualität dienen sollen.

Frankreich

3. Die Nationalversammlung verabschiedet Verordnungen für die politische Reform der französischen über-

seischen Gebiete, durch die diesen Gebieten (Französisch-Westafrika, Französisch-Aequatorialafrika und Madagaskar) eine größere Autonomie gewährt wird. Jedes dieser Gebiete wird einen Hochkommissar der Republik erhalten, dem beratende Versammlungen zur Seite stehen. Die Exekutive wird in Madagaskar in den Händen eines Conseil du gouvernement, in den beiden anderen Gebieten in den Händen von Regierungskomitees für die einzelnen Territorien unter dem Vorsitz eines Chef du territoire liegen. Die Mitglieder der Regierungskomitees werden von den örtlichen Parlamenten gewählt und sind diesen verantwortlich. Die auswärtigen Angelegenheiten, die Verteidigung, die Finanzen, die Zölle, das Hochschulwesen und der Rundfunk verbleiben in der Kompetenz der französischen Regierung.

- 19.—20. Nach einer am Vortage abgehaltenen vorbereitenden Zusammenkunft der Außenminister treffen sich die Regierungschefs der sechs Mitgliedstaaten der EGKS zur Beratung der letzten strittigen Fragen des gemeinsamen Marktes und der Euratom-Gemeinschaft (vgl. Belgien). Dem abschließenden Communiqué zufolge ist vereinbart worden, daß der Vertrag über die Errichtung des gemeinsamen Marktes die Grundsätze der Assozierung der überseeischen Gebiete und des gemeinsamen Beitrags zu den wirtschaftlichen und sozialen Investitionen in diesen Gebieten enthalten soll. Die näheren Anwendungsbedingungen sollen in einem Übereinkommen dem Vertrag als Anlage beigefügt werden. Die Regierungschefs einigen sich ferner, daß die Euratom-Gemeinschaft Eigentümer des spaltbaren Materials werden soll. Die Bemühungen für einen immer enger werdenden Zusammenschluß Europas sollen fortgesetzt werden.

Griechenland

28. Die Liberaldemokratische Partei unter dem Vorsitz von Sophokles Venizelos und die Liberale Partei unter dem Vorsitz von Georg Papandreou beschließen ihren Zusammenschluß unter der Bezeichnung „Liberaler Partei“. Der Vorsitz soll von Papandreou und Venizelos gemeinsam wahrgenommen werden.

Großbritannien

2. Vom Amt des Premierministers wird bekanntgegeben, daß Premierminister Macmillan durch ein Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten vom 28. Januar seinen für Mai vorgesehenen Besuch in der Sowjetunion wegen terminlicher Schwierigkeiten abgesagt habe. Ministerpräsident Bulganin gibt in seinem vom 2. Februar datierten Antwortschreiben der Hoffnung Ausdruck, daß der Besuch zu einem anderen Zeitpunkt erfolgen könne; die Einladung werde aufrechterhalten.
7. Die Regierung veröffentlicht ein Weißbuch zum Projekt einer europäischen Freihandelszone. (Vgl. den Bericht „Die Verhandlungen der OEEC über eine europäische Freihandelszone“ in EA 4—5/1957, S. 9651.)
13. In einer Verteidigungsdebatte des Unterhauses tritt Verteidigungsminister Duncan Sandys für eine finanziell und militärisch sinnvolle Umorganisation der britischen Streitkräfte ein. Da heute mit den großen Vernichtungswaffen und den ferngelenkten Geschos-

sen weit überlegene Angriffswaffen zur Verfügung stünden, müsse sich die Wehrpolitik mehr auf Abschreckung durch Vergeltung als auf Verteidigung konzentrieren. Dennoch dürften die Grenzen des freien Europa nicht unverteidigt gelassen werden, da sonst die Sowjetunion zu einem Angriff mit herkömmlichen Waffen verleitet werden könnte. Sandys kündigt an, daß die höchste Priorität der britischen Verteidigungspolitik auf die Entwicklung ferngelenkter Geschosse gelegt werde, daneben gehe die Ausrüstung der Luftwaffe mit Atombomben weiter. An der Verteidigung des europäischen Kontinents werde Großbritannien in Zukunft nicht mehr als seinen fairen Anteil tragen können.

14. Die Regierung ersucht den Ständigen Rat der NATO und den Rat der WEU um Zustimmung zu einer Verminderung der auf dem europäischen Kontinent stationierten britischen Truppen.
16. In einem an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gerichteten Memorandum wird den Ostblockstaaten und Ägypten vorgeworfen, an Jemen Waffen geliefert und Instruktoren für die jemenitische Armee entsandt zu haben.
20. Die Regierung gibt bekannt, daß im Haushaltsjahr 1957/58 der Personalbestand der Luftwaffe um 17 000 auf 240 000 Mann, der der Flotte um 6500 auf 121 500 Mann und der des Heeres um 42 000 auf 443 000 Mann reduziert werde. Die Stärke der in Europa einschließlich Großbritanniens stationierten Truppen soll von 340 000 auf 300 000 Mann herabgesetzt werden.

Irland

4. Die Regierung tritt zurück, um einer voraussichtlichen Abstimmungsniederlage auf Grund eines von den Oppositionsparteien eingebrachten Mißtrauensantrags zu entgehen. Das Parlament wird aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März ausgeschrieben.

Italien

- 6.—10. Kongreß der Sozialistischen Partei in Venedig. Generalsekretär Pietro Nenni setzt sich in seinem Grundsatzreferat mit der jüngsten Entwicklung im Kommunismus auseinander, die er als reaktionär bezeichnet. Er verurteilt scharf die sowjetische Intervention in Ungarn und erklärt: „Wir haben uns ein für allemal gegen Stalin und für das aufständische Ungarn entschieden.“ Er widerruft die bisherige Aktionseinheit mit der Kommunistischen Partei Italiens und das bestehende Informationsabkommen. Nenni setzt sich für den Zusammenschluß der Sozialistischen und der Sozialdemokratischen Partei Italiens (Sara-gat) ein, fordert jedoch als Voraussetzung die Beendigung der Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien. Zur Außenpolitik entwickelt Nenni die Konzeption eines Zusammenschlusses der Völker Europas auf der Grundlage der Neutralität, erklärt sich aber für die Respektierung der bestehenden Verträge; es gehe nicht um eine Verurteilung der NATO, sondern um ihre Interpretierung in einer strikt defensiven Weise. Die vom Kongreß gefaßte Schlußresolution spiegelt die Gedankengänge Nennis wider und enthält die Unterstützung der europäischen Integration und die grundsätzliche Billigung der Projekte für den gemein-

samen europäischen Markt und Euratom. Bei der Wahl des Zentralkomitees am 11. Februar erleidet Nenni eine unerwartete Niederlage: die von ihm geführte Gruppe erhält nur 27 der 81 Sitze, während die linksgerichtete Gruppe unter Dario Valori und die prokommunistische Gruppe zusammen 40 Sitze erhalten. Nenni wird jedoch am 13. Februar zum Generalsekretär wiedergewählt.

9. Die Regierung übermittelt der österreichischen Regierung ihre Antwort auf ein Memorandum Oesterreichs vom 8. Oktober 1956 zur Südtirol-Frage. Der Inhalt der beiden Noten wird noch nicht veröffentlicht.

Jugoslawien

1. Ein Sprecher des Außenministeriums gibt bekannt, daß ein Besuch Präsident Titos in den Vereinigten Staaten im gegenwärtigen Zeitpunkt wegen der „Atmosphäre, die in diesem Zusammenhang in den USA geschaffen wurde“, nicht in Erwägung gezogen wird.
26. Außenminister Koca Popovic geht in einer Rede vor dem Parlament auf das Verhältnis Jugoslawiens zu den Ostblockstaaten ein und erklärt, Jugoslawien wünsche nicht, dem „sozialistischen Lager“ beizutreten. Es werde auch weiterhin eine unabhängige und friedliebende Politik führen und fordere niemandes Anerkennung dafür, daß es ein sozialistisches Land sei. Mit ideologischen Argumenten lasse sich nicht beweisen, daß das „sozialistische Lager“ eine notwendige Form der Zusammenarbeit sei, an der sich alle sozialistischen Länder beteiligen müßten. Zu den Integrationsbestrebungen in Europa erklärt Popovic, daß sie auf der Linie der fortschrittlichen Bestrebungen der Menschheit lägen, daß sie aber noch nicht im vollen Maße als positiv gewertet werden könnten, weil sie sich „in einem künstlich beengten Rahmen nur einiger westlicher Länder bewegen“ und „noch immer vergänglichen Blockinteressen untergeordnet werden“.

Oesterreich

3. Die Regierung verfügt die Auflösung des Büros des Weltfriedensrates in Wien. Der Schritt wird damit begründet, daß die Publikationen des Weltfriedensrates eine einseitige Stellungnahme enthielten und Einmischungen in die innerstaatlichen Verhältnisse anderer Länder darstellten.
8. Die Sozialistische Partei nominiert Vizekanzler Adolf Schürf als Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten. Am 13. Februar wird als gemeinsamer Kandidat der Oesterreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei der Chirurg Prof. Wolfgang Denk nominiert.

Polen

4. Nach einwöchigen Besprechungen zwischen Delegationen der Kommunistischen Partei Frankreichs und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei wird eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in welcher der „deutsche Militarismus“ als der gemeinsame Feind Frankreichs und Polens bezeichnet wird; ihm und der „sogenannten Europäisierung“ müsse der Kampf beider Völker gelten. Die amerikanische Mittelost-Politik wird scharf angegriffen, und zur Algerien-Frage wird erklärt, daß sie nur durch die Gewährung

der Unabhängigkeit an Algerien gelöst werden könne. Beide Parteien betonen die Notwendigkeit der „Rein-erhaltung des Marxismus“.

8. In einer Erklärung des Außenministeriums wird die Erklärung der Regierung der DDR vom 6. Februar über die Oder/Neiße-Grenze (vgl. Deutschland) begrüßt und das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Ländern betont. Die Aufrüstung der Bundesrepublik und ihre „Hetze gegen die Oder/Neiße-Grenze“ werden scharf kritisiert.
20. In der Eröffnungssitzung des Sejm wird Aleksander Zawadzki als Präsident des Staatsrats wiedergewählt. Parlamentspräsident wird Czeslaw Wycech (Bauernpartei).
28. Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz wird vom Sejm wiedergewählt. Das neue Kabinett weist in den wesentlichen Ressorts keine Veränderungen auf. Bei der Verlesung seines Regierungsprogramms betont Cyrankiewicz die Freundschaft mit den Volksdemokratien, unterstreicht die „besonders herzlichen Beziehungen“ zu Jugoslawien und erwähnt neben den Wirtschafts-verhandlungen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten gegenwärtige diplomatische Bemühungen, mit Frankreich „eine neue Atmosphäre herzustellen, die den gemeinsamen Interessen und den historischen Traditionen der Freundschaft zwischen den beiden Völkern“ entsprechen solle. Cyrankiewicz befaßt sich eingehend mit der „neuen Wirtschaftspolitik“ und kündigt die Einführung des Mitbestimmungsrechts in Form von Arbeiterräten und die Förderung der Genossenschaften, des Handwerks und der privaten Kleinindustrie an. Der Haushaltsplan solle wesentliche Kürzungen der Militär- und Verwaltungsausgaben enthalten. Von den Kreditverhandlungen mit den Vereinigten Staaten erwarte man nicht nur eine Verbesserung der Zahlungsbilanz, sondern auch eine Steigerung der Produktion durch etwaige Rohstofflieferungen. Der Ministerpräsident wendet sich abschließend in scharfer Form gegen jegliche Diskriminierung nationaler Minderheiten in Polen und gegen antisemitische Tendenzen. In der Debatte machen Sprecher der Vereinigten Bauernpartei, der Demokratischen Partei und der unabhängigen katholischen Abgeordneten gewisse Vorbehalte geltend, sagen aber der Regierung ihre Unterstützung zu. Bei den Abstimmungen über die Regierungsbildung und über das Regierungsprogramm wird eine Gegenstimme abgegeben, acht Abgeordnete enthalten sich der Stimme.

Rumänien

3. Die Wahlen zur Großen Nationalversammlung ergeben 98,9 vH der Stimmen für die Einheitsliste der Volksdemokratischen Front.

Schweden

3. Abschluß eines fünftägigen Besuchs des Chefs des schweizerischen Politischen Departements, Bundesrat Max Petitpierre. Wie Petitpierre am 5. Februar in Bern bekanntgibt, hat er mit der schwedischen Regierung insbesondere Fragen des europäischen gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone sowie der Euratom-Gemeinschaft und der geplanten Atom-agentur der OEEC erörtert.

Sowjetunion

1. Die amtliche Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht eine Erklärung, in der sie sich mit den Antworten der Regierungschefs der drei Westmächte auf die letzten sowjetischen Abrüstungsvorschläge (vgl. EA 3/1957, S. 9599) auseinandersetzt und die Regierungschefs beschuldigt, eine unumwundene Antwort auf die sowjetischen Vorschläge zu vermeiden. Die Westmächte hätten in den bisherigen Abrüstungsverhandlungen ihre eigenen Vorschläge jeweils dann zurückgezogen, wenn diese von der Sowjetunion angenommen worden seien. Gegenwärtig entzögen sich die Westmächte erneut einer Behandlung des Abrüstungsproblems in den Vereinten Nationen und trieben die Aufrüstung der NATO weiter voran.
2. Zum Abschluß eines am 30. Januar begonnenen Staatsbesuchs des finnischen Ministerpräsidenten, Karl August Fagerholm, wird in Moskau ein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnet, in dem die weitere günstige Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern festgestellt wird. Beide Regierungen anerkennen die Notwendigkeit guter Beziehungen zwischen den im Norden Europas gelegenen Ländern, und die Sowjetregierung zollt der neutralen Außenpolitik Finnlands Anerkennung.
- 5.—12. Tagung des Obersten Sowjets. U. a. werden der Volkswirtschaftsplan für 1957 und der Staatshaushalt für 1957 gebilligt; letzterer sieht Ausgaben in Höhe von 604,581 Milliarden Rubel vor, von denen 96,722 Milliarden für Verteidigungszwecke und 244,658 Milliarden für die Volkswirtschaft vorgesehen sind. Am 12. Februar hält Außenminister Schepilow eine außenpolitische Rede, in der er betont, daß der auf friedliche Koexistenz gerichtete Kurs der Sowjetunion kein „konjunkturpolitisches Manöver“, sondern der Eckpfeiler ihrer Außenpolitik sei; hingegen hätten die Westmächte neuerdings wieder mit einem offenen Angriff gegen die nationale Befreiungsbewegung im Osten und gegen die sozialistischen Länder begonnen. Schepilow appelliert an die Vereinigten Staaten, den Freundschaftsbund aus der Zeit der Kriegskoalition wiederherzustellen; auch Großbritannien und Frankreich würden für ihre berechtigten Interessen beim sowjetischen Volk Verständnis finden. Für Algerien fordert Schepilow die Unabhängigkeit, erkennt aber das Bestehen „historisch entstandener Bindungen“ zwischen Frankreich und Algerien an. Die Bundesrepublik Deutschland warnt er davor, „für diese oder jene Hetzer die Kastanien aus dem Feuer zu holen“. Schepilow schließt mit dem Hinweis, daß die Sowjetunion einstweilen das Gewehr in der Hand behalten werde.
9. Die *Prawda* veröffentlicht einen Artikel, in dem Oesterreich beschuldigt wird, während des ungarischen Volksaufstandes die Aufständischen aktiv unterstützt zu haben. Damit habe Oesterreich sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Nachbarlandes schuldig gemacht und seine Neutralität verletzt.
11. Veröffentlichung der Botschaft Ministerpräsident Bulganins an Bundeskanzler Adenauer (vgl. Deutschland).
Note der Sowjetregierung an die Westmächte über

die Frage der Sicherheit im Mittleren Osten, in der gegen die „Eisenhower-Doktrin“ protestiert wird: durch sie werde eine neue, gefährliche Verschärfung der Lage im Mittleren Osten hervorgerufen. Es wird vorgeschlagen, daß die vier Großmächte in einer gemeinsamen Erklärung Prinzipien der Sicherheit im Mittleren Osten verkünden. In einer Anlage werden diese Prinzipien wie folgt umrissen: Verzicht auf Gewaltanwendung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder des Mittleren Ostens, Verzicht auf Einbeziehung dieser Länder in die bestehenden Militärblocks, Auflösung ausländischer Stützpunkte und Abzug ausländischer Truppen, Verzicht auf die Lieferung von Waffen in den Mittleren Osten, wirtschaftliche Hilfe ohne politische Bedingungen. (Der Wortlaut der Note wird in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs wiedergegeben werden.)

- 13.—14. In einer Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU wird Außenminister D. T. Schepilow zum Sekretär des ZK ernannt. Nach einem Referat von Parteisekretär Chruschtschow faßt das ZK einen Beschluß über Veränderungen in der Verwaltung der Industrie und des Bauwesens sowie über eine Umgestaltung der Tätigkeit der Staatlichen Plankommission.
15. Außenminister Dmitri T. Schepilow wird von seinem Posten abberufen und durch den bisherigen Ersten Stellvertretenden Außenminister, Andrej A. Gromyko, ersetzt.
- 15.—20. Besuch einer bulgarischen Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung von Ministerpräsident Anton Jugoff und dem Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens, Todor Schiwkoff. In gemeinsamen Erklärungen der beiden Regierungen und der beiden Parteien wird die Treue zum Warschauer Vertrag bekräftigt. Beide Länder sprechen sich für eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu Jugoslawien und für eine freundschaftliche Regelung der Streitfragen zwischen Bulgarien einerseits und Griechenland und der Türkei andererseits aus. Bulgarien wird ein sowjetischer Kredit in Höhe von 200 Millionen Rubel zugesagt.

Spanien

9. Sultan Mohammed V. von Marokko trifft zu einem Staatsbesuch in Madrid ein. Am 11. Februar wird zwischen beiden Regierungen eine diplomatische Konvention unterzeichnet, in der sie sich zur gegenseitigen Konsultation in gemeinsam interessierenden auswärtigen Angelegenheiten verpflichten. Spanien übernimmt die diplomatische Vertretung Marokkos in spanischsprachigen Ländern, in denen Marokko keine eigenen Vertretungen unterhält. Vom 10. bis zum 14. Februar weilt auch König Saud von Saudi-Arabien zu einem Staatsbesuch in Madrid, bei dem er auch mit Sultan Mohammed zusammentrifft. Ueber die Besprechungen zwischen König Saud und Generalissimus Franco wird in einem Kommuniqué erklärt, daß insbesondere die Lage im Mittleren Osten erörtert und Uebereinstimmung über die Mittel zur Sicherung des Friedens in diesem Raum erzielt worden sei. Die baldige Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrags wird angekündigt. Der libysche Mi-

nisterpräsident, *Mustafa ben Halim*, hält sich ebenfalls vom 12. bis zum 14. Februar in Madrid auf und führt Besprechungen mit der spanischen Regierung.

25. Generalissimus Francisco *Franco* entläßt die Regierung. In dem am gleichen Tage gebildeten neuen Kabinett sind alle wichtigen Posten neu besetzt. Dabei ist eine Reihe von der Falange angehörenden Ministern ausgeschieden und durch Angehörige anderer politischer Gruppen ersetzt worden. U. a. gehören der neuen Regierung an: Außenminister: Fernando M. *Castiella y Maiz*; Armeeminister: Generalleutnant Antonio Baroso *Sanchez Guerra*; Marineminister: Admiral Felipe *Abarzuza Oliva*; Luftwaffenminister: Generalleutnant José *Rodriguez y Diaz de Lecea*; Finanzminister: Mariano *Navarro Rubio*; Innenminister: Polizeigeneral Camilo *Alonso Vega*; Generalsekretär der Falange: José *Solis Ruiz*; Arbeitsminister: Fermin *Sanz Orrio*; Minister ohne Portefeuille und Präsident des Wirtschaftsrats: Pedro *Gual Villalbi*.

Tschechoslowakei

- 27.—28. Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Nach dem Hauptreferat von Jaromir *Dolansky*, in dem erklärt wird, daß „die in der letzten Zeit in der Diskussion um den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in einigen Ländern zutage getretenen revisionistischen und opportunistischen Anschauungen“ in der Tschechoslowakei keinen Boden gefunden hätten, faßt das Zentralkomitee einen Beschluß über Maßnahmen für eine „höhere Effektivität“ der Volkswirtschaft. Darin wird u. a. festgestellt: „Die wichtigste Aufgabe besteht in der Erweiterung der Kompetenz der Betriebe, damit sie selbständig die Verantwortung für ihre Versorgung, für ihr Warensortiment und für den Absatz ihrer Produktion tragen können.“ Die Werktätigen müßten materiell an der Erzeugung interessiert werden.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Ägypten

- 25.—27. Die Könige *Saud* von Saudi-Arabien und Hussein von Jordanien und die Präsidenten Schukri *al-Kuwatli* (Syrien) und Gamal Abdel *Nasser* (Ägypten) treffen sich nach der Amerika-Reise König *Sauds* zu ihrer zweiten Konferenz in Kairo. (Vgl. Zeittafel in EA 4—5/1957.) Wie es in einem gemeinsamen Kommuniqué heißt, berichtet König *Saud* über seine Besprechungen mit Präsident *Eisenhower*. Die Konferenzteilnehmer erklären ihren Wunsch, sich dem Kalten Kriege fernzuhalten und den „aktiven Neutralismus“ aufrechtzuerhalten. Sie bekräftigen die „Rechte der Palästinenser auf das arabische Palästina“ und verurteilen „die britische Aggression gegen den Jemen“.

Aethiopien

15. Kaiser *Haile Selassie* äußert in einem Gespräch mit dem Korrespondenten der *New York Times* seine Beunruhigung über Versuche der ägyptischen Regierung, die mohammedanischen Bevölkerungsteile Aethiopiens zu einem Separatismus aufzustacheln. Er appelliert an die Regierung der Vereinigten Staaten,

Ungarn

6. Die Regierung protestiert in einer Note an die Vereinten Nationen gegen die Tätigkeit des von der Vollversammlung eingesetzten Ausschusses, der Material über die Lage in Ungarn sammeln soll (vgl. Zeittafel in EA 3/1957, Vereinte Nationen). Die Tätigkeit dieses Ausschusses wird als illegal bezeichnet.
17. Innenminister Ferenc *Münnich* erklärt vor einer Konferenz von Richtern, daß viele Richter unter dem Einfluß eines falsch verstandenen Grundsatzes der Unabhängigkeit der Rechtsprechung stünden.
22. Die Zeitung *Nepszabadsag* teilt mit, daß seit Oktober 1956 von 3354 landwirtschaftlichen Genossenschaften 2455 aufgelöst worden seien und 700 auf neuen Grundlagen reorganisiert würden.
26. Sitzung des Zentralkomitees der Sozialistischen Arbeiterpartei. In einem Beschluß wird das Programm der zukünftigen Politik aufgestellt. Die „parteifeindliche revisionistische Gruppe“ um Imre *Nagy* wird verurteilt und alle antisowjetischen, nationalkommunistischen und neutralistischen Strömungen der Kampf angesagt. Außerdem müßten der sozialdemokratische Einfluß unter der Arbeiterschaft und der nationalistische Geist unter der Jugend bekämpft werden. Dem neuen Politbüro gehören an: Antal *Apro*, Bela *Biszku*, Lajos *Feher*, Janos *Kadar*, Gyula *Kallai*, Karoly *Kiss*, György *Marosan*, Ferenc *Münnich*, Sandor *Ronai*, Miklos *Somogyi*. Als Vorsitzender des Zentralkomitees wird Janos *Kadar* bestätigt.
28. Bei einer Umbildung der Regierung wird Ferenc *Münnich* zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Geza *Kevesz* wird Minister für Streitkräfte und Öffentliche Sicherheit, und das Innenministerium übernimmt Bela *Biszku*.

Libyen

1. Nach Abschluß eines fünftägigen Besuchs des türkischen Ministerpräsidenten, Adnan *Menderes*, wird in einem Kommuniqué mitgeteilt, es seien Fragen der gegenseitigen Beziehungen, der Lage im Mittleren Osten und der Haltung der Türkei gegenüber den arabischen Staaten erörtert worden. Man habe die Möglichkeiten geprüft, die Beziehungen zwischen den mohammedanischen Ländern zu festigen.
- 22.—24. Im Laufe eines Staatsbesuches führt König *Saud* von Saudi-Arabien mit König *Idris* Besprechungen über die „Eisenhower-Doktrin“. Sie fordern in einem gemeinsamen Kommuniqué die Unabhängigkeit und Freiheit für Algerien und den Rückzug der israelischen Truppen aus Ägypten und dem Gaza-Streifen.

Marokko

- 17.—21. König *Saud* von Saudi-Arabien führt mit Sultan *Mohammed V.* und Mitgliedern der Regierung Be-

sprechungen und berichtet, wie es in einem gemeinsamen Kommuniqué heißt, mit Befriedigung von seinen Besprechungen mit Präsident *Eisenhower* über die Politik der Vereinigten Staaten im Mittleren Osten.

Tunesien

- 14.—16. In Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär im französischen Außenministerium, Maurice *Faure*, und der tunesischen Regierung wird Einigung über einige Abkommen auf administrativem und juristischem Gebiet erzielt. Die Fragen der weiteren Stationierung französischer Truppen in Tunesien und der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen können nicht geregelt werden; die Verhandlungen sollen zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden.
21. König *Saud* von Saudi-Arabien hat mit Ministerpräsident Habib *Bourguiba* eine Unterredung, in der, wie in einem Kommuniqué erklärt wird, in einer freundschaftlichen Atmosphäre über alle besprochenen Fragen eine vollständige Übereinstimmung erzielt wird.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

2. Ein einwöchiger Besuch des britischen Verteidigungsministers, Duncan *Sandys*, bei dem er Besprechungen mit dem amerikanischen Verteidigungsminister, Charles E. *Wilson*, führte, wird mit der Veröffentlichung eines Kommuniqués abgeschlossen. Darin heißt es, die Minister hätten die militärischen Aspekte der internationalen Lage besprochen und dabei anerkannt, daß die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität eines Landes bei der Bemessung seines Verteidigungsbeitrages berücksichtigt werden müsse. Die militärische Bereitschaft müsse sowohl auf dem Gebiet der konventionellen wie auch der nuklearen Waffen aufrechterhalten werden. Minister *Sandys*, der auch ein Gespräch mit Außenminister *Dulles* hatte, erklärt nach seiner Rückkehr nach London, der Besuch habe auch der Wiederherstellung der durch die Ereignisse im Mittleren Osten gestörten britisch-amerikanischen Beziehungen gedient.
3. Präsident *Eisenhower* appelliert in einer persönlichen Botschaft an den israelischen Ministerpräsidenten, David *Ben Gurion*, sich den Entscheidungen der Vereinten Nationen zu beugen und den Rückzug der israelischen Truppen hinter die Waffenstillstandslinie von 1949 anzuordnen.
4. Zum Nachfolger des mit Wirkung vom 19. Februar zurückgetretenen Botschafters in Bonn, James B. *Cornant*, wird David K. *Bruce* ernannt.
8. Abschluß eines am 30. Januar begonnenen Staatsbesuchs des Königs *Saud* von Saudi-Arabien, in dessen Verlauf mehrere Besprechungen mit Präsident *Eisenhower* stattfanden. In einem abschließenden Kommuniqué wird mitgeteilt, daß über folgende Punkte Übereinstimmung erzielt worden sei: 1) Die beiden Regierungen betrachten die Stellung Saudi-Arabiens als von lebenswichtiger Bedeutung für den Weltfrieden und werden seine Stabilität und fortschrittliche Entwicklung fördern. 2) Sie betonen ihre Gegnerschaft gegen den Gebrauch von Gewalt bei der Lösung mittelöstlicher Probleme. 3) Jeder Aggression oder Intervention im Mittleren Osten werde in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen entgegengewirkt werden. 4) König *Saud* habe die Darlegungen Präsident *Eisenhowers* über die Ziele seines wirtschaftlichen und militärischen Hilfeprogramms für den Mittleren Osten („*Eisenhower-Doktrin*“) mit Befriedigung entgegengenommen. 5) Der Flugplatz Dharan werde den Vereinigten Staaten auf weitere fünf Jahre zur Benutzung zur Verfügung gestellt werden, und die Vereinigten Staaten würden ihre militärische Hilfe an Saudi-Arabien fortsetzen und die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe in Erwägung ziehen. — Vom 4. bis zum 16. Februar weilte auch der irakische Thronfolger, Prinz *Abdul Illah*, in den Vereinigten Staaten und führt Besprechungen über die Lage im Mittleren Osten mit Präsident *Eisenhower* und Mitgliedern der Regierung. Er trifft auch mit König *Saud* zusammen. In einer Pressekonferenz bezeichnet *Abdul Illah* als die Hauptaufgabe seines Landes, den Mittleren Osten vor dem Kommunismus zu schützen; dazu benötigten die arabischen Länder jedoch die Hilfe der Vereinigten Staaten.
11. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich *Ollenhauer*, trifft zu einem längeren Besuch in den Vereinigten Staaten ein, in dessen Verlauf er auch von Präsident *Eisenhower* und Außenminister *Dulles* empfangen wird. In seinen Gesprächen mit amerikanischen Politikern und in verschiedenen Reden erläutert er die Konzeption der SPD zur Frage der europäischen Sicherheit und zum militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland. In einer Pressekonferenz am 19. Februar betont er, daß auch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht daran denken würde, Verhandlungen mit der Sowjetunion ohne das volle Einvernehmen mit den westlichen Verbündeten einzuleiten.
20. Präsident *Eisenhower* stellt in einer Rundfunkansprache fest, daß die Vereinten Nationen im Interesse des Friedens keine andere Wahl hätten, als Druck auf Israel auszuüben, damit es den Beschlüssen der Vollversammlung Folge leiste. Wenn Ägypten in Zukunft die Schifffahrt im Golf von Akaba behindern würde, müsse die Gemeinschaft der Nationen mit Festigkeit dagegen auftreten. An den folgenden Tagen finden Verhandlungen zwischen Außenminister *Dulles* und der israelischen Delegation bei den Vereinten Nationen statt.
- 25.—28. Staatsbesuch des französischen Ministerpräsidenten, Guy *Mollet*. Nach Besprechungen mit Präsident *Eisenhower*, an denen zeitweilig auch die Außenminister der beiden Staaten teilnehmen, wird in einer gemeinsamen Erklärung festgestellt, daß Präsident *Eisenhower* sein persönliches Interesse am Abschluß der Verträge über die Euratom-Gemeinschaft und den gemeinsamen europäischen Markt zum Ausdruck gebracht habe. Die Gesprächspartner seien sich einig, daß für die Probleme des Mittleren Ostens eine Lösung gefunden werden müsse, die mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts übereinstimme. Gegenstand der Erörterung sei außerdem die Lage der überseeischen Gebiete Frankreichs und ihr Verhältnis zu Europa gewesen. Die Staatsmänner seien übereingekommen, daß die Probleme, die sich

aus der Bedrohung durch den kommunistischen Imperialismus in Europa und in anderen Teilen der Welt ergeben, gemeinsam behandelt werden müßten.

ASIEN

Burma

28. Der am 5. Juni 1956 vorübergehend zurückgetretene frühere Ministerpräsident *U Nu* (vgl. Zeittafel in EA 13/1956) übernimmt sein Amt wieder. *U Ba Swe*, der inzwischen den Posten des Ministerpräsidenten innehatte, wird zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt.

Ceylon

- 1.—5. Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten, *Tschu En-lai*. In einer von ihm und Ministerpräsident *Solomon Bandaranaike* unterzeichneten gemeinsamen Erklärung treten beide Länder für die Einberufung einer neuen asiatisch-afrikanischen Konferenz ein. Sie erklären sich gegen die „Eisenhower-Doktrin“ und gegen die Errichtung von militärischen Blocks in Asien. *Tschu En-lai* resümiert anschließend auf einer Pressekonferenz die Ergebnisse seiner Reise durch acht asiatische Länder, die einem näheren Kennenlernen der asiatischen Völker und der Festigung des Geistes von Bandung gedient haben. Unter Hinweis auf die „Eisenhower-Doktrin“ und auf den Kaschmir-Streitfall beschuldigt er die Westmächte, daß sie Zwietracht unter den asiatischen Völkern zu säen suchten.

China (Formosa)

15. Ministerpräsident *O. K. Yui* schlägt in einer Rede zur Eröffnung der Parlamentssession die Bildung eines pazifischen Verteidigungspaktes vor, dem Formosa, Japan, Südkorea, Südvietnam, Thailand, die Philippinen, nach Möglichkeit auch die Vereinigten Staaten und möglichst viele andere asiatische Staaten angehören sollten. *Yui* erklärt die Bereitschaft der national-chinesischen Regierung, auch mit den Ländern freundschaftliche Beziehungen wiederaufzunehmen, welche die Chinesische Volksrepublik anerkannt haben.

Volksrepublik China

17. In einer Erklärung des Außenministeriums wird den sowjetischen Vorschlägen für den Mittleren Osten in der Note der Sowjetregierung vom 11. Februar (vgl. Sowjetunion) die volle Unterstützung der chinesischen Volksregierung zugesichert.

Indonesien

21. Präsident *Achmed Soekarno* erklärt in einer Rundfunkrede, das bisherige politische System in Indonesien sei falsch gewesen, da es versucht habe, die westlichen Demokratien zu kopieren. Er schlägt die Bildung einer „kooperativen Regierung“ vor, der Vertreter aller Parteien einschließlich der Kommunisten angehören sollen. In einem nationalen Rat, den er selbst leiten wolle, sollen alle Schichten des Wirtschaftslebens vertreten sein. *Soekarno* begründet seinen Vorschlag damit, daß das westliche parlamentarische System in den elf Jahren des Bestehens Indonesiens nicht zur Stabilität geführt habe. Es sei dringend, nun die nationale Einheit herzustellen.

Israel

8. Ministerpräsident *David Ben Gurion* lehnt in einem Schreiben an Präsident *Eisenhower* die bedingungslose Räumung des Gaza-Streifens und des Gebietes am Golf von Akaba ab (vgl. Vereinigte Staaten).
11. Das Außenministerium weist in einem Kommuniqué auf die Tatsache hin, daß Ägypten in den vergangenen Jahren wiederholt die Satzung und die Resolutionen der Vereinten Nationen verletzt habe, indem es einen Wirtschaftskrieg und einen Guerillakrieg gegen Israel führte. Die Vereinten Nationen hätten gegen die kriegerische Haltung Ägyptens nichts unternommen, versuchten aber jetzt, Israel zu zwingen, sich wieder in eine gefährliche Lage zu begeben.

Japan

8. Am Sitz der Vereinten Nationen wird ein Abkommen über die Beendigung des Kriegszustandes und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und Polen abgeschlossen. Ein entsprechendes Abkommen zwischen Japan und der Tschechoslowakei wird am 13. Februar in London unterzeichnet.
23. Ministerpräsident *Tanzan Ischibaschi* erklärt seinen Rücktritt. Zum neuen Ministerpräsidenten wird Außenminister *Nobosuke Kishi* ernannt, der das Außenministerium beibehält. Das übrige Kabinett bleibt unverändert.

Jordanien

2. König *Hussein* warnt in einer Botschaft an Ministerpräsident *Suliman Nabulsi* vor der Gefahr der kommunistischen Infiltration in der arabischen Welt und fordert die Regierung auf, die bestehenden Gesetze zur Bekämpfung des Kommunismus anzuwenden.
14. Am 4. Februar begonnene Verhandlungen über die Außerkraftsetzung des britisch-jordanischen Bündnisvertrags von 1948 werden mit einer grundsätzlichen Uebereinkunft beendet. Danach soll der Vertrag spätestens am 1. April 1957 außer Kraft treten, und die britischen Truppen sollen binnen sechs Monaten das Land verlassen; gleichzeitig werden die britischen Subventionen an Jordanien eingestellt.

Pakistan

16. Ministerpräsident *Hussein Suhrawardy* gibt in einer Rede in Karatschi der Erwartung Ausdruck, daß die Bündnispartner Pakistans in der SEATO dem Lande zu Hilfe kommen würden, falls es von indischen Truppen angegriffen würde. Er nimmt damit zu Meldungen über indische Truppenkonzentrationen an der pakistanischen Grenze Stellung.

Syrien

18. In einer Note an den Irak werden verschiedene irakische Proteste gegen die Sprengung der vom Irak durch Syrien zum Mittelmeer führenden Ölleitungen während des Suez-Konflikts zurückgewiesen: diese Maßnahme sei nicht gegen den Irak gerichtet gewesen, sondern gegen die britisch-französische Intervention. Der Irak wird der Konspiration gegen die syrische Regierung beschuldigt: der gegenwärtig laufende Spionageprozeß habe die Verbindungen der Angeklagten mit irakischen Kreisen erwiesen.
26. Der frühere Staatspräsident *Adib Schischakly* wird

in einem Hochverratsprozeß in Abwesenheit zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt. 13 seiner Mitangeklagten werden zum Tode, 13 weitere zu hohen

Zwangsarbeitsstrafen verurteilt. Den Angeklagten war Konspiration mit irakischen, israelischen und französischen Kreisen vorgeworfen worden.

Internationale Organisationen*

Die Organisation der Vereinten Nationen

2. Nach Beendigung der Mittelost-Debatte (vgl. Zeittafel in EA 4—5/1957) faßt die Vollversammlung mit 72 gegen 2 Stimmen bzw. 56 gegen 0 Stimmen zwei Entschlüsse. In der ersten wird Israel erneut zum bedingungslosen Rückzug seiner Streitkräfte hinter die Waffenstillstandslinie von 1949 aufgefordert; in der zweiten Resolution werden Israel und Ägypten aufgefordert, die Bedingungen des Waffenstillstands zu achten, und es wird die Sicherung des Waffenstillstands durch die Internationale Streitmacht der Vereinten Nationen vorgeschlagen. In Genf wird die am 28. Januar begonnene vierte Sitzung des Exekutivkomitees des Flüchtlingshilfefonds der Vereinten Nationen (UNREF) beendet, auf der eingehend die Situation der ungarischen Flüchtlinge behandelt wurde. (Vgl. den Bericht auf S. 9682 dieser Folge.)
4. Der Politische Ausschuß der Vollversammlung beginnt mit der Erörterung des Algerien-Problems. In einer großangelegten Rede legt der französische Außenminister, Christian Pineau, den Standpunkt Frankreichs dar. Er bestreitet die Zuständigkeit der Vereinten Nationen für Algerien: Frankreich habe der Debatte lediglich zugestimmt, um auf die Kampagne systematischer Verleumdungen zu antworten, der es seit Jahren ausgesetzt sei. Nach einer Schilderung der historischen Entwicklung und der gegenwärtigen Lage in Algerien betont Pineau, daß nicht Frankreich, sondern die Gegenseite dort zur Gewalt gegriffen habe. Er beschuldigt insbesondere kommunistische Kreise und die ägyptische Regierung der Einmischung in Algerien. — Am 15. Februar faßt die Vollversammlung mit 77 gegen 0 Stimmen (Frankreich, die Südafrikanische Union und Ungarn nehmen an der Abstimmung nicht teil) eine Resolution, in der sie der Hoffnung Ausdruck gibt, „daß im Geiste der Zusammenarbeit eine friedliche, demokratische und gerechte Lösung ... gefunden wird“.
8. Bei der Fortsetzung der Debatte des Sicherheitsrates über Kaschmir (vgl. Zeittafel in EA 4—5/1957) erklärt der indische Delegierte, Krishna Menon, Indien sei zu Verhandlungen, bei denen auch der Anschluß Kaschmirs an Indien zur Diskussion gestellt werden könne, bereit, falls der Sicherheitsrat der Klage Indiens gegen die militärische Besetzung von Teilen Kaschmirs durch Pakistan stattgebe. Am 21. Februar faßt der Sicherheitsrat mit 10 Stimmen bei 1 Enthaltung (Sowjetunion) eine Resolution, in der die Entsendung des gegenwärtigen Ratspräsidenten, Gunnar Jarring, nach Kaschmir zum Versuch einer Vermittlung beschlossen wird. Eine andere

- Resolution, in der von der möglichen Stationierung einer internationalen Streitmacht in Kaschmir und von einer Volksabstimmung die Rede war, war am 20. Februar am Veto der Sowjetunion gescheitert.
14. In einer einstimmig angenommenen Resolution beauftragt die Vollversammlung den Fünfmächte-Unterausschuß der Abrüstungskommission, baldigst zu weiteren Verhandlungen zusammenzutreten und dabei alle in jüngster Zeit vorgebrachten Abrüstungsvorschläge in die Diskussion einzubeziehen. Die Vollversammlung verweigert die Aufnahme eines sowjetischen Antrags „Frage aggressiver Handlungen der Vereinigten Staaten, die eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit darstellen“ in ihre Tagesordnung.
20. Eine Konvention über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen wird zur Unterzeichnung aufgelegt.
22. Sechs arabische und asiatische Staaten unterbreiten der Vollversammlung einen Resolutionsentwurf, der die Verhängung von Sanktionen gegen Israel fordert. Demgegenüber schlägt Kanada am 26. Februar ein Uebereinkommen vor, das die Besetzung der noch von israelischen Truppen besetzten ägyptischen Gebiete und des Gaza-Streifens durch die Internationale Streitmacht, die Errichtung einer interimistischen UN-Verwaltung im Gaza-Streifen und eine Garantie der Freiheit der Schifffahrt im Golf von Akaba vorsieht. Am 25. und 26. Februar finden Verhandlungen zwischen Generalsekretär Dag Hammarskjöld und dem israelischen Chefdelegierten statt. Die Wiederaufnahme der Mittelost-Debatte der Vollversammlung wird mehrfach verschoben, um die Ergebnisse von Verhandlungen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten (vgl. diese) abzuwarten; die Debatte wird am 28. Februar wiederaufgenommen.
26. Die Vollversammlung faßt mit 55 gegen 0 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung eine Resolution zur Cypern-Frage, in der sie der Hoffnung Ausdruck gibt, daß dieses Problem eine friedliche, demokratische und gerechte Lösung finde, und die beteiligten Parteien zur Wiederaufnahme der Verhandlungen auffordert. Unter 24 weiteren von der Vollversammlung an diesem Tage angenommenen Resolutionen befinden sich u. a. die erneute Aufforderung an die Südafrikanische Union, Südwestafrika der Treuhandschaft der Vereinten Nationen zu unterstellen, ferner eine Empfehlung zur Festlegung der Grenze zwischen Äthiopien und Somaliland und das Ersuchen an alle Treuhandschaftsgebiete verwaltenden Länder, die Möglichkeit der Gewährung der Unabhängigkeit an die Treuhandschaftsgebiete zu erwägen.
28. Die Vollversammlung empfiehlt dem Sicherheitsrat, die Aufnahmegesuche von Südkorea und Südvietnam in die Vereinten Nationen erneut zu prüfen. Mit je 40 gegen 8 Stimmen werden beide Länder als „voll qualifiziert“ für die Mitgliedschaft bezeichnet.

*) Vgl. hierzu auch die in einer der nächsten Folgen des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats für Februar. Auf S. 9695 bis 9722 dieser Folge erschienen die Mitteilungen des Europarats für Januar 1957.

Benelux-Union

- 22.—23. Das Parlament der Benelux-Union, das aus je 21 Delegierten der Parlamente Belgiens und der Niederlande und aus 7 Delegierten des luxemburgischen Parlaments besteht, hält in Brüssel seine konstituierende Sitzung ab. Zum Präsidenten wird der belgische Abgeordnete *Frans van Cauwelaert* gewählt. In seiner Antrittsrede erklärt van Cauwelaert, das Benelux-Experiment, das mit großen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verknüpft gewesen sei, habe in den zehn Jahren des Bestehens der Union seine Bewährungsprobe bestanden.

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

7. Der Besondere Ministerrat erörtert die Möglichkeit der Schaffung einer Ausgleichskasse für Kohle. Eine Entscheidung wird nicht getroffen.
- 12.—15. Zweite außerordentliche Sitzungsperiode der Gemeinsamen Versammlung (vgl. den Bericht auf S. 9675 dieser Folge).

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

4. Die Arbeitsgruppe für die Frage einer europäischen Freihandelszone legt ihren Bericht vor. (Vgl. EA 4—5/1957, S. 9651.)
7. Am Sitz der OEEC findet eine gemeinsame Sitzung des Oelausschusses der OEEC, des Sonderausschusses der europäischen Oelgesellschaften (OPEG) und von Vertretern des Mittelost-Sonderausschusses der amerikanischen Oelgesellschaften (MEEC) statt. In einer anschließend abgehaltenen Pressekonferenz wird mitgeteilt, daß die Oelversorgung Europas jetzt wieder zu 80 vH sichergestellt werden könne.
- 12.—13. Tagung des Ministerrats der OEEC (vgl. den Bericht in EA 4—5/1957, S. 9651).

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

6. Der Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa, General *Lauris Norstad*, gibt die Ernennung von Generalleutnant *Hans Speidel* (Bundesrepublik Deutschland) zum Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa bekannt. General Speidel soll sein Kommando am 1. April übernehmen.

Nordischer Rat

- 15.—22. In Helsinki findet die 5. Tagung des Nordischen Rates statt. Der Rat beschließt, die Vorarbeiten zur

Schaffung eines gemeinsamen nordischen Marktes weiterzuführen; er diskutiert auch die Probleme, die sich für die nordischen Länder aus der Errichtung eines gemeinsamen Marktes der Länder der EGKS und einer europäischen Freihandelszone ergeben. Der finnische Finanzminister, *Aare Simonen*, erklärt Finnlands Bereitschaft zur Beteiligung am gemeinsamen nordischen Markt, betont aber, daß Finnland sich an keinen über den nordischen Bereich hinausgehenden Plänen beteiligen könne. Der Rat empfiehlt ferner die Bildung eines nordischen Beratungsorgans für Fragen der Atomenergie, das die Möglichkeiten sowohl der internordischen Zusammenarbeit als auch der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organen auf diesem Gebiet prüfen soll. Weitere Empfehlungen befassen sich mit der Paßfreiheit und der Zusammenarbeit auf den Gebieten des Verkehrs, der Forschung und des kulturellen Lebens.

Vereinigung der Suezkanal-Benutzer (SCUA)

28. Auf einer Sitzung in London beauftragt der Rat der SCUA den Administrator, Material über die technischen Fragen der Wiedereröffnung des Kanals zusammenzustellen. Der Rat fordert in einem Communiqué die schnellste Wiederaufnahme des Kanalverkehrs unter zufriedenstellenden Bedingungen.

Westeuropäische Union (WEU)

26. Auf einer Tagung des Rates der WEU in London wird das Ersuchen Großbritanniens um eine Verminderung der britischen Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent erörtert. Eine Entscheidung wird bis zur nächsten Tagung des Rates aufgeschoben. Es findet ein Meinungsaustausch über das Abrüstungsproblem und über die von den im Abrüstungs-Unterausschuß der Vereinten Nationen vertretenen Mitgliedstaaten der WEU einzunehmende Haltung statt.

Europäische Vereinigung für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt (CEPES)

27. Die Deutsche CEPES-Gruppe übergibt der Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz in Frankfurt eine Denkschrift über wirtschaftspolitische Grundsatzfragen beim Aufbau einer Rüstungswirtschaft. Darin wird u. a. empfohlen, die Rüstungsausgaben, soweit möglich, dem Konjunkturverlauf anzupassen und eine inflationäre Rüstungsfinanzierung zu vermeiden.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödighelmer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Dr. Erwin Weghorn (E. W.), Frankfurt; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1957 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2.50; des Doppelheftes DM 5.—, Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11.50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12.—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43.50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONSABTEILUNG DES EUROPARATS

Februar 1957

7. Jahrgang — Nr. 2

Die Tätigkeit des Europarats im Januar 1957

Dritter Teil der 8. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung

I. TAGUNGEN DES RATES

Beratende Versammlung

Der dritte Teil der achten ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung wurde am Dienstag, dem 8. Januar, um 10 Uhr unter Vorsitz von Herrn Fernand Dehousse eröffnet. Der Präsident gedachte des verstorbenen Präsidenten der Bundesrepublik Österreich, Herrn Körner, sowie des verstorbenen französischen Senators, ehemaligen Ministers, ehemaligen Abgeordneten bei der Beratenden Versammlung und Mitglieds der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, Herrn Yvon Delbos.

Herr Dehousse begrüßte die Regelung der Saar-Streitfrage als ein glückliches Vorzeichen und würdigte die Bemühungen der Staatsmänner, die diese Regelung herbeigeführt haben, sowie die Haltung der Völker, „die einen seltenen Geist gegenseitiger Verständigungsbereitschaft bewiesen haben“. Er wies darauf hin, daß die juristische Folge des Wiederanschlusses der Saar an die Bundesrepublik Deutschland das Erlöschen ihrer Eigenschaft als assoziiertes Mitglied des Europarats sei, dem sie seit 1950 angehörte.

Bei dieser Gelegenheit sprach er den saarländischen Abgeordneten, die an der Arbeit der Versammlung teilgenommen haben, seinen Dank aus.

Anschließend teilte Herr Dehousse mit, daß er die Vertreter der ungarischen politischen Parteien offiziell empfangen werde und daß außerdem zwei Ausschüsse beschlossen hätten, sie in gemeinsamer Sitzung zu hören: der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten und derjenige für die nicht vertretenen Nationen.

Telegramm von Frau Anna Kethly

Im Laufe der ersten Sitzung verlas der Präsident ein Telegramm von Frau Anna Kethly aus New York an die Beratende Versammlung, dessen Wortlaut hier folgt:

„Möchten die bei Ihren Debatten gefaßten Beschlüsse die Einheit der freiheitsliebenden Völker Ost- und Westeuropas stärken! Eine solche Einheit, gefestigt durch den revolutionären Kampf des tapferen demokratischen Ungarn, wird eine unsichtbare Kraft erzeugen, die zur Niederlage der Barbarei führen und dem leidenden Ungarn und den anderen Völkern, die sich unter dem imperialistischen Joch der Sowjets befinden, ihre nationale Unabhängigkeit und den Fortschritt der menschlichen Freiheit und des sozialen Friedens sichern wird.“

Präsidium und Ständiger Ausschuß

Herr Erkmen (Türke, Demokrat. Partei), Vizepräsident der Versammlung, legte darauf den Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses vor.

Das Präsidium hat vom 15. bis zum 26. Oktober beinahe täglich in Paris getagt. Außerdem hat es am 19. November eine Sitzung abgehalten. An dem gleichen Tag hatte auch der Ständige Ausschuß eine Sitzung in Paris.

Herr Erkmen erinnerte vor allem daran, daß der Ständige Ausschuß am Schluß seiner Debatte über Ungarn am 19. November im Namen der Versammlung eine Empfehlung (106) und eine Entschließung (113) angenommen hat (vgl. „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrgang, Nr. 12). Er erwähnte, daß das Präsidium eine Arbeitsgruppe für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gebildet hat (vgl. „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrgang, Nr. 12 — I) und daß diese Gruppe am 17. Dezember in Paris zum erstenmal getagt hat.

Das Präsidium der Beratenden Versammlung tagt zusammen mit den Präsidien der Gemeinsamen Versammlung und der Versammlung der WEU am 2. Februar in Brüssel.

Mandatsniederlegung von Lord Layton

Am Schluß der Nachmittagssitzung am Freitag, dem 11. Januar, gab Herr Fernand Dehousse, bevor er den dritten Teil der Sitzungsperiode als beendet erklärte, bekannt, daß Lord Layton beschlossen habe, sein Mandat niederzulegen. Unter dem Beifall der Versammlung würdigte er dessen Arbeit. Herr Edouard Corniglion-Molinier (Franzose, Soz. Rep.) regte an, möglicherweise Ehrenmitglieder zu ernennen, von denen Lord Layton das erste sein würde. Herr van Cauwelaert erklärte, von Beifall begleitet, daß der Ausschuß für Geschäftsordnung, dessen Präsident er ist, diese Frage mit ganz besonderem Wohlwollen erwägen werde.

Antwort der Minister an die Versammlung

Am Mittwoch, dem 9. Januar, nachmittags, beantwortete Herr Joseph Bech als Präsident des Ministerkomitees verschiedene, von Abgeordneten gestellte Fragen.

Herr James Crosbie (Irländer, Fine Gael) wünschte zu wissen, ob das Ministerkomitee eine politische Persönlichkeit für den Vorsitz des Ausschusses der Regierungssachverständigen ernannt habe, der damit beauftragt ist, die Frage der Grenzformalitäten in den Mitgliedstaaten zu untersuchen. Herr Bech erwiderte, daß die Ernennung dieser Persönlichkeit im Laufe der 45. Tagung der Stellvertreter, die am 24. Januar beginnen werde, erfolgen solle.

Herrn Per Federspiel (Däne, Gemäßigter Lib.), der sich erkundigte, ob die Minister dafür sorgen würden, daß alle Mitglieder des Rates bei der Debatte der UN über die algerische Frage die gleiche politische Hal-

tung einnehmen, erklärte er, daß der Meinungsaustausch über ein Problem von solcher Bedeutung hauptsächlich auf Regierungsebene und auf diplomatischem Wege vor sich gehe. In dem vorliegenden Falle seien schon seit langer Zeit Kontakte aufgenommen worden, so daß eine neue Initiative des Ministerkomitees überflüssig sei.

Die von Herrn F. J. Goedhart (Holländer, Arbeiterpartei) gestellte Frage betraf das Schicksal der politischen Gefangenen in Osteuropa; er wünschte zu erfahren, ob das Ministerkomitee Vorkehrungen getroffen habe, damit die Frage auf die Tagesordnung der Vollversammlung der Vereinten Nationen gesetzt werde, wie die Beratende Versammlung gefordert habe (Entschließung 107). Die angeführte Entschließung sei nicht als Empfehlung an das Ministerkomitee formuliert gewesen, bemerkte Herr Bech. Sie erfordere also nicht wie eine solche eine besondere Aktion des Europarats. „Worauf es hier vor allem ankommt“, fügte er hinzu, „ist, in der richtigen Art und Weise vorzugehen. Es ist Sache der Regierungen, zu beurteilen, wann der geeignete Augenblick für eine Initiative gekommen ist.“

Herr Karl Wistrand (Schwede, Konserv.) und Herr George Jeger (Engländer, Arbeiterpartei) fragten erstens, welche weitere finanzielle Hilfe das Ministerkomitee in Anbetracht des Steigens der Zahl der ungarischen Flüchtlinge zu gewähren beabsichtige, und zweitens, aus welchem Grund die Stellvertreter der Minister ihren Beschluß über die Form der bereits bewilligten Unterstützung bis zum 3. Dezember verzögert hätten. Nach einer kurzen Erläuterung des hierbei befolgten Verfahrens erinnerte der Präsident des Ministerkomitees daran, daß weder ein Stellvertreter noch sogar der Außenminister selbst Beschlüsse fassen könne, ohne seine Regierung konsultiert zu haben.

Die Konsultation sei notwendig gewesen, da der Betrag von 100 Millionen Franken, der aus einem Überschuß des Haushalts des Rates für das Jahr 1955 herühre, den Finanzministern überlassen worden sei und nicht mehr zu dem Fonds gehört habe, der dem Rat unmittelbar zur Verfügung stehe.

Was eine weitere Unterstützung betreffe, habe das Ministerkomitee keine solche vorgesehen, sondern sie werde von den einzelnen Regierungen getrennt geplant.

Herr Séan MacBride (Irländer, Clann na Poblachta) fragte, ob das Komitee die von Bundeskanzler Adenauer ausgesprochenen Integrationsvorschläge der Versammlung zur Stellungnahme übermitteln werde. Bis zu diesem Zeitpunkt, antwortete Herr Bech, seien die Vorschläge noch nicht dem Komitee vorgelegt worden.

Auf die Frage von Herrn Lodovico Montini (Italiener, Christl. Dem.), ob der Haushalt der Informations-Abteilung dem Wunsche der Versammlung entsprechend erhöht worden sei (Empf. 93/1956), erwiderte er, daß die Frage der Information auf der Tagesordnung der Januarsitzung der Stellvertreter der Minister stehe.

In Erwidering einer Frage von Frau Luise Rehling (Deutsche, CDU) endlich kündigte er an, daß die Kultursachverständigen auf ihrer nächsten Sitzung

die Frage der von der Versammlung im Jahr 1955 empfohlenen Schaffung eines Kulturfonds des Europarats prüfen würden (Empf. 74).

Abschließend sprach Herr Joseph Bech den Mitgliedern der Versammlung seine Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit aus. Indem er auf die Entwicklung der europäischen Idee einging — die nicht ohne die Unterstützung der Massen Fortschritte machen könne —, unterstrich er die Gefahr, welche die Schaffung einer vierten europäischen Versammlung mit sich bringen würde.

Er sagte, daß er eine Konzentration und Koordination der Politik Westeuropas, deren Notwendigkeit die Ereignisse bewiesen, befürworte, und schloß mit der Versicherung, daß er hinsichtlich der zukünftigen Möglichkeiten für Vereinigung und Integration optimistisch sei.

Schluß des dritten Teils der Sitzungsperiode

Am Freitag, dem 11. Januar, um 17 Uhr erklärte der Präsident den dritten Teil der achten ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung für geschlossen.

Falls die Ereignisse es erforderlich machen sollten, würde der Ständige Ausschuß durch den Präsidenten einberufen werden können, um gegebenenfalls den Termin eines vierten Teils der Sitzungsperiode festzusetzen.

Nach Zustimmung durch die Versammlung wurde folgender Termin für den ersten Teil der neunten Sitzungsperiode festgesetzt: von Montag, dem 29. April, bis Samstag, den 4. Mai 1957.

Pressekonferenz

Nach dem Abschluß des dritten Teils der Sitzungsperiode hielt Herr Dehousse eine Pressekonferenz ab. Er stellte fest, daß die Ereignisse im Mittleren Osten und in Ungarn die öffentliche Meinung wachgerufen hätten und daß die Bemühungen um die Wiederbelebung des europäischen Gedankens eine günstige Strömung anträfen. Der Europarat finde seine wahre Aufgabe, fügte er hinzu, denn die wachsende Vielfalt der Institutionen mache eine Koordinierung unbedingt notwendig. Der Europarat sei für die Zukunft dazu berufen, der gültige Rahmen dieser Koordination zu werden.

Als die wichtigsten Punkte, die die Sitzungsperiode kennzeichneten, hob Herr Dehousse vor allem hervor: den Ausdruck des allgemeinen Wunsches nach einer gemeinsamen Außenpolitik der Mitgliedstaaten, die ersten Beziehungen zu dem ungarischen Revolutionsrat und schließlich die entschiedene Ablehnung, auf die der Gedanke der Schaffung einer vierten europäischen Versammlung gestoßen sei.

Stellvertreter der Minister

Die Stellvertreter der Außenminister hielten vom 24. bis zum 31. Januar unter dem Vorsitz des Ständigen Vertreters des Großherzogtums Luxemburg, Herrn P. Reuter, in Straßburg ihre 45. Tagung ab.

Die Stellvertreter beschlossen, den französischen Verkehrsminister und Präsidenten des Unterausschusses der Beratenden Versammlung für Vereinfachung

der Grenzformalitäten, Herrn Auguste Pinton, zu bitten, den Vorsitz in dem Sonderausschuß zu übernehmen, der von den Stellvertretern gebildet wurde, um Wege zur Durchführung konkreter Maßnahmen zur Erleichterung der Grenzformalitäten für Angehörige der Mitgliedstaaten zu prüfen. Die Stellvertreter kamen überein, Herrn Pinton zu ersuchen, im Einvernehmen mit den Generalsekretären beider Organisationen ein System enger Zusammenarbeit zwischen dem Sonderausschuß des Europarats und dem Ausschuß für Reiseverkehr der OEEC zu errichten; im Hinblick darauf haben sie den Wunsch geäußert, daß die Sachverständigen des letzteren Ausschusses den an dem Sonderausschuß des Europarats beteiligten Delegationen zugehören sollten. Die Abgeordneten des Vereinigten Königreichs und Österreichs haben erklärt, daß ihre Regierungen sich nicht vertreten lassen würden. Die Regierung Irlands wird einen Beobachter zu der ersten Sitzung des Sonderausschusses entsenden.

Bei einer vorläufigen Prüfung einiger von der Versammlung im Januar angenommener Texte haben die Stellvertreter hinsichtlich der Empfehlungen 114 und 115 (siehe unten VII u. VIII), die sich auf *Hilfeleistung für ungarische Flüchtlinge* beziehungsweise auf *Massendeportationen aus Ungarn* beziehen, einen Beschluß gefaßt. Sie beschlossen, jeder Mitgliedsregierung „zu empfehlen, ihrerseits soweit wie möglich den von der Versammlung in den vier Punkten ihrer Empfehlung 114 vom 8. Januar 1957 geäußerten Wünschen Folge zu leisten“. Was die Empfehlung 115 über die Deportationen betrifft, haben die Stellvertreter folgende Entschließung angenommen:

Das Ministerkomitee

teilt die Erregung der Beratenden Versammlung über die Massendeportationen, die in Ungarn unter Mißachtung der Bestimmungen der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der elementarsten Grundsätze der Achtung der menschlichen Person durchgeführt worden sind;

erinnert daran, daß bei Gelegenheit der Beratung der Vollversammlung der Vereinten Nationen über die Bildung eines Ausschusses zur Untersuchung der Lage in Ungarn die in den UN vertretenen Mitgliedstaaten des Europarats in unmißverständlicher Weise ihre Gefühle zum Ausdruck gebracht und solche Deportationen verurteilt haben;

ist jedoch der Auffassung, daß eine willkürliche Verletzung des internationalen Rechts durch einen Staat nicht ein zu diesem Recht und zu dem diplomatischen Brauch im Gegensatz stehendes kollektives Vorgehen seitens der Mitgliedsregierungen des Europarats rechtfertigen kann, in dessen Statut die Unterwerfung unter die Vorherrschaft des Rechts betont wird, und

beschließt, der Empfehlung 115 der Beratenden Versammlung nicht Folge zu leisten.“

Die Stellvertreter beschlossen, verschiedene Empfehlungen über *kulturelle Fragen* (siehe unten VI) dem Kultursachverständigen-Ausschuß, der im März seine jährliche Tagung abhalten wird, zur Stellungnahme zuzuweisen, und diejenige Empfehlung, die den Entwurf einer europäischen Konvention über Auslieferung betrifft (siehe unten IV), dem Sachverständigenausschuß für Fragen der Auslieferung. Zu diesen Emp-

fehlungen wurde von den Stellvertretern selbst keine Meinung geäußert.

Unter den weiteren von den Stellvertretern gefaßten Beschlüssen sind zu erwähnen:

Entwurf eines europäischen Kodex der Sozialversicherung:

Der Sachverständigenausschuß ist beauftragt worden, ein Zusatzprotokoll aufzustellen, in dem höhere Sätze als die in dem Kodex vorgesehenen festgelegt werden.

Verbindungsausschuß Europarat — OEEC:

Die Stellvertreter haben den Ständigen Vertreter Belgiens, Herrn Jean Salmon, zum Mitglied des Ausschusses des Europarats für die Verbindung mit der OEEC ernannt; er tritt an die Stelle von Herrn Menemencioglu dem türkischen Botschafter in Paris, der im vergangenen November in einem Schreiben an den Generalsekretär seinen Rücktritt mitgeteilt hatte.

Informationswesen:

Die Stellvertreter haben die Bildung eines Koordinations-Ausschusses von Beamten für Fragen des Informationswesens bei den verschiedenen europäischen Institutionen gebilligt.

Öffentliches Gesundheitswesen:

Es wurde beschlossen, den Vorschlag des Sachverständigenausschusses auf Herstellung unmittelbarer Kontakte mit dem staatlichen Gesundheitsdienst in Finnland anzunehmen. Die Stellvertreter gaben außerdem ihre Zustimmung dazu, das im Rahmen der WEU geschaffene System der „Sonderzonen“ nacheinander auf alle Mitgliedsländer des Europarats auszudehnen. Die Frage der aus der Entwicklung der Automatisierung entstehenden Probleme wurde auf die Tagesordnung der nächsten Tagung der Sachverständigen gesetzt.

II. POLITISCHE FRAGEN

Allgemeine Politik des Europarats

Am Dienstag, dem 8. Januar, nachmittags, leitete Herr Lodovico Benvenuti (Italiener, Christl. Demokr.) als Berichterstatter des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten die Debatte über die allgemeine Politik des Europarats im Lichte der letzten Entwicklung der internationalen Lage ein.

Der Berichterstatter ging zunächst auf die beklagenswerten Ereignisse in Ungarn ein und hob hervor, daß es eine selbstverständliche Pflicht des Europarats sei, den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern zu Hilfe zu kommen. Man habe ohne Zweifel in diesen letzten Jahren die geistigen Kräfte des Widerstandes gegen die Herrschaft der Diktatur unterschätzt. Der Aufstand des ungarischen Volkes habe gezeigt, daß man unrecht gehandelt habe, und seine unerbittliche Unterdrückung habe die Maske der Friedfertigkeit von dem Gesicht der Sowjetunion genommen, die sich wieder als reaktionäre Macht gezeigt habe.

Trotz allem dürfe man aber Verhandlungen mit Rußland nicht ablehnen. Es müßten alle Anstrengungen gemacht werden, um die Durchführung der Beschlüsse der UN hinsichtlich des Abzuges der sowjetischen Truppen zu erreichen. Man müsse sogar noch weitergehen. In den osteuropäischen Ländern

scheine sich eine gewisse Entwicklung der Volksmeinung abzuzeichnen: demnach könnte es angebracht sein, eine diplomatische Aktion zum Zweck der Errichtung eines allgemeinen europäischen Sicherheitssystems zu unternehmen, das den Abzug der russischen Truppen aus den besetzten Gebieten möglich machen würde. Dafür müßten aber der Sowjetunion Gegenleistungen geboten werden. Die freien Länder dürften indessen in der Verstärkung ihrer Verteidigung nicht nachlassen. Wenn Rußland sich mit einem System der Luftüberwachung für eine Tiefe von 800 km beiderseits des Eisernen Vorhangs einverstanden erkläre, so dürfe das nicht zu Illusionen führen: dieses System würde bedeuten, daß die Vereinigten Staaten alle ihre Stützpunkte nach Amerika zurückverlegen müßten, während die sowjetischen Stützpunkte dieser Überwachung entgingen. Die freien Länder sollten sich darüber klar sein, daß der Konflikt nicht nur zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, sondern zwischen Rußland und dem gesamten Westen besteht, wobei gerade Europa der Einsatz sei.

Was die Suezfrage betreffe, sei der Ausschuß der Meinung, daß die Anwesenheit einer internationalen Streitmacht an einem neuralgischen Punkt der Welt ohne Beeinträchtigung der Würde der Länder, in denen sie stationiert ist, ein für die Aufrechterhaltung und Konsolidierung des Friedens förderliches Element darstellen könne. Die Streitkräfte der Vereinten Nationen müßten an Ort und Stelle bleiben, bis der Kanal geräumt, die Freiheit der Schifffahrt wiederhergestellt und der Friede zwischen den arabischen Staaten und Israel geschlossen sei.

Der Berichterstatter sagte, er sei nach wie vor überzeugt, daß Ägypten das internationale Recht verletzt habe. Die Westmächte seien also vollkommen in ihrem Recht, wenn sie die Neuerrichtung eines internationalen Systems verlangten, das dem jetzt abgeschafften System entspreche. Die Ereignisse dieser letzten Monate hätten wenigstens Gelegenheit gegeben, die sowjetischen Absichten im Mittleren Osten sichtbar zu machen. Dies habe Präsident Eisenhower dazu veranlaßt, die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten zu bekräftigen, in diesem Gebiet wirtschaftlich, politisch und militärisch in Bereitschaft zu bleiben und damit dem Eindringen des Kommunismus entgegenzuwirken. Präsident Eisenhower beziehe sich allerdings in mehreren Punkten auf die UN. Der Berichterstatter sei kein begeisterter Anhänger dieser Organisation; er ziehe begrenzte und wirksamere Institutionen, wie die WEU und die NATO, vor. Der Bericht der „Drei Weisen“ über die Reorganisation der NATO enthalte sehr interessante Anregungen bezüglich der Vorbesprechungen zwischen den Mitgliedstaaten und ebenso bezüglich der Aufgaben des Generalsekretärs.

Was die europäische Einigung betreffe, so ersuche der Ausschuß das Ministerkomitee, der Versammlung Vorschläge für die Errichtung der politischen Organe der europäischen Gemeinschaft vorzulegen, unter Berücksichtigung der schon vorhandenen oder im Entstehen begriffenen Einrichtungen, wie EGKS, Euratom und Gemeinsamer Markt.

Der Berichterstatter stellte mit Befriedigung fest, daß man beginnen könne, von einem „Großeuropa“ zu

sprechen, denn die Engländer schienen sich zu der Schaffung einer mit dem Gemeinsamen Markt assoziierten Freihandelszone immer positiver einzustellen. Er hoffe, daß die Fahne des vereinigten Europa im Laufe der nächsten Jahre siegreich in alle nationalen Parlamente und bis an die Grenzen der freien Welt getragen werden könnte.

Die allgemeine Debatte wurde am folgenden Vormittag wieder aufgenommen und am Mittwoch während des ganzen Tages und in den zwei ersten Sitzungen des Donnerstag fortgesetzt. Folgende Redner beteiligten sich an der Aussprache: Herr Julian Amery (Engländer, Konserv.), Herr Tassis Droulia (Grieche, Sammlungspartei), Herr Karl Wistrand (Schwede, Konserv.), Herr Pierre Henri Teitgen (Franzose, MRP), Herr Otto Lenz (Deutscher, CDU), Herr Fritz Erler (Deutscher, SPD), Herr Kurt-Georg Kiesinger (Deutscher, CDU), Herr Roberto Lucifero (Italiener, Monarchist), Lord Layton (Engländer, Lib.), Herr Pierre Courant (Franzose, Unabhäng. Bauernpartei), Herr Walter Elliot (Engländer, Konserv.), Herr Paul Struye (Belgier, PSC), Herr Séan MacBride (Irländer, Clann na Poblachta), Herr Henri Rolin (Belgier, Sozialist), Herr Roy Jenkins (Engländer, Arbeiterpartei), Herr Georges Bohy (Belgier, Sozialist), Herr H. A. Korthals (Holländer, Lib.), Herr Gerald Boland (Irländer, Fianna Fail), Herr Ernest Popplewell (Engländer, Arbeiterpartei), Herr Hayrettin Erkmen (Türke, Demokrat. Partei), Herr Ludwig Metzger (Deutscher, SPD), Herr Muzaffer Harunoglu (Türke, Demokrat. Partei), Herr Théodore Lefèvre (Belgier, PSC), Herr Knox Cunningham (Engländer, Konserv.), Herr James Crosbie (Irländer, Fine Gael), Herr F. J. Goedhart (Holländer, Arbeiterpartei).

Die Debatte wurde geschlossen und der Bericht von Herrn Benvenuti an den Ausschuß für allgemeine Angelegenheiten zurückverwiesen.

Am Donnerstag, dem 11. Januar, nachmittags, legte der Präsident des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten, Herr François de Menthon, den ersten Teil des ersten Entwurfes einer von dem Präsidium ausgearbeiteten und von dem Ausschuß gebilligten Empfehlung vor. Er machte darauf aufmerksam, daß dieser Text drei grundlegende Gedanken einschließe: Treue gegenüber dem Geist der internationalen Zusammenarbeit trotz des Bedauerns darüber, daß die Vereinten Nationen zur Zeit nicht in der Lage zu sein scheinen, die ihnen zufallenden Aufgaben zu erfüllen; Bindung an den Atlantikpakt und Unterstützung einer engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten; ein starkes und vereinigtes Europa.

Herr Paul Struye legte den zweiten Teil der ersten Empfehlung, der sich auf den Mittleren Osten bezieht, und die zweite Empfehlung über Vorschläge hinsichtlich der politischen Organe vor. Was den Mittleren Osten betrifft, so wies er auf die im Text enthaltenen Ausführungen zur Botschaft von Präsident Eisenhower und über den Staat Israel hin, dessen Lebensrecht sichergestellt werden müsse. Zwei Hauptgedanken bilden die Grundlage dieser Empfehlung: zunächst, daß der Ausschuß einstimmig der Meinung sei, daß man nicht auf vergangene Geschehnisse zurückkommen dürfe, sondern gerechte Lösungen ins Auge fassen

müsse, die durch eine auf die Zukunft ausgerichtete, gemeinsame Politik inspiriert wären. Außerdem wird in der Empfehlung die Notwendigkeit der Koordinierung der Politik der europäischen Länder mit derjenigen der Vereinigten Staaten unterstrichen.

Nachdem die Versammlung die von Herrn Kirk (Engländer, Konserv.) und Herrn Elmgren (Schwede, Sozialist) eingebrachten Abänderungsvorschläge angenommen hatte, billigte sie einstimmig bei einer Enthaltung den ersten Teil des ersten Empfehlungsentwurfs und einstimmig bei 6 Enthaltungen dessen zweiten Teil. In namentlicher Abstimmung nahm die Versammlung die Empfehlung mit 84 gegen 0 Stimmen bei 11 Enthaltungen an.

Empfehlung 132

I.

Nach Prüfung der Entwicklung der Lage in Ungarn;

in Würdigung des tapferen Widerstandes des ungarischen Volkes, der der Welt gezeigt hat, daß das ihm aufgezwungene politische System nicht die Macht hatte, das tiefingewurzelte Streben des Menschen nach Freiheit zu ersticken;

in der Meinung, daß die Verantwortung für die brutale Unterdrückungsaktion gegen das ungarische Volk ausschließlich den Führern der Sowjet-Union zufällt, die gezeigt haben, daß sie entschlossen sind, ihre tyrannische Herrschaft selbst unter Zuhilfenahme von Waffengewalt und Deportationen gegenüber einer Arbeiterbevölkerung aufrecht zu erhalten, deren ganzes Streben es ist, von politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung befreit zu werden und die Früchte eines jahrhundertelangen Kampfes des Volkes um politische Freiheit und sozialen Fortschritt zu ernten;

mit der Versicherung, daß sie die Bemühungen der Mitgliedstaaten, die Erfüllung der Entschließungen der Vereinten Nationen in Ungarn zu sichern, unterstützt;

in der Erwägung, daß weitere Aktionen unternommen werden sollten, da die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa die Verantwortlichkeit des Europarates ganz besonders berühren,

A. Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

1. die Mitgliedstaaten aufzufordern, unermüdlich ihre Anstrengungen fortzusetzen, um zu erreichen, daß die Beschlüsse der Vereinten Nationen respektiert werden, und zwar Beschlüsse hinsichtlich:

- des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Ungarn gemäß dem am 30. Oktober durch die Sowjetregierung selbst ausgesprochenen Angebot,
- der Repatriierung von ungarischen Bürgern, die durch die Sowjettruppen deportiert oder aus politischen Gründen ihrer persönlichen Freiheit beraubt wurden,
- der Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit Ungarns und der Bildung einer vom Volk unterstützten Regierung;

2. die besondere Verantwortlichkeit anzuerkennen, die den Organen des Europarats im Hinblick auf die Ereignisse in Ungarn und in Mittel- und Osteuropa im allgemeinen zukommt, und infolgedessen zu beschließen, daß die Politik der Mitgliedstaaten hinsichtlich dieses Teils von Europa im Rahmen des Europarats aufeinander abgestimmt werden sollte, um damit zum ersten Male den in der Entschließung (56) 23 verkündeten Grundsatz einer gemeinsamen europäischen Politik praktisch anzuwenden, und diesen Beschluß durch folgende ersten Maßnahmen wirksam zu machen:

- a) den Generalsekretär zu beauftragen, eine besondere Abteilung für die Angelegenheiten Mittel- und Osteuropas einzurichten, mit der Aufgabe, Vorschläge für die Verfolgung einer gemeinsamen europäischen Politik für dieses Gebiet auszuarbeiten, die dem Ministerkomitee und der Versammlung zu unterbreiten wären,
- b) dem ungarischen Volk und jedem anderen mittel- oder osteuropäischen Volk auf dessen Wunsch hin sofortige Hilfe zur Erleichterung der Not der Bevölkerung anzubieten, wobei diese Hilfe im Namen des Europarats geleistet und unter seiner Kontrolle oder unter der Kontrolle des internationalen Roten Kreuzes verteilt würde;

B. Fordert die Versammlung die Mitgliedstaaten auf:

1. ihre Bereitwilligkeit zur kollektiven Anerkennung des Status der Neutralität, den eines der Völker Mittel- und Osteuropas möglicherweise annehmen möchte, zu bekräftigen;
2. in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten und Kanada die Sowjet-Union darüber zu verständigen, daß der Westen stets bereit ist, Verhandlungen über die Aufstellung eines Sicherheitssystems aufzunehmen, das, während es der Sowjet-Union als gerechtfertigt anerkannte Garantien gibt und an dem Gleichgewicht der Kräfte in Europa nichts ändert, zugleich aber den Abzug der sowjetischen Truppen aus Mittel- und Osteuropa und die Wiederherstellung der nationalen Souveränität aller Völker in diesen Gebieten vorsieht;
3. die Aufmerksamkeit der Sowjetregierung auf die Gefahr für den Frieden zu lenken, die sich aus einem Fortbestehen der Teilung Deutschlands ergeben würde.

II

Nach Prüfung der Entwicklung der Lage im Mittleren Osten,

unter erneuter Bekräftigung ihrer am 28. Oktober 1956 angenommenen Entschließung 112 und mit Kenntnisnahme von der Botschaft Präsident Eisenhowers vom 5. Januar 1957,

in der Erwägung, daß die Anwesenheit von internationalen Streitkräften in diesem Gebiet sich günstig auf die Schaffung der Voraussetzungen auswirken könnte, die für die friedliche Lösung der schwebenden Probleme hinsichtlich des Rechts auf Existenz und auf Unabhängigkeit der in Frage kommenden Länder und hinsichtlich der internationalen Gerechtigkeit notwendig sind,

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten aufzufordern,

- a) eine gemeinsame Politik im Mittleren Osten aufzustellen zu suchen, um in Verbindung mit den Vereinigten Staaten und jedem anderen Staat, der in der Lage ist, sich anzuschließen, dort die Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes sicherzustellen und im besonderen den Ländern des Mittleren Ostens Garantien nicht nur gegen einen sowjetischen Angriff von außen, sondern auch gegen jeden zwischen ihnen selbst entstehenden Konflikt, wie etwa dem Wiederaufleben des israelisch-arabischen Krieges, zu geben;
- b) gemeinsam unter Anwendung des in der Entschließung (54) 16 festgelegten Verfahrens die Vereinten Nationen zu ersuchen, die internationalen Streitkräfte so lange in dem Gebiet beizubehalten, bis

(i) der Kanal geräumt ist,

(ii) ein System aufgestellt worden ist, das allen Staaten die freie Schifffahrt auf dem Suezkanal garantiert,

(iii) ein Friedensvertrag zwischen den arabischen Staaten und Israel abgeschlossen worden ist.

Die Empfehlung über die europäische politische Einigung wurde mit 76 gegen 0 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Empfehlung 133

Die Versammlung

Ist der Meinung, daß die Entwicklung der internationalen Lage wieder einmal die dringende Notwendigkeit bestätigt hat, daß das freie Europa innerhalb der westlichen Gemeinschaft und im Rahmen der Vereinten Nationen eine einige Macht in moralischem, politischem und wirtschaftlichem Sinne werden müsse, und

Empfiehlt dem Ministerkomitee,

(i) die Regierungen aufzutragen, in Kürze auf das Ersuchen zu antworten, das durch die Entschließung (56) 23 des Ministerkomitees an sie gerichtet wurde und in dem sie gebeten wurden, die in der Empfehlung 105 dargelegten Grundsätze mit dem Ziel der Erarbeitung einer gemeinsamen europäischen Politik in Erwägung zu ziehen.

(ii) auf der Grundlage dieser Antworten ein konkretes und wirksames Verfahren zur Verwirklichung der Koordination der Außenpolitik der verschiedenen Staaten als Vorbereitung für die Aufstellung einer gemeinsamen Politik festzulegen,

(iii) ihr in Ausführung des Artikels 1 des Statuts Vorschläge zur Bildung der politischen Organe der europäischen Gemeinschaft vorzulegen, unter Berücksichtigung der schon verwirklichten oder im Werden begriffenen Institutionen, wie EGKS, Euratom und Gemeinsamer Markt

Europäische Integration

Auf der Abendsitzung am Donnerstag, dem 10. Januar, legten Herr Natale Santero (Italiener, Christl. Dem.) und Herr Marinus van der Goes van Naters (Holländer, Sozialist), namens des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten (im Rahmen der Debatte über die europäische Integration) Berichte über die europäische Atomenergie-Organisation (Dok. 600) und über die Errichtung des Gemeinsamen Marktes (Dok. 605) vor. (Siehe auch nachstehend unter „Wirtschaftsfragen“.)

Herr Santero führte aus, daß, da den Entschlüssen der Versammlung vom vergangenen April (vgl. „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrg. Nr. 5—II) tatsächlich entsprochen worden sei, der Ausschuß sich nun ermutigt fühle, neue Anregungen vorzubringen. Er empfehle vor allem den Bau einer gemeinsamen Anlage für die Trennung von Uran-Isotopen: eine solche Anlage sei unerlässlich, wenn Europa eine selbständige Energiequelle zu besitzen wünsche und nicht stets von den Vereinigten Staaten abhängig sein wolle. Das bedeute aber keineswegs, daß Europa eine dritte, von den Vereinigten Staaten getrennte Kraft werden solle. In dem Entschließungsentwurf werde ferner die Einführung eines einwandfreien Kontrollsystems gefordert und eine enge Koordination zwischen den verschiedenen im Rahmen von Euratom, der OEEC und der Vereinten Nationen vorgesehenen Systemen empfohlen, und ebenso zwischen der zivilen

und der militärischen Kontrolle, die durch das Rüstungskontrollamt der WEU ausgeübt werden soll.

Was die Institutionen betreffe, müsse die Versammlung die Minister der Sechs auffordern, der im Rahmen von Euratom vorgesehenen europäischen Kommission angemessene Vollmachten und gemeinsame Verantwortlichkeit zu übertragen und sie einer mit wirklichen Befugnissen ausgestatteten parlamentarischen Versammlung verantwortlich zu machen; der Ausschuß empfehle außerdem die Bildung eines beratenden Wirtschafts- und Sozialausschusses und die Annahme eines Zusatzprotokolls über die Herstellung möglichst enger Beziehungen zwischen Euratom und dem Europarat.

Herr van der Goes van Naters hob die Notwendigkeit einer parlamentarischen Kontrolle über die neuen europäischen Institutionen hervor, die sich auf jede ihrer Tätigkeiten erstrecken müßte. Eine derartige Kontrolle wäre erheblich behindert, wenn wichtige Funktionen, wie die Währungspolitik und die Investitions-Politik ganz oder teilweise der allgemeinen Exekutive entzogen wären. Das würde die Sanktionierung der Technokratie bedeuten. Die Investitionspolitik umfasse unter anderem die Erschließung der unterentwickelten Gebiete, die Modernisierung und Umwandlung von Industrien innerhalb des Gemeinsamen Marktes und die großen Projekte, an denen mehrere Mitgliedstaaten gemeinsam beteiligt sein würden. Dies alles seien politische Fragen, die dem Aufsichtsrecht einer parlamentarischen Versammlung nicht entzogen werden dürften.

In einigen Monaten würden sich die nationalen Parlamente hinsichtlich des Aufbaus Europas vor eine Wahl gestellt sehen. Die Wahl werde weniger schwierig sein als vor drei Jahren, zunächst wegen der Tatsache, daß die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland jetzt vollständig sei, und zweitens, weil kein Dogmatismus herrsche, sondern es sich um die gemeinsame Durchführung konkreter Absichten handle. Die vorgesehenen Übergangsperioden seien sehr lang, und es solle nur schrittweise, mit allen erdenklichen Garantien, vorgegangen werden; schließlich sei diesmal Großbritannien an der Sache sehr ernstlich interessiert.

In den drei Absätzen der Entschließung spiegeln sich die beiden Hauptanliegen des Ausschusses wider. Erstens müßte die Frage der Freihandelszone weiter verfolgt werden, jedoch ohne daß dadurch die Schaffung des allgemeinen Gemeinsamen Marktes, einschließlich der Regelung des besonderen Problems der Landwirtschaft, behindert werde.

Außerdem dürften die wichtigen Betätigungen finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Art nicht der verantwortlichen Exekutivbehörde und damit einer Versammlung, welche die Verbindung zu der Beratenden Versammlung herstellen würde, entzogen werden.

Was die Direktive für die beiden Ausschüsse betreffe, so solle diese eine Reaktion durch die Beratende Versammlung ermöglichen, sobald die Verträge über Euratom und den Gemeinsamen Markt unterzeichnet wären.

Die Abstimmungen über die von dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten vorgelegten Entschlie-

lungen und die Direktive fanden am nächsten Tag statt. Die Entschließung über die europäische Atomenergie-Organisation wurde, nach Abstimmung durch Handaufhebung über jeden Teil des Textes, mit 69 Stimmen gegen 1 Stimme bei 8 Enthaltungen angenommen. Für die Entschließung über die Schaffung eines allgemeinen Gemeinsamen Marktes wurde eine Abänderung gebilligt, darin bestehend, daß nach dem Wort „die Landwirtschaft“ in Absatz 2 die Worte „wie die Industrie“ eingefügt werden. Über jeden Absatz wurde durch Handaufhebung abgestimmt: Absatz 1 wurde mit 66 gegen 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen, Absatz 2 mit 56 gegen 13 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Danach wurde in namentlicher Abstimmung über den gesamten Entschließungsentwurf entschieden; er wurde mit 59 gegen 4 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen. Anschließend folgen die Entschließungen und die Direktive im Wortlaut:

Entschließung 119

Die Versammlung

I

Stellt mit Befriedigung fest, daß ihre in ihrer Entschließung 97 ausgesprochenen Anregungen bei der Arbeit der Brüsseler Konferenz und der OEEC berücksichtigt worden sind, und

Fügt die folgenden beiden Anregungen hinzu:

1 Die an den Verhandlungen im Rahmen der OEEC und der Brüsseler Konferenz beteiligten Mitgliedstaaten sollten aus politischen Gründen unverzüglich den gemeinsamen Bau einer Trennungsanlage für Uran-Isotopen vornehmen, selbst wenn berechnete Gründe wirtschaftlicher Art für eine Verzögerung dieses Entschlusses bestehen.

2 Sie sollten außerdem aus Sicherheitsgründen ein einwandfreies Kontrollsystem errichten und demgemäß eine enge Koordination zwischen dem Kontrollsystem von Euratom und demjenigen der europäischen Atomenergie-Behörde der OEEC und zwischen diesen beiden Systemen und demjenigen der internationalen Atomenergie-Behörde der Vereinten Nationen vorsehen, ebenso wie zwischen ziviler Kontrolle und der militärischen Kontrolle, die durch die Rüstungskontrollbehörde der WEU ausgeübt werden wird.

II.

Sie stellt fest, daß noch kein endgültiger Vorschlag hinsichtlich der für Euratom zu planenden Institutionen veröffentlicht worden ist, und

Fordert den für die Brüsseler Konferenz verantwortlichen Ministerrat auf:

a) die durch Euratom vorgesehene europäische Kommission mit angemessenen Vollmachten und mit gemeinschaftlicher Verantwortlichkeit auszustatten, das heißt mit wirklichen Befugnissen zur Entscheidung und zu schnellem Handeln, damit sie ihre Aufgabe erfüllen und vor allem die Kontrolle und die Inbetriebnahme des gemeinsamen Marktes für Atomenergie überwachen und garantieren und für die Investitionspolitik richtunggebend wirken kann;

b) die europäische Kommission der in der Empfehlung 117 (1956) (siehe Bericht über die Vereinfachung der europäischen parlamentarischen Tätigkeit, Dok. 597) vorgesehenen Versammlung verantwortlich zu machen, die mit wirklichen Vollmachten ausgestattet werden sollte, vor allem mit der Befugnis, den Haushalt vor seiner Annahme durch den Ministerrat zu billigen;

c) die Bildung eines beratenden Wirtschafts- und Sozialausschusses, zusammengesetzt aus Vertretern der Erzeuger, der Arbeitnehmer und der Verbraucher, zu beschließen;

d) ein Zusatzprotokoll aufzustellen, in dem möglichst enge Verbindungen zwischen Euratom und dem Europarat festzulegen wären.

Entschließung 120

Die Versammlung,

In der Erwägung, daß das Problem der Integration des freien Europa oder eines wesentlichen Teils seines Gebiets unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen europäischen Politik aufgefaßt werden muß, das heißt, daß Europa die Pflicht hat, jederzeit einzugreifen, wenn die allgemeinen Interessen auf dem Spiele stehen,

1. Begrüßt die Ergebnisse der Untersuchung der OEEC, die zu dem Schluß kommt, daß eine Freihandelszone einschließlich des zwischen mehreren ihrer Mitglieder zu errichtenden gemeinsamen Marktes lebensfähig wäre;

2. Fordert nachdrücklich, daß hinsichtlich der Landwirtschaft wie der Industrie Bemühungen um eine Lösung unternommen werden, die für die Partner des gemeinsamen Marktes befriedigend ist, ohne daß sie die spätere Schaffung einer Freihandelszone behindert;

3. Erklärt sich für eine demokratische und parlamentarische Kontrolle über alle finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Betätigungen des gemeinsamen Marktes, die sie als das einzige Mittel ansieht, das dem gesamten freien Europa, wie es im Rahmen des Europarats zusammengefaßt ist, ermöglichen kann, seine Stimme zu Gehör zu bringen, immer wenn die allgemeinen Interessen Europas auf dem Spiele stehen.

Direktive 104

Die Versammlung beauftragt ihre Ausschüsse für Allgemeine Angelegenheiten, für Wirtschaftsraten und für Soziale Fragen und ihren Sonderausschuß für Landwirtschaft, sofort nach Unterzeichnung der Verträge über den Gemeinsamen Markt und über Euratom Stellungnahmen vorzubereiten, die dem Ständigen Ausschuß übermittelt werden könnten.

Vereinfachung der europäischen parlamentarischen Tätigkeit

Am Mittwoch, dem 9. Januar, vormittags, erstattete Herr Karl Mommer (Deutscher, SPD) im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten den Bericht über die Vereinfachung der europäischen parlamentarischen Tätigkeit (Dok. 597).

Der Berichterstatter führte aus, daß es unter den zahlreichen Schwierigkeiten, die durch die Brüsseler Konferenz gelöst werden sollten, eine gebe, die seinen Ausschuß besonders interessiere: welche Versammlung die Kontrolle über die neuen europäischen Institutionen übernehmen werde. Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten widersetzte sich entschieden dem Gedanken einer vierten europäischen Versammlung. Es sei schon jetzt schwierig für die Mitglieder der bestehenden Versammlungen, allen ihren Pflichten nachzukommen; die Schaffung einer weiteren Versammlung würde ihre Aufgabe unmöglich machen. Diese Frage sei schon von der Westeuropäischen Union geprüft worden, und der ausgezeichnete Bericht von Herrn Struye habe für den Bericht des Ausschusses als Grundlage gedient, mit dem Unterschied allerdings, daß der letztere sich auf ein größeres Gebiet erstreckte, insofern als er sich mit den

Beziehungen zwischen den Sechs, den Fünfzehn und den in der OEEC zusammengeschlossenen Siebzehn befasse.

In der im vergangenen Oktober angenommenen Empfehlung 101 (siehe „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrg., Nr. 11 — II) habe die Versammlung bereits gewisse Hauptgrundsätze ausgesprochen: die Kontrollbefugnisse, auf welche die nationalen Parlamente verzichten, wenn sie einen Teil ihrer Vollmachten an eine supranationale Institution abtreten, müßten in dem entsprechenden europäischen Parlament wiederaufleben; es dürfe keine neue Versammlung geschaffen werden; soweit wie möglich müsse für Identität der Personen in den beiden Versammlungen gesorgt werden. Die in der Empfehlung des Ausschusses enthaltenen Vorschläge gingen dahin, die parlamentarische Kontrolle über Euratom und den Gemeinsamen Markt der Gemeinsamen Versammlung des EGKS anzuvertrauen, die in ihrer Zusammensetzung zu erweitern wäre und die Möglichkeit erhalten müßte, Stellvertreter zu ernennen. Schließlich werde in der Empfehlung zur Sicherung der Verbindung zwischen den beiden Versammlungen vorgesehen, daß die Hälfte der Mitglieder der Versammlung der Sechs aus den Mitgliedern der Beratenden Versammlung zu wählen wäre. Falls ein siebenter Staat diesen Gemeinschaften beitreten würde, hätte er Anrecht auf eine Zahl von Sitzen entsprechend den von der Gemeinsamen Versammlung aufgestellten Normen; falls es sich um eine Assoziation handeln würde, die enger wäre als bei einfacher zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, müsse man eine Beteiligung mit Rechten, die den von diesem Staat zu übernehmenden Pflichten entsprächen, vorsehen. Was die Vertretung der Mitgliedstaaten der OEEC, die nicht Mitglieder des Europarats sind, betreffe, halte es der Ausschuß für richtig, Sondersitzungen der Beratenden Versammlung außerhalb des Statuts des Europarats abzuhalten, an denen Portugal und die Schweiz teilnehmen würden. Die Versammlung müsse neue Aufgaben übernehmen in Anbetracht der Tatsache, daß die OEEC neue Funktionen erhalten werde. Deshalb schlage der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten vor, daß, um den Mitgliedern der Versammlung die Bewältigung dieser vergrößerten Arbeitslast zu ermöglichen, jeder Abgeordnete zwei Stellvertreter haben solle.

Der Ausschuß habe sich außerdem mit dem Problem direkter Wahlen zu den europäischen Versammlungen beschäftigt.

Im Augenblick erscheine das noch nicht angezeigt, aber ohne Zweifel werde es bald notwendig werden, die bestehende Ordnung vollkommen zu revidieren. Es wäre gut, dies von nun an beim Abschluß der Verträge zu berücksichtigen — und die Minister der Sechs, die diese Entwicklung angehe, sollten darauf aufmerksam gemacht werden.

Schließlich sprach der Berichterstatter über die Frage eines etwaigen Parlaments der NATO. Der Ausschuß schlage vor, daß er einen vorläufigen Bericht abfasse, in dem die Gründe geprüft würden, die für oder gegen einen derartigen Plan sprächen.

Folgende Redner nahmen an der Debatte teil: Herr Paul Struye (Belgier, Christl. Soz.), Lord Layton (Engländer, Lib.), der die Streichung der Worte im 3. Absatz: „außerhalb des Rahmens der Satzung des Europarats“

beantragte, Herr François de Menthon (Franzose, MRP), Herr Franz van Cauwelaert (Belgier, Christl. Soz.), der die Streichung des Absatzes 2 des Empfehlungsentwurfs beantragte, und Herr Marius Moutet (Franzose, Sozialist). Herr Mommer gab eine Erwiderung auf die Debatte.

Nach Annahme der von Lord Layton vorgeschlagenen Abänderung und Ablehnung derjenigen von Herrn van Cauwelaert nahm die Versammlung die Empfehlung mit 70 gegen 0 Stimmen bei 11 Enthaltungen und die Direktive einstimmig an.

Empfehlung 117

In der Erwägung, daß es den Abgeordneten schon jetzt die größten Schwierigkeiten bereitet, an den Tagungen der drei europäischen Versammlungen und ihrer Ausschüsse teilzunehmen und gleichzeitig ihren Verpflichtungen in ihren nationalen Parlamenten nachzukommen;

in der Erwägung jedoch, daß die persönliche Verknüpfung, die durch die Beteiligung einer gewissen Zahl von Abgeordneten an den verschiedenen Versammlungen hergestellt wird, erheblich dazu beiträgt, die Überschneidung ihrer Tätigkeit zu verhindern und das unerläßliche Mindestmaß an Zusammenhang in der Entwicklung der europäischen parlamentarischen Institutionen sicherzustellen;

in der Erwägung, daß die Schaffung einer vierten Versammlung größere Verwirrung, höhere Kosten und noch mehr Vergeudung der Anstrengungen verursachen, außerdem von der öffentlichen Meinung scharf kritisiert werden und damit dem Fortschritt der europäischen Idee schaden würde,

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

1. den Mitgliedstaaten von Euratom und des Gemeinsamen Marktes nahezu legen,

(i) jeden Vorschlag auf Schaffung einer vierten europäischen Versammlung zurückzuweisen;

(ii) für den Fall, daß die parlamentarische Kontrolle für Euratom und den Gemeinsamen Markt der Gemeinsamen Versammlung der EGKS anvertraut würde, die Mitgliederzahl dieser Versammlung zu erhöhen und Stellvertreter zuzulassen;

(iii) die notwendigen Maßnahmen dafür zu treffen, daß mindestens die Hälfte der Mitglieder der erweiterten Gemeinsamen Versammlung, einerlei, ob ordentliche Abgeordnete oder Stellvertreter, zugleich Mitglieder der Beratenden Versammlung des Europarats sind;

2. den Artikel 25 (c) des Statuts folgendermaßen abzuändern: Jeder Abgeordnete hat einen Stellvertreter. Er kann einen zweiten Stellvertreter haben. Der Stellvertreter ist berechtigt, in der Abwesenheit des Abgeordneten dessen Sitz einzunehmen . . . (das übrige unverändert); diese Bestimmung wird denjenigen Mitgliedern, die auch der erweiterten Gemeinsamen Versammlung angehören, ermöglichen, sich an den Arbeiten der Beratenden Versammlung mit zu beteiligen;

3. die Mitgliedstaaten aufzufordern, dem Rat der OEEC einen Vorschlag zu unterbreiten, der darauf hinausgeht, der mit dem schweizerischen und portugiesischen Parlament in Sondersitzungen tagenden Beratenden Versammlung das Recht einzuräumen, die Tätigkeit der OEEC sowie diejenige der Freihandelszone (unter der Schirmherrschaft der OEEC oder auch nicht) in ihren Beziehungen zu dem Gemeinsamen Markt kritisch zu verfolgen.

Direktive 103

Die Versammlung

Fordert das Präsidium dringend auf, die bei der Brüsseler Konferenz vertretenen Regierungen zu ersuchen, baldigst eine Delegation der Beratenden Versammlung zu empfangen, die den Verhandlungspartnern des Vertrages über den Gemeinsamen Markt und über Euratom die ernststen Einwände darlegen würde, die sie gegen die Schaffung einer vierten europäischen Versammlung zu erheben hat;

Fordert das Präsidium auf, eine Zusammenkunft der Präsidien der drei europäischen Versammlungen zu organisieren, im Hinblick darauf, gemeinsame Empfehlungen an die Regierungen der Mitgliedstaaten in der Frage der Vereinfachung der europäischen parlamentarischen Tätigkeit zu richten.

Später wurde bekanntgegeben, daß Herr Paul-Henri Spaak und die Delegationsleiter der auf der Brüsseler Konferenz vertretenen Regierungen die in obenstehender Direktive erwähnte Delegation der Beratenden Versammlung am Samstag, dem 19. Januar, empfangen wollten. Diese Delegation wurde von Herrn Fernand Dehousse geführt und bestand aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und dem Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten (den Herren de Menthon, Struye und Mommer) sowie den Führern der drei politischen Gruppen, den Herren Edwards (Sozialist), Heyman (Christl. Demokrat) und Motz (Liberaler).

Zukünftige Arbeit des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten

Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten wird seine nächste Tagung am 15. und 16. März in Paris abhalten. Der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung wird die Prüfung der Verträge über die Begründung eines allgemeinen Gemeinsamen Marktes und einer europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) sein. Berichterstatter ist für den Gemeinsamen Markt Herr Marinus van der Goes van Naters (Holländer, Sozialist) und für Euratom Herr Natale Santero (Italiener, Christl. Dem.). Die Texte, die der Ausschuß im Anschluß an seine Prüfung der Verträge annehmen wird, werden sofort dem ständigen Ausschuß übermittelt werden, der über die Schritte, die daraufhin zu unternehmen sind, entscheiden soll.

Auf der Tagesordnung steht ferner ein Exposé von Herrn Kurt-Georg Kiesinger (Deutscher, CDU), das als Einführung zu vorläufigen Beratungen über die allgemeine Politik des Europarats im Lichte der letzten Entwicklung der internationalen Lage dienen soll, und die Fortsetzung der Untersuchung über die Vereinfachung der europäischen parlamentarischen Tätigkeit. Bekanntlich wurde für diesen Punkt eine Arbeitsgruppe gebildet, bestehend aus Herrn Karl Moimmer (Deutscher, SPD, Präsident), Herrn James Ramsden (Engländer, Konserv.) und Herrn Etienne de la Vallée Poussin (Belgier, Christl. Soz.).

III. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Gemeinsamer Markt

Am Donnerstag, dem 10. Januar, abends, eröffnete die Versammlung unter dem Vorsitz von Herrn Pierre-Henri Teitgen (Franzose, MRP) die Beratung über den Bericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten (Dok. 605, siehe oben Politische Fragen) und

über den Bericht des Ausschusses für Wirtschaftsfragen (Dok. 603) hinsichtlich der Schaffung eines allgemeinen Gemeinsamen Marktes.

Herr René Charpentier (Franzose, MRP), der Berichterstatter des Sonderausschusses für Landwirtschaft, stellte im Namen seines Ausschusses den Antrag, die Beratung über den Bericht des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten und über den Bericht des Ausschusses für Wirtschaftsfragen bis zu der nächsten Sitzungsperiode zu vertagen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Präsident des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, Herr Per Federspiel (Däne, Gemäßigter Lib.) vertrat die Ansicht, daß die im Oktober von der Beratenden Versammlung angenommene Entschließung 101 nach wie vor gültig sei. Die letzten Ereignisse in der Welt hätten gezeigt, daß rasche Fortschritte auf dem Wege zur Einigung Europas notwendig seien. Es herrsche zur Zeit ein sehr günstiges „europäisches“ Klima: bald würden die Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom unterzeichnet werden, und es beständen außerdem das Projekt einer europäischen Freihandelszone sowie Pläne für allgemeine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie.

Einer der strittigen Punkte sei die Ausdehnung des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone auf die Landwirtschaft und in weiterem Sinne auf alle zur Ernährung gehörenden Produkte. Man wisse noch nicht, welchen Beschluß die Sechs in dieser Frage fassen würden. Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen habe seinerseits unter anderem die Feststellung gemacht, daß Europa in Bezug auf Ernährungsprodukte ein Zuschußgebiet ist, daß ein reichlicher Austausch in diesen Erzeugnissen unter den Sechs wie auch unter den elf anderen Ländern der OEEC besteht, daß er aber zwischen der Gruppe der Sechs und der Gruppe der Elf geringer ist. Der Ausschuß habe ebenfalls festgestellt, daß auf diesem Sektor ein Protektionismus und ein lähmender Bürokratismus herrsche. Die europäische Landwirtschaft sei im gesamten rückständig und degeneriert: sie bleibe abseits der allgemeinen Rationalisierungs-Bewegung. Wenn sie in den Gemeinsamen Markt und die Freihandelszone nicht miteingeschlossen werde, werde sie allmählich stagnieren. Wenn man sie zwingen, rentabel zu arbeiten, werde sie sich modernisieren, um ihre Produktivität zu steigern. Gewiß müsse eine Übergangsperiode von ausreichender Dauer vorgesehen werden, damit die landwirtschaftliche Bevölkerung sich dem neuen Stand der Dinge anpassen könne.

Der Gedankenaustausch mit der OEEC habe den Eindruck ergeben, daß man für den Augenblick in dieser Frage zu einer Zwischenlösung greifen müsse, und in diesem Sinne sei der Empfehlungsentwurf abgefaßt worden. Wenn man einen Gemeinsamen Markt schaffen wolle, wäre es wenig sinnvoll, ihn den vorwiegend industriellen Ländern zu öffnen und den vorwiegend landwirtschaftlichen Ländern praktisch zu verschließen.

Folgende Redner ergriffen in der Debatte das Wort: Herr William van Remoortel (Belgier, Sozialist), Herr James Ramsden (Engländer, Konserv.). Herr Godfrey Nicholson (Engländer, Konserv.), dessen Antrag auf Beendigung der Debatte abgelehnt wurde, Herr B. W. Biesheuvel (Holländer, Antirevolut. Partei).

Am Freitag, dem 11. Januar, vormittags, wurde in namentlicher Abstimmung über den Empfehlungsentwurf des Ausschusses für Wirtschaftsfragen betreffend die Schaffung eines allgemeinen Gemeinsamen Marktes entschieden. Er wurde mit 54 gegen 9 Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Empfehlung 130

Unter Hinweis auf ihre Entschliebung 101, in der sie, die Versammlung, die von der OEEC unternommene Prüfung der Möglichkeit, rings um die zwischen den Sechs geplante Zollunion eine Freihandelszone zu schaffen, begrüßt hatte und in der sie die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß die Mitgliedstaaten des Europarats in möglichst großer Zahl einer solchen Freihandelszone beitreten würden, falls sie sich nicht in der Lage sähen, sich voll und ganz an der geplanten Zollunion zu beteiligen;

mit Kenntnisnahme von dem durch die Regierung Großbritanniens geäußerten Wunsch, daß, was dieses Land betrifft, Lebensmittel, Futtermittel, Getränke und Tabak aus einer solchen Freihandelszone ausgeschlossen sein sollten;

in der Erkenntnis der wichtigen Rolle, die diese Waren im innereuropäischen Warenaustausch und ganz besonders für die Wirtschaften bestimmter Mitgliedsländer der OEEC spielen;

in der Überzeugung, daß der vollkommene Ausschluß dieses Handelssektors in der Folgezeit ein schwerwiegendes Hindernis für die Beteiligung bestimmter Mitgliedstaaten an der Freihandelszone und infolgedessen für den Erfolg des gesamten Vorhabens darstellen könnte;

in vollem Bewußtsein der für Großbritannien dringenden Notwendigkeit, seine Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des Commonwealth aufrechtzuerhalten,

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die Mittel und Wege zu prüfen, mit deren Hilfe freiere Handelsbeziehungen zwischen den europäischen Ländern unter Bedingungen geschaffen werden könnten, die den Mitgliedstaaten erlauben würden, sich auf der Basis gegenseitigen Vorteils für alle Sektoren ihrer Wirtschaft daran zu beteiligen, und insbesondere Maßnahmen zu erwägen, auf Grund deren die landwirtschaftlichen Ausfuhrländer die Erweiterung ihrer Märkte in den Lebensmittel-Einfuhrländern erwarten könnten;

Ersucht sie das Ministerkomitee, bei der nächsten Sitzung der Versammlung Bericht über die Schritte zu erstatten, die es auf vorliegende Empfehlung hin hat unternehmen können.

Verbindungsausschüsse OEEC — Europarat

Am Vormittag des 7. Januar tagten in Straßburg gemeinsam die Ausschüsse der OEEC und des Europarats, die die Verbindung zwischen den beiden Organisationen wahrnehmen sollen, unter dem Vorsitz des Präsidenten des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der Beratenden Versammlung, Herrn Per Federspiel (Däne, Gemäß Lib.). Diese Sitzung gab den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaftsfragen Gelegenheit, eine Darstellung, die von einem der Vertreter der OEEC gegeben wurde, über die Ölknappheit und die sonstigen wirtschaftlichen Auswirkungen der Lage im Mittleren Osten auf Westeuropa sowie über die von der OEEC auf diesem Gebiet in Aussicht genommenen Maßnahmen zu hören. Ein zweites Exposé war den Problemen des Gemeinsamen Marktes und der Freihandelszone und den durch die OEEC vorgeschlagenen

Lösungen gewidmet. Darauf folgte ein Meinungsaustausch unter den Mitgliedern der beiden Ausschüsse.

Düngemittel

Am Donnerstag, dem 10. Januar, nachmittags, beriet die Versammlung unter Vorsitz des Vizepräsidenten Herrn Pierre-Henri Teitgen über den Bericht des Sonderausschusses für Landwirtschaft betreffend die Steigerung des Gebrauchs von Düngemitteln (Dok. 574, revidiert).

Herr A. C. Esmonde (Irländer, Fine Gael), als Bericht-erstatte des Sonder-Ausschusses für Landwirtschaft, führte aus, daß die Absicht des Ausschusses gewesen sei, die Landwirte in die Lage zu versetzen, mehr Gebrauch von Düngemitteln zum Zweck der Steigerung der Produktion zu machen. Die Regierungen ständen einer Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ablehnend gegenüber, weil das eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten nach sich ziehe. Um den Landwirten, die mit ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, die Erhaltung einer normalen wirtschaftlichen Lage zu ermöglichen, müsse man ihnen die nötigen Hilfsmittel für ihre Produktion geben.

Die Landwirtschaft beschäftige 25 v. H. der Gesamtbevölkerung der Mitgliedstaaten, und es liege im Interesse aller, daß den Landwirten ermöglicht würde, eine entscheidendere Rolle in der Wirtschaft der Mitgliedstaaten zu spielen, denn damit würde ein größerer Wohlstand auf allen Sektoren gesichert.

Zur Debatte ergriff Herr René Charpentier (Franzose, MRP) das Wort. Der Empfehlungsentwurf wurde einstimmig angenommen.

Empfehlung 122

In der Meinung,

a) daß die landwirtschaftliche Produktivität durch vermehrten und richtigeren Gebrauch von Düngemitteln gesteigert werden kann,

b) daß die Verwendung von Düngemitteln entwickelt werden kann, wenn erstens der Preis, den die Landwirte dafür zu zahlen haben, herabgesetzt wird, und wenn zweitens die Landwirte sie besser kennen und so zu verwenden lernen, daß die günstigsten Ergebnisse erzielt werden;

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten aufzufordern:

1. ihre Bemühungen hinsichtlich der Senkung der Preise für Düngemittel und Kalk, die für die Landwirtschaft bestimmt sind, durch folgende Maßnahmen zu koordinieren:

- a) Reorganisation der Versorgung mit Rohstoffen und der Produktion von Düngemitteln; Förderung, durch technische Unterstützung und andere Mittel, einer Verbesserung der Produktionsmethoden und der Umwandlung und Modernisierung der Fabriken; und, falls erforderlich, Einführung einer Kontrolle der monopolisierten Produktion;*
- b) Förderung kooperativer Einkäufe, Vorratshaltung und Verteilung der Düngemittel;*
- c) Senkung oder Abschaffung der Steuern und Auflagen auf chemische Düngemittel;*
- d) Anwendung jeder anderen Maßnahme, die geeignet erscheint, die Landwirtschaft zu ermutigen;*
- e) Herabsetzung der Transportpreise;*

2. die Verwendung von Düngemitteln und Kalk dadurch zu entwickeln, daß sie den Landwirten technische

Hilfe und Beratung zur Verfügung stellen, die diesen ermöglicht, ihre Kenntnisse über Düngemittel zu erweitern und größeren und besseren Gebrauch von ihnen zu machen.

Antwort an die OEEC

Am Donnerstag, dem 10. Januar, nachmittags, beriet die Versammlung unter Vorsitz von Herrn Pierre-Henri Teitgen über den Bericht des Ausschusses für Wirtschaftsfragen hinsichtlich der Antwort auf die Bemerkungen der OEEC zu der Empfehlung 77, die wirtschaftliche Integration Westeuropas betreffend.

Der Berichterstatter, Herr Séan MacBride (Irländer, Clann na Poblachta), hob zunächst die Bedeutung der im Juli 1955 von der Versammlung angenommenen Empfehlung 77 hervor. Die im März 1956 abgefaßte Antwort der OEEC, die der Versammlung im vergangenen Oktober unterbreitet wurde, sei im ganzen befriedigend.

Die OEEC sei nicht auf den Vorschlag der Versammlung eingegangen, der darauf abzielte, daß der Europarat bei den Tagungen des Rates der OEEC vertreten sein sollte. Sie rege indessen an, daß in den Fällen, da Empfehlungen der Versammlung der OEEC übermittelt worden seien, der Europarat zur Entsendung eines Vertreters zum Rat der OEEC berechtigt sein solle, wenn dieser darüber berate.

Man werde ohne Zweifel bei Gelegenheit der Frühjahrssitzung vorschlagen, eine Art von parlamentarischer Kontrolle der OEEC einzuführen, indem Sitzungen unter Beteiligung von Vertretern derjenigen Mitgliedsländer der OEEC, die nicht dem Europarat angehören, abgehalten würden.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik befaßt sich die Antwort der Versammlung hauptsächlich mit zwei Fragen: mit derjenigen der Abschaffung aller Art von künstlicher Förderung des Exports und derjenigen der Hilfeleistung für die unterentwickelten Gebiete Europas.

Der Berichterstatter ging dann auf die Auswirkungen der kürzlichen Ereignisse im Mittleren Osten ein. Die OEEC habe sich bemüht, konstruktive Arbeit zu leisten, sei aber auf große Schwierigkeiten hinsichtlich der Transportmittel gestoßen. Sie habe ein neues Organ gebildet: die OPEG („OEEC Petroleum Emergency Group“). Wenn nicht rasch zusätzliches Öl zu erhalten sei, so bestehe die Gefahr, daß sich die Knappheit katastrophal auf die europäische Wirtschaft auswirken würde. Eine andere Schwierigkeit sei noch hinzugekommen: Die Texas Railroad Commission, eine vollkommen autonome Körperschaft, von der die Entscheidung über die Steigerung der Ölproduktion in den Vereinigten Staaten abhängt, habe sich bis jetzt geweigert, die Zahl der Tage, an denen Öl gefördert werden kann, zu erhöhen. Vielleicht könne der Europarat zusammen mit der OEEC bei dieser Gesellschaft einen Vorstoß machen, auf Grund einer gemeinsamen Aktion der europäischen Länder.

Die Handelsbilanz der europäischen Länder gegenüber der Dollarzone sei ebenfalls im Begriff, erheblich aus dem Gleichgewicht zu kommen. Schon vor der Suezkrise habe der Ausschuß für Wirtschaftsfragen auf beunruhigende Anzeichen aufmerksam gemacht. Das Defizit im Handelsausgleich der Gesamtheit der europäischen Länder mit den Vereinigten Staaten sei in

starkem Maße im Anwachsen: von einem monatlichen Durchschnitt von 324 Millionen Dollar im Jahre 1953 sei es während des ersten Trimesters des Jahres 1956 auf 500 Millionen gestiegen, und damit sei praktisch wieder die Situation von 1949 erreicht.

Dieses Defizit werde sich 1957 wahrscheinlich noch erhöhen.

In der Debatte ergriff Sir James Hutchison (Engländer, Konserv.) das Wort.

Der Entschließungsentwurf wurde einstimmig angenommen.

Entschließung 115

In dieser Entschließung werden von der Versammlung eine Reihe von Feststellungen ausgesprochen. Während sie mit Befriedigung von den Maßnahmen der OEEC zur Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Konvertierbarkeit Kenntnis nimmt, hält sie es doch für angebracht, von neuem zu unterstreichen, daß auf diesem Gebiet eine gemeinsame Planung von großer Wichtigkeit wäre.

Sie nimmt die Bemühungen um fortschreitende Abschaffung der künstlichen Beihilfen für den Export zur Kenntnis, ist jedoch überzeugt, daß neue, wirksame Maßnahmen die Beseitigung dieser oder ähnlicher Praktiken beschleunigen könnten.

Sie hebt hervor, daß sie einer raschen und energischen Aktion zum Zweck der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmter Mitgliedsländer große Bedeutung beilegt.

Sie stellt in diesem Zusammenhang mit Genugtuung die durch den ministeriellen Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft erzielten Fortschritte fest und begrüßt die ersten Vorschläge zur Lockerung der Beschränkungen des Warenaustausches auf gewissen Sektoren.

Im Interesse der Verwirklichung einer sich ausweitenden Wirtschaft fordert sie erneut zu einer baldigen und gemeinschaftlichen Aktion der Mitgliedsländer auf.

Schließlich unterstreicht sie die Erklärung der OEEC, in der es heißt, daß, was Maßnahmen zur Definition einer gemeinsamen Politik zur Erreichung der allgemeinen Ziele der Konvention von 1948 betrifft, die Aufgabe noch längst nicht abgeschlossen ist.

Zukünftige Arbeit des Ausschusses für Wirtschaftsfragen

Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen wird seine nächste Sitzung am 18. Februar in Paris abhalten. Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung:

1. Europäische Integration: Gemeinsamer Markt und Euratom:

Der Ausschuß soll gemäß der Direktive 104 der Versammlung eine Stellungnahme über die Verträge für den Gemeinsamen Markt und Euratom vorbereiten, sobald sie unterzeichnet sind. Berichterstatter: Herr Jenkins (Engländer, Konserv.), Herr Leverkuehn (Deutscher, CDU) und Herr de Geer (Schwede, Lib.).

2. Freihandelszone und Arbeit der OEEC in der Frage der Atomenergie:

Berichterstatter: Herr Jenkins, Herr Leverkuehn und Herr de Geer.

3. *Wirtschaftliche Auswirkungen der Krise im Mittleren Osten.*

4. *Ost-West-Handel.*

Es wurde ein Unterausschuß, bestehend aus den Herren *de Geer*, *Leverkuehn* und *Kalbitzer* (Deutscher, SPD), gebildet, der die Entwicklung auf diesem Gebiet, vor allem, was Polen betrifft, verfolgen soll.

5. *Wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas:*

Berichtersteller: Herr *Séan MacBride* (Irländer, Clann na Poblachta).

6. *Berichte der OEEC und der Hohen Behörde der EGKS.*

Zukünftige Arbeit des Sonderausschusses für Landwirtschaft

Der Sonderausschuß für Landwirtschaft wird seine nächste Sitzung am 18. Februar in Paris abhalten. Unter den auf der Tagesordnung stehenden Punkten sind zu nennen: der Gemeinsame Markt, die Freihandelszone und Euratom (Berichtersteller: Herr *René Charpentier* [Franzose, MRP]); die Lage der Forstwirtschaft in Europa (Berichtersteller: Herr *Roberto Lucifero* [Italiener, Monarchist]); das Verbot der Ausfuhr von Pferden für Schlachtzwecke; der Vieh- und Fleischmarkt.

IV. RECHTS- UND VERWALTUNGSFRAGEN

Menschenrechte

Europäische Menschenrechtskommission

Die Stellvertreter der Minister haben Herrn *Fridjon Skarphedinsson* (Island) zum Mitglied der Europäischen Kommission für Menschenrechte ernannt; seine Amtszeit läuft bis zum Ende der für seinen Vorgänger, Herrn *Jonasson*, vorgesehenen Amtszeit.

Cypern

Am 24. Januar hat Lord *Layton* im britischen Oberhaus dem Staatsminister für Kolonialangelegenheiten, Lord *Perth*, die folgende Frage gestellt:

„Die Europäische Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die im Jahre 1950 unterzeichnet und im Jahre 1951 von uns ratifiziert wurde, ist zwei Jahre später auf 43 britische Kolonien und überseeische Territorien erstreckt worden; die Außerkraftsetzung einiger dieser Rechte in Cypern auf Grund der in der Konvention vorgesehenen Ausnahmeklausel wird gegenwärtig von der Europäischen Kommission für Menschenrechte geprüft, und diese Kommission bemüht sich, wie es ihr Auftrag ist, um eine friedliche Regelung. Wird die Regierung Ihrer Majestät unter diesen Umständen besonders darauf achten, daß jede weitere Außerkraftsetzung von in der Konvention vorgesehenen Rechten in neuen Verordnungen, die von der Regierung Cyperns erlassen werden könnten, vermieden wird?“

Lord *Perth* hat geantwortet: „Ganz gewiß werden wir dieser Frage ganz besondere Aufmerksamkeit schenken.“

Multilaterale europäische Konvention über Auslieferung

Auf ihrer Sitzung am Freitag, dem 11. Januar, um 10 Uhr wurde der Versammlung der Entwurf der multilateralen europäischen Konvention über Auslieferung zur Stellungnahme vorgelegt. Herr *Hermann Kopf* (Deutscher, CDU) eröffnete die Debatte mit einem Be-

richt im Namen des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen (Dok. 610). Er gab eine Darstellung der Arbeiten, die zur Aufstellung dieses Entwurfs geführt haben, wies darauf hin, daß die Sachverständigen tatsächlich zwei Entwürfe, einen Entwurf für eine Konvention auf bilateraler Grundlage und einen anderen für eine multilaterale Konvention, geprüft hätten, und sagte, daß der Ausschuß die zweite Form empfehle, da sie den Beitritt einer größeren Zahl von Ländern gestatte und auf Grund dieser Tatsache wirksamer sei. Dann erläuterte er die Hauptbestimmungen dieser Konvention und ging auf die Bemerkungen des Ausschusses und die von diesem vorgeschlagenen Abänderungen ein.

An der Debatte nahmen teil: Herr *James Crosbie* (Irländer, Fine Gael), Herr *Henri Rolin* (Belgier, Sozialist) Dame *Florence Horsbrugh* (Engländerin, Konserv.).

Von dem Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen wurde darauf ein Empfehlungsentwurf vorgelegt. Herr *Rolin* brachte dazu während der Sitzung einen Abänderungsantrag ein, der angenommen wurde. Der Empfehlungsentwurf wurde anschließend ebenfalls einstimmig angenommen. Es folgt der Text:

Empfehlung 124

Nachdem die Versammlung durch das Ministerkomitee über den Text eines Entwurfs einer multilateralen europäischen Konvention über Auslieferung (Dok. 556), der gemäß der Empfehlung 66 (1954) der Versammlung ausgearbeitet wurde, konsultiert worden ist;

indem sie ihre Überzeugung bekräftigt, daß es wegen der engen Beziehungen, die sich zwischen den Mitgliedern des Europarats entwickeln, wünschenswert ist, eine multilaterale europäische Konvention über Auslieferung abzuschließen, um die Bestrafung von Personen zu sichern, die sich, der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats des Rates unterstehend, einer Gesetzesübertretung schuldig machen und auf das Gebiet eines anderen Mitgliedstaats flüchten, und um das Auslieferungsverfahren soweit wie möglich zu vereinfachen;

mit der Feststellung, daß die Regierungssachverständigen einen Entwurf für eine Konvention auf bilateraler Grundlage und den Entwurf einer multilateralen Konvention ausgearbeitet haben,

Spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß das Ministerkomitee sich für die Annahme des Entwurfs der multilateralen Konvention erklären möchte, da diese geeigneter erscheint, zur Verwirklichung des Ziels des Europarats entscheidend beizutragen;

Billigt sie den von den Regierungssachverständigen ausgearbeiteten Entwurf einer multilateralen europäischen Konvention über Auslieferung, unter Vorbehalt der in dem hier angefügten Bericht¹⁾ des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen enthaltenen Abänderungen;

Empfiehl sie, daß dieser Bericht durch das Ministerkomitee den mit der Abfassung der Konvention beauftragten Regierungssachverständigen zum Zweck einer endgültigen Revision ihres Textes vorgelegt werden sollte, und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Kon-

¹⁾ Der Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen, der der Empfehlung beigegeben ist schlägt Abänderungen zu fünf Artikeln der Konvention vor und begründet diese Abänderungen.

vention in naher Zukunft durch die Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert werden möge;

Ersucht sie ferner das Ministerkomitee, den Regierungssachverständigen die Frage vorzulegen, ob es nicht im Hinblick auf den Aufbau der Westeuropäischen Union angebracht wäre, die an der Konvention beteiligten Staaten zu bevollmächtigen, für militärische wie für Finanz-Vergehen ein Auslieferungsverfahren vermittelt besonderer Abkommen vorzusehen.

Haftung der Hoteliers

Die Versammlung beriet darauf über den Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen betreffend die europäische Konvention über die Haftung der Hoteliers im Falle des Verlusts oder der Beschädigung von Gegenständen, die von Gästen in die Hotels mitgebracht werden (Dok. 585). Herr Frederick Willey (Engländer, Arbeiterpartei) legte den Bericht vor. Er machte darauf aufmerksam, daß eine solche Konvention in einer Zeit, da der internationale Reiseverkehr ständig zunehme, das geeignete Mittel wäre, um die Gesetze der verschiedenen Staaten aufeinander abzustimmen.

Nachdem Herr Hermann Kopp (Deutscher, CDU) zu dem Thema gesprochen hatte, wurde der mit dem Bericht des Ausschusses verbundene Empfehlungsentwurf mit 66 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenommen. Anschließend folgt der Wortlaut.

Empfehlung 125

In der Erwägung, daß das Ministerkomitee im Rahmen des Aktionsprogramms die Möglichkeit prüft, die Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten zu vereinheitlichen und zu harmonisieren;

unter Bezugnahme darauf, daß das Ministerkomitee erklärt hat, es würde Vorschläge in dieser Hinsicht von seiten der Versammlung begrüßen (Dokument 238, Abs. 87);

in der Erwägung, daß sie die Ansicht geäußert hat, die Frage der Haftung der Hoteliers biete eine erste Gelegenheit zur Durchführung der Vereinheitlichung der Gesetze der Mitgliedstaaten;

nach Prüfung des Entwurfs eines einheitlichen Gesetzes und der anderen vorbereitenden Arbeiten, die vor dem Krieg in dieser Angelegenheit durch das Internationale Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom durchgeführt wurden;

nach Studium des Berichts des Ausschusses für Gesetzesreform des Vereinigten Königreichs, der die Arbeiten des Internationalen Instituts geprüft hat und nach der Feststellung, daß ein auf diesem Bericht basiertes und zum großen Teil mit den Vorschlägen des Instituts übereinstimmendes Gesetz in Großbritannien erlassen worden ist;

in der Erkenntnis, daß die Entwicklung des internationalen Reiseverkehrs es wünschenswert macht, daß die anderen Mitgliedstaaten ein dem britischen Gesetz ähnliches Gesetz annehmen,

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

1. einen Sachverständigenausschuß zu bilden, der den Auftrag hätte, auf der Grundlage des durch das Internationale Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom im Jahre 1932 aufgestellten Entwurfs eines einheitlichen Gesetzes und des davon ausgehenden britischen Gesetzes von 1956, die Hoteliers betreffend, eine europäische Konvention auszuarbeiten, die ein einheitliches Gesetz über die Haftbarkeit der Hotelbesitzer vorsieht,

2. wie schon früher unter ähnlichen Umständen die Genehmigung dazu zu geben, daß zu gegebener Zeit eine gemeinsame Tagung des zuständigen Unterausschusses des Ausschusses der Versammlung für Rechts- und Verwaltungsfragen einerseits und des Sachverständigenausschusses oder eines daraus hervorgehenden Unterausschusses andererseits einberufen wird,

3. den Konventionsentwurf vor seiner Unterzeichnung durch die Mitgliedsregierungen der Versammlung zur Stellungnahme zu übermitteln.

Zukünftige Arbeit

Der Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen hat die Prüfung eines Berichts über das Problem der Minderheiten vorgesehen; mit diesem Bericht wird einem von Herrn James Dickson (Schwede, Konserv.) eingebrachten Vorschlag entsprochen. (Siehe: „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrgang, Nr. 5 — IV.)

Außerdem bereitet er einen Entwurf für eine Konvention mit dem Ziel der Einschränkung der Fälle von doppelter Staatsangehörigkeit vor. Berichterstatte in dieser Frage wird Herr Eduard Wahl (Deutscher, CDU) sein.

Klassifizierung der Patente

Der Ständige Vertreter der italienischen Regierung beim Europarat hat am 9. Januar bei dem amtierenden Generalsekretär die Ratifikationsurkunde der Europäischen Konvention über die Klassifizierung der Patente hinterlegt.

Italien ist das achte Mitglied des Europarats, das diese Konvention ratifiziert. Sie wird ab 1. Februar 1957 für Italien bindend.

Nachdem die Konvention über die bei Patentanträgen vorgeschriebenen Formalitäten im Jahre 1953 unterzeichnet wurde, bildet die Konvention über die Klassifizierung der Patente eine zweite Etappe auf dem Wege zu einer allgemeinen europäischen Regelung.

Menschenrechte

Auf einer Tagung, die beim Europarat abgehalten wurde, kamen drei Mitglieder der Europäischen Menschenrechts-Kommission, die Herren Susterhenn, Sörensen und Crosbie, mit Vertretern der griechischen und der britischen Regierung zusammen, um mit diesen die Bedingungen einer freundschaftlichen Regelung der Frage zu erörtern, die sich aus dem Ersuchen der griechischen Regierung hinsichtlich der Anwendung der europäischen Konvention der Menschenrechte in Cypern ergibt.

Die beiden Parteien erklärten ihre beiderseitige Bereitwilligkeit, eine Basis für eine solche Regelung zu suchen.

Der Bericht über diese Besprechung, der von den drei hierfür besonders bestimmten Juristen ausgearbeitet wird, soll am 31. Januar in Straßburg dem Unterausschuß der europäischen Menschenrechts-Kommission, der mit der Prüfung des griechischen Gesuches hinsichtlich Cyperns beauftragt ist, vorgelegt werden. Auf dieser Grundlage wird der Unterausschuß seine Bemühungen um eine freundschaftliche Regelung fortsetzen.

Haftpflichtversicherung von Kraftfahrzeugen

Ein Sachverständigenausschuß über die Haftpflichtversicherung von Kraftfahrzeugen hat vom 21. bis zum 25. Januar zum ersten Male in Straßburg getagt. Zu

seinem Präsidenten wurde Herr P. Eijssen vom holländischen Justizministerium gewählt.

Die Sachverständigen prüften den Entwurf einer europäischen Konvention, die diese Frage betrifft, der am 22. Oktober 1956 durch die Beratende Versammlung angenommen worden war. Die Versammlung hatte darin den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Mitgliedsländer die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrer hinsichtlich der bei Dritten verursachten Schäden einführen sollten. Die Beneluxstaaten haben bereits einen Vertrag unterzeichnet, gemäß dem die vertragschließenden Parteien sich verpflichten, auf diesem Gebiet gewisse gemeinsame Vorschriften zu beobachten, ohne notwendigerweise die gleiche Gesetzgebung zu haben. Die von der Versammlung vorgeschlagene Konvention greift im gesamten die Vorschriften auf, über die die Beneluxländer sich verständigt hatten. Dieser Konventionsentwurf ist es, mit dessen Prüfung die Sachverständigen begonnen haben. Als voraussichtlicher Termin ihrer nächsten Tagung ist der 25. März 1957 festgesetzt worden.

V. SOZIALE FRAGEN

Reiseerleichterungen für Kriegsversehrte und Kriegsinvaliden

Am Mittwoch, dem 9. Januar, vormittags, erstattete Herr René Radius (Franzose, Soz.-Republ.) den Bericht des Ausschusses für Soziale Fragen über gegenseitige Reiseerleichterungen für Kriegsversehrte und -invaliden im Falle von Eisenbahnreisen ins Ausland (Dok. 590).

Herr Radius führte aus, daß dieser Gedanke in den Rahmen der Empfehlung 81 (1955) gehöre, durch welche die Versammlung das Ministerkomitee aufgefordert habe, die Erleichterungen und Vorteile, die jeder Mitgliedstaat seinen eigenen Staatsbürgern gewährt, auch auf die Angehörigen der anderen Mitgliedsländer zu erstrecken.

In dem der Versammlung unterbreiteten Dokument ist der Entwurf eines Abkommens mit eingeschlossen, der aus der vorbereitenden Arbeit des Weltfrontkämpferverbandes hervorgegangen ist, der zahlreiche Vereinigungen in verschiedenen Ländern und vor allem die Internationale Eisenbahn-Union konsultiert hat. Beinahe alle Mitgliedstaaten haben Reiseerleichterungen für die Kriegsversehrten eingeführt, aber diese Erleichterungen sind weder ihrer Art noch ihrem Umfang nach identisch. So wünschenswert eine Vereinheitlichung auf diesem Gebiet wäre, so scheint sie sich im Augenblick doch noch nicht verwirklichen zu lassen. Der vorliegende Entwurf ist deshalb auf dem Prinzip aufgebaut, daß jeder Mitgliedstaat den Kriegsversehrten der anderen Mitgliedstaaten die Reiseerleichterungen zusichert, die er seinen eigenen kriegsversehrten oder -invaliden Staatsbürgern gewährt. Ein Mitgliedstaat, der seinen Kriegsoptionen keine besonderen Erleichterungen zubilligt, könnte nicht verpflichtet werden, sie den Angehörigen anderer Mitgliedstaaten zu bewilligen.

Der Empfehlungsentwurf wurde von der Versammlung einstimmig in folgendem Wortlaut angenommen:

Empfehlung 118

Unter Bezugnahme auf die Empfehlung 81 (1955), durch die sie das Ministerkomitee ersucht hatte, den

Mitgliedsregierungen vorzuschlagen, „die Erleichterungen und Vorteile, die ein Mitgliedstaat seinen eigenen Staatsangehörigen gewährt, auch auf die Bürger der anderen Mitgliedstaaten zu erstrecken“;

in der Erwägung, daß den Kriegsversehrten und -invaliden verschiedener Mitgliedstaaten des Europarats innerhalb ihrer Länder besondere Reisevergünstigungen zubilligt werden, vor allem hinsichtlich der Eisenbahn-Fahrpreise;

in der Erwägung, daß ein Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten zwecks medizinischer Behandlung am 13. Dezember 1955 durch 14 Mitgliedstaaten des Europarats unterzeichnet wurde;

in der Erwägung, daß der Austausch und die Kontakte zwischen den Kriegsoptionen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen einzelnen und zwischen den Völkern verstärken und an die Stelle der Feindschaft von gestern Verständnis und Solidarität setzen, daß dieser Austausch und diese Kontakte für die europäische Aussöhnung und Freundschaft unerlässlich sind und daß es in folgedessen wichtig ist, sie zu befürworten und zu fördern;

außerdem in der Erwägung, daß es aus humanitären Gründen angebracht wäre, Fälle von Kriegsinvaliden und -versehrten, die nicht in der Lage sind, allein zu reisen, oder die sich nur mit Schwierigkeit allein fortbewegen können, besonders in Betracht zu ziehen,

Empfiehlte die Versammlung dem Ministerkomitee die Annahme des Entwurfs eines Abkommens mit folgendem Inhalt:

Der zu der Empfehlung hinzugefügte Entwurf eines Abkommens umfaßt 9 Artikel, in denen die gewährten Vorteile (Fahrpreisermäßigungen oder -erlaß für den Versehrten und seinen etwaigen Begleiter) und die Art des Ausweises, der zur Gewährung dieser Vergünstigungen vorgelegt werden muß, definiert werden, und schließlich verschiedene Bestimmungen über die Ratifikation, das Inkrafttreten und die mögliche Kündigung des Abkommens.

Solidarität in Katastrophenfällen

Am Mittwoch, dem 9. Januar, während ihrer Vormittagssitzung, beriet die Versammlung über den Bericht des Sonderausschusses zur Sicherung der europäischen Solidarität in Katastrophenfällen. Der Bericht wurde durch den Präsidenten des Ausschusses, Herrn James Dickson (Schwede, Konserv.) vorgelegt. Dieser beschränkte sich darauf, den wesentlichsten Punkt der Empfehlung zu beleuchten: der Ausschuß wünsche, daß das Ministerkomitee eine Grundsatzerklärung über die moralische Verpflichtung der Mitgliedstaaten, jedem europäischen Land, das das Opfer einer Naturkatastrophe wird, sofortige Hilfe zu leisten, abgeben solle. Was Ithaka betrifft, bedauerte der Redner sehr, daß der Europarat noch keine konkreten Schritte unternommen habe.

Der Empfehlungsentwurf, dessen Text hier folgt, wurde einstimmig angenommen.

Empfehlung 119

In der Erwägung, daß es Pflicht des Europarats ist, im Falle von Katastrophen, die ein europäisches Land treffen, in konkreter Form die europäische Solidarität sichtbar zu machen, und daß er in folgedessen geeignete Schritte zur Anregung und zum Ansporn in dieser Beziehung unternehmen sollte;

im Hinblick auf die Empfehlung 69 (1954);

im Hinblick auf die Antwort des Ministerkomitees auf diese Empfehlung (Dok. 357),

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

1. eine grundsätzliche Erklärung darüber abzugeben, daß die Mitgliedstaaten moralisch verpflichtet sind, sofortige Hilfe zu leisten, falls ein europäisches Land von einer Naturkatastrophe betroffen wird;
2. den Generalsekretär zu ermächtigen, im Falle einer Katastrophe, von der eins der Mitgliedsländer des Europarats betroffen wird, im Einverständnis mit der Regierung des betreffenden Landes und dem amtierenden Präsidenten des Ministerkomitees die Aufmerksamkeit der Mitgliedsregierungen auf die Notwendigkeit zu lenken, Hilfsmaßnahmen für die Opfer dieser Katastrophe zu ergreifen;
3. die Regierungen aufzufordern, ihre Aktion zugunsten der von Katastrophen betroffenen Länder auf Beistandsleistung durch die öffentlichen Dienste zu konzentrieren, da nach Ansicht der Sachverständigen keine derartige Unterstützung durch irgendeine internationale Organisation vorgesehen ist;
4. den Generalsekretär aufzufordern, die in dem vorstehenden Absatz erwähnte Aktion in enger Verbindung mit der Liga der Gesellschaften des Roten Kreuzes durchzuführen;
5. den Fall der von dem Europarat adoptierten Insel Ithaka erneut aufzugreifen und ihr einen Betrag von 20 000 Pfund Sterling als Beitrag zu ihrem Wiederaufbauwerk zu gewähren, wobei diese Summe den Wünschen der Bevölkerung von Ithaka entsprechend und in enger Zusammenarbeit mit der griechischen Regierung zu verwenden wäre;

Bittet das Ministerkomitee, sie darüber zu unterrichten, in welcher Weise es dieser Empfehlung entsprochen hat.

Austausch von Kriegsversehrten

Am 17. Januar 1957 hinterlegte Italien beim Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde des Europäischen Abkommens über den Austausch von Kriegsversehrten zwecks medizinischer Behandlung, das am 13. Dezember 1955 in Paris unterzeichnet wurde.

Das Abkommen wird in Italien mit dem 1. Februar 1957 in Kraft treten. Es ist bereits in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Irland, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich in Kraft.

Sozialkomitee

Das Sozialkomitee des Europarats hat vom 29. Januar bis zum 1. Februar in Straßburg getagt. Dabei wurden Herr J. Doublet (Frankreich) und Herr J. C. Veysey (Vereinigtes Königreich) zum Präsidenten bzw. zum Vizepräsidenten gewählt. Beobachter des Internationalen Arbeitsamtes, der OEEC und der WEU wohnten der Tagung bei.

Die Sitzung war hauptsächlich der Vorbereitung der europäischen Sozialcharta gewidmet. Das Sozialkomitee ist beauftragt worden, dem Ministerkomitee vor dem 1. Juli 1957 über die Ergebnisse seiner Arbeit Bericht zu erstatten und vor dem 31. Dezember 1957 den Entwurf der Charta fertigzustellen. Dem Komitee dienten als Arbeitsunterlagen der Entwurf der Charta und die Empfehlung 104, die von der Beratenden Versammlung im Oktober 1956 angenommen worden waren (vgl. „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrg., Nr. 11 — V).

Um die Ausarbeitung der Charta zu beschleunigen, wird am 9. April eine Arbeitsgruppe zusammentreten,

die gewisse Bestimmungen daraus im Lichte der vorangegangenen Beratungen überprüfen soll. Die nächste Vollsitzung des Sozialkomitees wird Anfang Juli stattfinden.

Am 29. Januar, vormittags, sprach ein Vertreter des Internationalen Verbandes der Christlichen Gewerkschaften vor dem Sozialkomitee über die Auffassungen des Verbandes hinsichtlich der Ziele, der Bestimmungen und der Anwendung der Charta.

VI. KULTURELLE FRAGEN

Europäische Universitäten

Am Vormittag des 8. Januar eröffnete die Versammlung die Beratung des Berichts über die Rolle des Europarats bei der Unterstützung der Bemühungen der europäischen Universitäten um die Entwicklung eines Geistes europäischer Solidarität (Dok. 561).

Der Bericht des Ausschusses für Kulturelle und Wissenschaftliche Fragen, der sich auf diese Frage bezog, wurde von Herrn Fritz Erler (Deutscher, SPD) vorgelegt.

Der Berichterstatter erinnerte zunächst daran, daß die Beratende Versammlung seit 1949 eine allgemeine Tagung der Rektoren und Kanzler der europäischen Universitäten befürwortet habe. Im Jahr 1955 sei es zu einer solchen Tagung in Cambridge gekommen, aus der ein ständiges Organ, das „Komitee der europäischen Universitäten“, hervorgegangen sei. Beinahe gleichzeitig seien zwei weitere Tagungen von Universitätsangehörigen abgehalten worden: ein Lehrgang in Saarbrücken über „Universitäten und der europäische Gedanke“ und ein Universitätsprofessoren-Kongreß in Triest.

Ausgehend von diesen drei Tagungen, deren Ergebnisse den Mitgliedern der Versammlung zur Kenntnis gebracht wurden, habe man ein Aktionsprogramm auszuarbeiten gesucht. Auf einer Sondersitzung im Juni 1956 in Paris habe der Ausschuß sich bemüht, zusammen mit den Vertretern der zuständigen Organe die passende Form für eine Zusammenarbeit zu finden. Die Arbeiten hätten gezeigt, daß Neuerungen erforderlich seien. Das hierbei aufgestellte Aktionsprogramm enthalte den Gedanken einer doppelten Rolle des Europarates: das Interesse der öffentlichen Meinung zu wecken und auf die Regierungen einzuwirken. Fünf Empfehlungsentwürfe und ein Entwurf einer Direktive brächten diesen Gedanken zum Ausdruck.

Der Berichterstatter hob gleichfalls die Unabhängigkeit der Universitäten hervor, „die nicht nur anerkannt, sondern gefördert werden müsse“.

Folgende Abgeordnete beteiligten sich an der Debatte: Herr Herman Smitt-Ingebrechtsen (Norweger, Konserv.), Herr René Radius (Franzose, Soz.-Rep.), Herr William van Remoortel (Belgier, Sozialist), Frau Luise Rehling (Deutsche, CDU), Dame Florence Horsbrugh (Engländerin, Konserv.), Herr Nicolas Margue (Luxemburger, Christl.-Soz.), Herr Henri Rolin (Belgier, Sozialist), Herr Lodovico Montini (Italiener, Christl.-Demokr.).

Die fünf Empfehlungsentwürfe sowie der Entwurf einer Direktive, deren Texte hier folgen, wurden einstimmig angenommen.

Empfehlung 107

Mit Bezugnahme auf ihre Empfehlung 41 (1950), die europäischen Universitäten betreffend;

in Anbetracht der ganz besonderen Bedeutung der Universitätsausbildung und -forschungsarbeit für die Verwirklichung der geistigen Einheit Europas;

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von der Arbeit ihres Ausschusses für Kulturelle und Wissenschaftliche Fragen, deren Zweck es war, in Verbindung mit den für Universitätsfragen zuständigen internationalen Organisationen die Rolle zu umreißen, die der Europarat dabei spielen könnte, die Bemühungen der europäischen Universitäten um die Entwicklung eines europäischen Solidaritätsbewußtseins zu unterstützen,

in der Auffassung, daß die von diesem Ausschuß auf seiner Sondertagung für Fragen der europäischen Universitäten, die vom 11. bis zum 13. Juni 1956 in Paris abgehalten wurde, angenommenen „Schlußfolgerungen“ für die Zukunft als ein gemeinsames Aktionsprogramm angesehen werden könnten, das als die Grundlage einer engen Zusammenarbeit zwischen denjenigen Hochschulorganisationen dienen würde, die um die Verwirklichung einer Anzahl praktischer Projekte von europäischem Interesse im Bereich des Hochschulwesens bemüht sind;

in dem Wunsch, ihren Anteil an diesem gemeinsamen Werk zu übernehmen,

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(i) für möglichst baldige Billigung und Ratifizierung der Konvention über die Anerkennung von Studiensemestern, die an einer Universität eines anderen europäischen Landes verbracht werden, Sorge zu tragen; anschließend die Mitgliedsregierungen aufzufordern, die in dieser Konvention befürworteten Grundsätze möglichst weitgehend anzuwenden;

(ii) das schon in Angriff genommene Programm des Austausches von Professoren im Rahmen des Kulturprogramms des Europarates weiter auszubauen und es in der Öffentlichkeit besser bekanntzumachen;

(iii) die Mitgliedsregierungen aufzutodern, bei den Universitäten ihrer Länder anzuregen:

- die Schaffung von besonderen Lehrprogrammen für diejenigen Gebiete, auf denen die Probleme und die Entwicklung der europäischen Integration einen neuen und konkreten Forschungs- und Unterrichtsstoff darstellen;
- die Bereitstellung von offenen Lehrstühlen als eins der besten Mittel, um den Aufenthalt und die Lehrtätigkeit von Professoren einer anderen Nationalität an einer Universität zu erleichtern;
- die Organisation von gleichlaufenden Kursen auf Grund des Einverständnisses von zwei Universitäten nach einem gegenseitigen Abkommen, um so die Bewegungsfreiheit von Studenten zwischen den Ländern zu erleichtern;

(iv) die Regierungen aufzutodern, die Möglichkeit zu erwägen, für die Zulassung zu gewissen Zweigen des öffentlichen Dienstes den Nachweis von Kenntnissen über die Struktur und die Arbeitsweise der internationalen Organisationen im allgemeinen und der europäischen Organisationen im besonderen zu fordern;

(v) den Mitgliedsregierungen vorzuschlagen, notwendigenfalls die Gesetze, die der Ernennung von Ausländern als ordentlichen Professoren an einer Universität ihrer Länder entgegenstehen, den neuen Erfordernissen anzupassen

Empfehlung 108

Im Hinblick auf die „Schlußfolgerungen“ der Sondertagung für Fragen der europäischen Universitäten, die vom 11. bis 13. Juni 1956 in Paris abgehalten wurde;

unter Hinweis auf die Empfehlung 74 (1955) zwecks Schaffung eines Kulturfonds des Europarats;

in der Überzeugung, daß ein solcher Fonds das geeignete Mittel zur Verwirklichung einer großen Zahl von Projekten von europäischem Interesse auf dem Sektor des Universitätswesens wäre,

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(i) für die sofortige Schaffung eines Kulturfonds des Europarats, gegebenenfalls auf dem Wege eines Teilabkommens, Sorge zu tragen;

(ii) das Programm des Fonds so zu planen, daß ein Teil davon für die Verwirklichung von Maßnahmen zur Unterstützung der Bemühungen um die Einführung eines europäischen Unterrichts und zur Vertiefung der europäischen Gemeinschaft des Lehrpersonals und der Studierenden bereitgestellt wird, darunter:

- (a) die Finanzierung eines vom Europarat gestifteten Preises, der dazu bestimmt wäre, besondere Leistungen in der Lehrtätigkeit und der Forschung, wo es sich um Fragen von europäischem Interesse handelt, zu fördern und anzuerkennen;
- (b) finanzielle Unterstützung für die Einrichtung von Dokumentensammlungen an den interessierten Universitäten, speziell für diejenigen Probleme, die sich für die internationalen Organisationen ergeben;
- (c) Bewilligung von Subventionen zur Erleichterung der Schaffung von besonderen Lehrstühlen und offenen Lehrstühlen, deren Zweck es ist, ausländischen Professoren Aufenthalt und Lehrtätigkeit an einer Universität zu ermöglichen;
- (d) den notwendigen finanziellen Ausgleich bei materiellen Schwierigkeiten, die den Austausch von Lehrpersonal zwischen den Universitäten behindern.

Empfehlung 109

In der Überzeugung, daß die europäischen internationalen Organisationen zu einer besseren Kenntnis der Probleme der europäischen Integration an den Universitäten der Mitgliedstaaten beitragen könnten,

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

(i) das Programm der Studienlehrgänge des Europarats erheblich zu erweitern, und zwar in der Weise, daß ein Lehrgang bei jeder Tagung der Beratenden Versammlung in Straßburg abgehalten werden kann und mindestens ein Lehrgang im Jahr den Studierenden oder interessierten Mitgliedern des Lehrkörpers der Universitäten vorbehalten ist; zu prüfen, ob es vorteilhaft wäre, diese Lehrgänge den Preisträgern von Wettbewerben über Themen von europäischem Interesse zu reservieren;

(ii) den Generalsekretär zu ermächtigen, den Beamten des Generalsekretariats, die von den Universitäten eingeladen werden, Kurse oder Konferenzen über den Aufbau und die Probleme der europäischen Organisationen abzuhalten, die notwendigen Erleichterungen zu gewähren;

(iii) die kostenlose Übersendung von offiziellen Dokumenten des Europarats an die Universitäten auf deren Anforderung hin zu beschließen, damit bei ihnen eine Dokumentensammlung speziell für die Probleme der europäischen Organisationen geschaffen werden kann.

Empfehlung 110

Mit Befriedigung über die Schaffung eines Komitees der europäischen Universitäten im Anschluß an die erste Konferenz der Universitätsrektoren und -kanzler, die im Juli 1955 in Cambridge abgehalten wurde;

mit dem Hinweis auf den Wortlaut der Stellungnahme Nr. 14 in Beantwortung des Kulturkapitels der

Sonderbotschaft des Ministerkomitees, die am 7. Juli 1955 angenommen wurde;

im Hinblick auf die „Schlußfolgerungen“ der Sondertagung für die europäischen Universitäten, die vom 11. bis 13. Juni 1956 in Paris abgehalten wurde,

Empfiehl die Versammlung dem Ministerkomitee;

A. Hinsichtlich des Komitees der europäischen Universitäten:

(i) in Zukunft dieses Komitee als unabhängiges Organ von Sachverständigen für alle Fragen anzusehen, welche die europäischen Universitäten der Mitgliedstaaten betreffen;

(ii) im Einverständnis mit der WEU durch die Eröffnung der notwendigen Kredite für dieses Komitee mit aufzukommen, wobei sein autonomer Charakter gewahrt bleiben muß;

(iii) durch ein Übereinkommen zwischen den Generalsekretären des Europarates und der WEU eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen im Hinblick auf das Sekretariat des genannten Komitees sicherzustellen;

(iv) die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die nächste Tagung der Rektoren und Kanzler der Universitäten der Mitgliedstaaten, falls das Komitee es wünscht, unter der Schirmherrschaft des Europarates organisiert werden kann;

B. Hinsichtlich der „Schlußfolgerungen“ der Sondertagung:

(v) zwischen dem Europarat und den anderen internationalen Organisationen, die sich auf dem Sektor des Universitätswesens betätigen, Verbindungen herzustellen, notwendigenfalls durch Bewilligung des Beratenden Status, um die in den „Schlußfolgerungen“ der Sondertagung empfohlenen Maßnahmen durchzuführen;

(vi) den Generalsekretär zu beauftragen, im Hinblick auf die Verwirklichung des in den genannten „Schlußfolgerungen“ aufgestellten Aktionsprogramms die Verbindung zwischen den Universitätsorganen und -organisationen einerseits und den nationalen und internationalen Instanzen andererseits sicherzustellen;

(vii) für das Generalsekretariat die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, daß es diese neue Aufgabe erfüllen kann, und besonders die erforderlichen Kredite vorzusehen.

Empfehlung 111

Unter Bezugnahme auf ihre Stellungnahme Nr. 10 (1952), in der die Schaffung einer europäischen Beamtenschaft befürwortet wird;

unter Bezugnahme auf ihre Empfehlung 36 (1950) hinsichtlich des Europa-Kollegs in Brügge;

mit Befriedigung über die Entschließung (55) 19 des Ministerkomitees und der darauffolgenden Bildung einer Arbeitsgruppe der europäischen Organisationen für das Studium der mit einer europäischen Beamtenschaft verbundenen Fragen, die am 19. und 20. Juni 1956 in Straßburg getagt hat;

in der Erwägung, daß die Ausbildung der zukünftigen Beamten der europäischen Organisationen auf europäischen höheren Ausbildungsanstalten nach Vollendung des Universitätsstudiums abgeschlossen werden könnte,

Empfiehl die Versammlung dem Ministerkomitee, die Regierungen zu ersuchen, die Schaffung solcher Anstalten, falls sie erforderlich sind, zu erleichtern und für die Unterhaltung und Förderung der schon bestehenden Anstalten, vor allem des Europa-Kollegs in Brügge, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Direktive 102

In dem Wunsch, den europäischen Universitäten ihr Interesse an deren Anliegen mitzuteilen, einen Geist

gegenseitiger europäischer Verantwortlichkeit und Solidarität zu wecken,

Beschließt die Versammlung, die „Schlußfolgerungen“ der Sondersitzung über die europäischen Universitäten sowie alle von ihr angenommenen Empfehlungen, die sich auf Universitätsfragen beziehen, im Hinblick auf ihre Verwirklichung dem Komitee der europäischen Universitäten zuzuleiten mit dem Ersuchen, auf Grund davon alle Universitäten der Mitgliedstaaten von dem Interesse, der Arbeit und dem Programm des Europarats auf diesem Gebiet in Kenntnis zu setzen;

Beauftragt sie den Generalsekretär mit der Durchführung dieses Beschlusses.

Hilfe für ungarische Flüchtlingsstudenten

Am Vormittag des 11. Januar beriet die Versammlung über eine Anzahl kultureller Berichte. Der erste, der von Herrn Karl Bögholm (Däne, Konserv.) im Namen des Ausschusses für Kulturelle Fragen vorgelegt worden war, befaßte sich mit der Hilfe für ungarische Flüchtlingsstudenten. Für die Erörterung dieses Berichts (Dok. 610) wurde das Verfahren der besonderen Dringlichkeit angenommen.

Der Berichterstatter erklärte, daß die Wahrung der kulturellen Traditionen Ungarns eine europäische Verantwortung sei. Bis die jungen Ungarn in ihre Heimat zurückkehren könnten, müßten sie unsere Kultur und unsere demokratischen Einrichtungen kennengelernt haben. Ein freies Ungarn müsse eine intellektuelle Substanz zu seiner Verfügung haben; aus diesem Grund müsse die Jugend ihre Studien abschließen können.

Nach diesen Ausführungen wurde der Empfehlungsentwurf angenommen.

Empfehlung 123

In der Auffassung, daß die Verantwortung, den ungarischen Flüchtlingsstudenten eine Möglichkeit zur Beendigung ihres Studiums zu bieten, voll und ganz den Ländern Westeuropas zufällt;

nachdem sie mit Befriedigung die Initiative zur Kenntnis genommen hat, die in dieser Hinsicht von verschiedenen Universitäten und in verschiedenen Mitgliedstaaten ergriffen wurden,

Empfiehl die Versammlung dem Ministerkomitee:

1. den Generalsekretär zu beauftragen, sich mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen in Verbindung zu setzen, um bis zur nächsten Sitzung Informationen über das Los der ungarischen Flüchtlingsstudenten in den Mitgliedstaaten einzuholen;

2. im Lichte dieser Informationen die Möglichkeiten zu prüfen, wie den ungarischen Flüchtlingsstudenten so bald wie möglich eine Universitätsausbildung gewährt werden kann, die ihnen ermöglicht, das kulturelle Erbe der ungarischen Nation zu bewahren.

Antwort an die UNESCO

Im Verlaufe der gleichen Sitzung beriet die Versammlung die Antwort auf den dritten Bericht der UNESCO an den Europarat (Dok. 611).

Frau Rehling erstattete den Bericht im Namen des Ausschusses für Kulturelle Fragen. Sie begrüßte den engen Kontakt, der zwischen dem Rat und der UNESCO hergestellt worden sei und schlug vor, daß in Zukunft jeder nationalen Delegation zu den Konferenzen der UNESCO ein Mitglied des Kulturausschusses des Europarats angehören solle. Sie verwies sodann auf den Beschluß der Minister, demzufolge es Aufgabe des Ge-

mischten Kulturausschusses sei eine ständige Verbindung zur UNESCO zu schaffen, die sich für die Verwirklichung europäischer Vorhaben auf breiter Basis günstig auswirken könnte.

Die Versammlung bekundete ein lebhaftes Interesse für verschiedene in dem Bericht der UNESCO behandelte Fragen, wie z. B. der „Nachbarrechte“, deren Lösung vor allem die Voraussetzung für den Austausch vor Fernsehprogrammen wäre. Der Ausschuß hoffe, daß die Konferenz, die Anfang 1958 stattfinden soll, eine für alle Seiten annehmbare Lösung dieses Problems bringen werde.

Er legte sodann der Versammlung vier Empfehlungsentwürfe hinsichtlich der Unterstützung gewisser Betätigungen der UNESCO, die ein besonderes Interesse für den Europarat bezeugen, zur Abstimmung vor.

Die Versammlung nahm den Entschließungsentwurf und die vier Empfehlungsentwürfe als Antwort an die UNESCO einstimmig an.

Entschließung 118

In ihrer Entschließung 118 dankt die Versammlung der UNESCO für die Übersendung ihres 3. Berichts und beglückwünscht sie zu der ausgezeichneten Arbeit, die sie im Laufe des vergangenen Jahres in Europa geleistet hat.

Es folgt eine Zusammenfassung der Hauptpunkte der Entschließung:

Was die Koordinierung der Tätigkeit der UNESCO und derjenigen des Europarats betrifft, führt die Versammlung die Vorschläge des Ministerkomitees an, die darauf hinausgehen, dem gemischten Kulturausschuß des Europarats die Aufgabe der Sicherstellung der Verbindung mit der UNESCO anzuvertrauen.

Sie fragt, ob gewisse weitgespannte Projekte im Rahmen der Europäischen Kulturkonvention dadurch erleichtert werden könnten, daß man sich der Mittel bediene, welche die UNESCO ihren Mitgliedern zur Verfügung stellt.

Sie hofft, daß die UNESCO sie dabei unterstützen wird, ihre Beziehungen zu den nichtstaatlichen internationalen Organisationen auf kulturellem Gebiet weiter auszudehnen.

Die Versammlung macht darauf der UNESCO Mitteilung von den Empfehlungen, die sie im Zusammenhang mit gewissen, in der letzten Botschaft des Generalsekretärs der Organisation angeschnittenen Fragen an das Ministerkomitee gerichtet hat.

Sie dankt dem Internationalen Büro der Universitäten für seinen Beistand bei der Ausarbeitung des Berichts über „die Rolle des Europarats im Hinblick auf die Unterstützung der Bemühungen der europäischen Universitäten um die Entwicklung eines Geistes europäischer Solidarität“.

Sie hofft, daß das Büro die Bemühungen der Versammlung in Fragen des Universitätswesens bekanntmachen wird, und äußert den Wunsch nach einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen ihm und den zuständigen Abteilungen des Europarats.

Sie spricht schließlich ihre Genugtuung über die Anstrengungen der UNESCO und anderer internationaler Organisationen auf dem Gebiet des Rundfunk- und Fernseh-Programmaustausches aus.

Empfehlung 126

Die Versammlung,

nachdem sie mit lebhaftem Interesse von dem Dritten Bericht der UNESCO an die Beratende Versammlung des Europarats Kenntnis genommen hat;

nachdem sie sich im besonderen mit den in den Absätzen 17 und 18 dieses Berichts enthaltenen Informationen befaßt hat, die sich auf die Internationalen Konferenzen für Öffentliche Erziehung beziehen, die in den Jahren 1955 und 1956 unter der Schirmherrschaft der UNESCO und des Internationalen Büros für Erziehung veranstaltet wurden;

überzeugt von der großen Bedeutung der Tätigkeit des Internationalen Büros für Erziehung;

in der Erwägung, daß diejenigen Länder, die über eine jahrhundertelange Erfahrung auf dem Gebiet der Erziehung verfügen, die Verpflichtung haben, diese Erfahrung den anderen Ländern zugute kommen zu lassen;

nachdem sie mit Bedauern festgestellt hat, daß einige europäische Länder noch nicht als Mitglieder dem genannten Büro angehören,

Empfiehl sie dem Ministerkomitee, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, daß alle Mitgliedsländer des Europarats dem Internationalen Büro für Erziehung als Vollmitglieder beitreten.

Empfehlung 127

Die Versammlung

hat von den in den Absätzen 38 und 39 des dritten Berichts der UNESCO an die Beratende Versammlung des Europarats enthaltenen Informationen Kenntnis genommen, die sich auf das Abkommen über die Errichtung eines internationalen Rechenzentrums beziehen;

stellt mit Befriedigung fest, daß Italien und Belgien dieses Abkommen schon ratifiziert haben;

spricht ihre Genugtuung darüber aus, daß die italienische Regierung das Rechenzentrum eingeladen hat, seinen Sitz in Rom einzurichten, und daß sie, vor der endgültigen Errichtung des Zentrums ein vorbereitendes Komitee bei seiner Arbeit unterstützt, und

Empfiehl dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedsländer aufzufordern:

(i) Unverzüglich das unter der Schirmherrschaft der UNESCO abgeschlossene Abkommen über die Errichtung eines internationalen Rechenzentrums in Rom zu ratifizieren;

(ii) Bis zur Errichtung des genannten Zentrums zu den Unterhaltungskosten des vorläufigen Zentrums beizutragen.

Empfehlung 128

Die Versammlung

hat zu ihrer Befriedigung Kenntnis davon erhalten, daß auf der Hauptkonferenz der UNESCO in Neu Delhi das Projekt „Gegenseitige Anerkennung der kulturellen Werte des Ostens und des Westens“ als eins der drei Hauptprojekte der UNESCO in deren Programm aufgenommen war;

ist der Auffassung, daß es von größter Wichtigkeit ist, daß die europäischen Länder sich der Notwendigkeit bewußt werden, Europa in den anderen Teilen der Welt als kulturelle Einheit darzustellen;

ist der Auffassung, daß ein solches Bemühen in Form von Darbietungen durchgeführt werden sollte, die von den europäischen Ländern gemeinschaftlich organisiert werden, mit der Absicht, ihnen einen Charakter zu geben, in dem die nationalen Eigentümlichkeiten zugunsten eines möglichst starken Strebens nach Einheit überwunden sind, und

Empfiehl dem Ministerkomitee, den Europarat so eng wie möglich mit der Verwirklichung des Projekts

der UNESCO „Gegenseitige Anerkennung der kulturellen Werte des Ostens und des Westens“ zu assoziieren, und zwar vor allem durch Annahme folgender Maßnahmen:

- a) Organisation einer oder mehrerer Ausstellungen europäischer Kunst in den östlichen Ländern, unter Ausnutzung der durch die Ausstellungen des Europarats in Brüssel, Amsterdam und Rom erworbenen Erfahrungen;
- b) Organisation von europäischen Studienlehrgängen in Europa für die Angehörigen östlicher Länder;
- c) Organisation in einem oder mehreren Ländern des Ostens von einer oder mehreren Wochen der „Darstellung des europäischen Geistes“, in deren Verlauf hervorragende europäische Persönlichkeiten Vorträge über die Grundlagen der europäischen Kultur halten würden; andere Darbietungen aus der europäischen Kultur könnten das Programm dieser Wochen ergänzen;
- d) Teilnahme eines Vertreters des Europarats an der Tagung, die im Jahre 1958 von der UNESCO veranstaltet werden wird und dem Studium der Art und Weise, in der die westlichen Zivilisationen in den asiatischen Lehrbüchern dargestellt sind, gewidmet sein soll.

Empfehlung 129

Nachdem die Versammlung durch den Dritten Bericht der UNESCO an die Beratende Versammlung des Europarats (Absatz 46) Kenntnis von dem Beschluß des Exekutivkomitees der UNESCO erhalten hat, die dem Institut für Sozialwissenschaften in Köln bewilligte Subvention aufrechtzuerhalten und es gleichzeitig zu beauftragen, in engem Zusammenwirken mit anderen zuständigen europäischen Körperschaften zu arbeiten;

in der Erwägung, daß die Aufrechterhaltung dieses internationalen Instituts von unbestreitbarer Wichtigkeit für die Entwicklung der Sozialwissenschaften in den europäischen Ländern ist;

in der Auffassung, daß der Europarat vorteilhaften Gebrauch von der Arbeit dieses Instituts bei der Vorbereitung seiner eigenen Betätigungen machen könnte, unter der Voraussetzung, daß er aktiven Anteil an der Ausrichtung und gegebenenfalls an der Finanzierung dieser Arbeit nehme,

Empfiehl die Versammlung dem Ministerkomitee, den Generalsekretär zu beauftragen, in Konsultation mit der UNESCO die Möglichkeiten für eine fruchtbringende Assoziation des Europarats mit der Arbeit des Instituts für Sozialwissenschaften der UNESCO in Köln zu prüfen.

Sender Europa Nr. 1

Gegen Ende der Vormittagssitzung des 11. Januar erörterte die Versammlung den von Herrn William van Remoortel im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten vorgelegten Bericht über den möglichen Ankauf des Materials der Sendestation „Europa Nr. 1“.

Der Berichterstatter erklärte, daß er den von Herrn Edward Corniglion-Molinier (Franzose, Soz.-Rep.) in diesem Sinne gemachten Vorschlag begrüße; der Ausschuß habe jedoch nicht die Zeit gefunden, die finanziellen und übrigen Aspekte dieser Frage zu erwägen. Auch sei die Empfehlung so gehalten, daß daraus hervorgeht, daß die gesamte Angelegenheit dem Ministerkomitee überwiesen werden soll. Es würde Aufgabe des Komitees sein, die Möglichkeit eines Abkommens mit der französischen Regierung ins Auge zu fassen.

Falls diese Initiative zu einem Ergebnis führen würde, fügte der Berichterstatter hinzu, sei eine äußerst strenge Überwachung der Qualität der Sendungen erforderlich.

An der Aussprache beteiligten sich: Herr Nicolas Margue, Herr Otto Lenz (Deutscher, CDU), Dame Florence Horsbrugh, Herr René Radius.

Der Empfehlungsentwurf, dessen Wortlaut im folgenden abgedruckt ist, wurde am Nachmittag mit 62 gegen 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen:

Empfehlung 131

Mit der Feststellung, daß durch die Regelung der Saarfrage für den in Saarland gelegenen Sender Europa Nr. 1 eine besondere Lage entstanden ist;

mit der Feststellung, daß die französische Regierung gewisse Anrechte an diese Station besitzt und mit Zustimmung des Parlaments an ihren Rückerwerb denken könnte;

mit der Feststellung, daß ein Vorschlag in diesem Sinn, der der französischen Nationalversammlung gemacht wurde, wegen der dabei ausgedrückten Absicht, den Sender niederzulegen, abgelehnt worden ist;

in der Meinung, daß das Material von Europa Nr. 1 möglicherweise nach Überführung an einen geeigneten Ort, wie zum Beispiel Strassburg, für die europäischen Institutionen ein wertvolles Werkzeug zur Verbreitung von Informationen darstellen könnte,

Empfiehl die Versammlung dem Ministerkomitee, in Verbindung mit anderen europäischen Institutionen die Möglichkeit zu erwägen, mit der französischen Regierung ein Abkommen über die Verwendung des Senders zu schließen.

Beantwortung von Fragen

Im Laufe der Sitzung des 9. Januar beantwortete der Vorsitzende des Ministerkomitees, Herr Bech, eine Reihe von Fragen kultureller Art, die von Herrn Montini, Frau Rehling und Herrn Goedhart gestellt worden waren (vgl. „Tagungen des Rates“, Antwort der Minister).

Ernennung von Berichterstattern

Der Ausschuß für kulturelle und wissenschaftliche Fragen der Beratenden Versammlung benannte folgende Berichterstatter: Herrn Fritz Erler: über die notwendige Förderung des Unterrichtswesens und der wissenschaftlichen Forschung in Westeuropa; Herrn William van Remoortel: über die Organisation eines zweiten „Gesprächs am Runden-Tisch“ über die Menschenrechte; Herrn Ole Björn Kraft (Däne, Konserv.): über die Organisation einer Konferenz europäischer Verleger unter der Schirmherrschaft des Europarates.

Der Vorschlag einer Entschließung betreffend die Herausgabe eines Buches für die europäische Jugend wurde an den Ausschuß überwiesen.

Gemischter Kulturausschuß

Der Gemischte Kulturausschuß tagte am 14. Januar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Reinink (Niederlande), dem Präsidenten des Ausschusses der Kultursachverständigen und Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen beim holländischen Ministerium für Kunst, Erziehung und Wissenschaft.

Der Ausschuß beriet über die Ratifikation der internationalen Konventionen auf kulturellem Gebiet, über das Projekt eines Kulturfonds des Europarats (vgl. „Mitteilungen der Europarats“, 5. Jahrg., Nr. 8 — VI) und über die kulturpolitischen Empfehlungen, welche die Versammlung in der vorhergehenden Woche angenommen hatte.

Präsidium der Kultursachverständigen

Das Präsidium des Ausschusses der Kultursachverständigen tagte vom 15. bis zum 17. Januar unter Vorsitz von Herrn Reinink (Niederlande) in Paris. Auf dem Programm standen der Haushalt für 1957 sowie ver-

schiedene Punkte der Tagesordnung für die nächste Vollsitzung der Kultursachverständigen.

Die nächste Sitzung des Gemischten Kulturausschusses wurde auf den 7. Mai 1957 festgelegt; die Unterausschüsse der Kultursachverständigen werden am folgenden Tage zusammentreten, und die 13. Sitzung des Sachverständigenausschusses wird vom 9. bis zum 16. Mai in Straßburg stattfinden.

Am Nachmittag des 15. Januar gaben Herr Fritz Lugt (Präsident des Verwaltungsrates) und Herr Sadi de Gorter von der Kulturabteilung der niederländischen Botschaft einen Empfang im Niederländischen Institut in Paris. Das Institut war vier Tage zuvor durch Prinz Bernhard der Niederlande in Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten, insbesondere des Präsidenten der französischen Republik, Herrn René Coty, eingeweiht worden.

Gleichwertigkeit der Diplome

Der Unterausschuß für die Frage der Gleichwertigkeit der Diplome tagte am 18. und 19. Januar unter Vorsitz von Professor Bodelsen (Dänemark) in Paris. Der Unterausschuß prüfte den Entwurf einer Konvention über die Gleichwertigkeit der Universitätsgrade.

Europäische Ausstellung

Die Ausstellung „Das europäische XVII. Jahrhundert — Realismus, Klassizismus und Barock“, die im Ausstellungspalast in Rom gezeigt wird und unter der Schirmherrschaft des Europarats steht, ist bis zum 17. Februar 1957 verlängert worden.

VII. BEVÖLKERUNG UND FLÜCHTLINGE

Zu Beginn ihrer Sitzung am Dienstag, dem 8. Januar, um 15.00 Uhr, befaßte sich die Versammlung mit dem Bericht des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen über die Maßnahmen, die in Verfolg des am 17. Oktober vorigen Jahres von dem Sonderbeauftragten des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse vorgelegten Tätigkeitsberichtes unternommen werden sollen (vgl. „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrg. Nr. 11 — VII).

Herr Etienne de la Vallée Poussin (Belgier, Christl.-Soz.) erstattete den Bericht im Namen des Ausschusses. Der Ausschuß schlug vor, dem Sonderbeauftragten zu danken und die von ihm betriebene Politik im allgemeinen zu billigen. Bei dieser Gelegenheit unterbreitete er eine an den Sonderbeauftragten selbst gerichtete Entschliebung sowie die Entwürfe zweier Empfehlungen an die Regierungen (Dok. 570).

Die Entschliebung, in der dem Programm des Sonderbeauftragten das Vertrauen ausgesprochen wird, hebt vor allem das Problem der Berufsausbildung hervor, welche die Grundlage der Wiedereingliederung und Hebung des Lebensstandards sei. Was die Empfehlungen betrifft, so werden in der ersten die Regierungen ersucht, die wichtigsten internationalen Konventionen bezüglich der Arbeitskräfte zu ratifizieren — und besonders den Beschluß der OEEC, nach dem die Mitgliedstaaten sich verpflichten sollen, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen, wenn Mangel an inländischen Arbeitskräften besteht. Die zweite erstrebt eine Koordinierung der Sozialpolitik und der Arbeitspolitik der Mitgliedstaaten. Sie setzt sich für periodische Zusammenkünfte der zuständigen Ressortminister mit dem Sonderbeauftragten ein, um die Anwendung dieser Pläne zu prüfen.

An der Aussprache beteiligten sich: Herr Henri Heyman (Belgier, Christl.-Soz.), der Präsident des Ausschusses für soziale Fragen, und Herr Horst Haasler (Deutscher, CDU).

Der Entschliebungsentwurf und die beiden Empfehlungsentwürfe, deren Text nachstehend folgt, wurden von der Versammlung einstimmig angenommen.

Entschliebung 114

Die Versammlung

hat den Tätigkeitsbericht geprüft, der ihr durch den Sonderbeauftragten des Europarats für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse vorgelegt worden ist;

beglückwünscht den Sonderbeauftragten zu der bedeutenden Arbeit, die er geleistet hat;

ist überzeugt, daß ein weiteres Fortschreiten auf dem Weg, den der Sonderbeauftragte seit seiner Ernennung verfolgt, die endgültige Lösung des Problems der nationalen überschüssigen Bevölkerungssteile und Flüchtlinge herbeiführen kann;

erinnert daran, daß sie wiederholt den Wunsch geäußert hat, die europäischen Länder möchten eine bestimmte Politik in Arbeitnehmerfragen auf internationaler ebenso wie auf nationaler Ebene verfolgen;

schließt sich den von dem Sonderbeauftragten hinsichtlich des Problems der Berufsschulung vorgebrachten Überlegungen an;

zählt darauf, daß der Sonderbeauftragte die Mitgliedsregierungen dringend aufordern wird, jede in ihrer Macht stehende Maßnahme zu ergreifen, um die Arbeitsmethoden für die Behandlung der Probleme der Arbeitskräfte sowohl bei den nationalen Verwaltungsstellen als auch bei allen internationalen Instanzen zu koordinieren und zu verbessern;

äußert das Vertrauen, daß der Sonderbeauftragte alle ihm möglichen Schritte unternehmen wird, um jede geeignete Maßnahme zur Verbesserung der Berufsausbildungsmöglichkeiten der überschüssigen Bevölkerungssteile zu fördern.

Empfehlung 112

Die Versammlung

beantwortet hiermit den Appell des Sonderbeauftragten in seinem Tätigkeitsbericht vom 17. Oktober 1956, mit dem er die Mitglieder der Versammlung ersucht, bei ihren Parlamenten und Regierungen die von den internationalen Organisationen schon unternommenen Schritte zu unterstützen;

weist darauf hin, daß sie schon durch ihre Empfehlung 36 (1949) und ihre Empfehlung 47 (1953) dem Ministerkomitee empfohlen hat, die Mitgliedsregierungen aufzufordern, so bald wie möglich die am 1. Juli 1949 durch die Internationale Arbeitskonferenz in Genf angenommene Internationale Konvention über die Wanderarbeiter zu ratifizieren;

schließt sich dem in dem Bericht des Sonderbeauftragten geäußerten Wunsch an, daß die Versammlung die Tätigkeit der internationalen Organisation, die auf das Wohl und die soziale Förderung der Völker gerichtet ist, unterstützen sollte;

ist der Auffassung, daß der Beschluß des Rates der OEEC vom Oktober 1953 über die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften einen wesentlichen Fortschritt auf dem Weg zur Freizügigkeit der Arbeitskräfte zwischen den Mitgliedsländern der OEEC darstellt, und

Empfiehlt dem Ministerkomitee:

1. die Mitgliedsregierungen, welche die am 1. Juli 1949 durch die Internationale Arbeitskonferenz in Genf angenommene Internationale Konvention über die Wanderarbeiter noch nicht ratifiziert haben, aufzufordern, die Ratifizierung so bald wie möglich nachzuholen und der Versammlung die zu diesem Zweck unternommenen Schritte zur Kenntnis zu bringen;

2. die Mitgliedsregierungen aufzufordern, in stärkerem Maße den Beschluß der OEEC vom Oktober 1953 anzuwenden, auf Grund dessen die Mitgliedstaaten der

OEEC sich verpflichtet haben, in allen Fällen, da es ihnen nicht möglich ist, ausreichende Arbeitskräfte zur Deckung des Bedarfs auf den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft in ihrem eigenen Lande zu finden, auf ausländische Arbeiter zurückzugreifen und sich darum zu bemühen, daß alle einschränkenden Maßnahmen beseitigt werden, die eine umfassende und vollkommene Durchführung des genannten Beschlusses behindern.

Empfehlung 113

Die Versammlung

erwidert den Appell, den der Sonderbeauftragte in seinem Tätigkeitsbericht für 1956 an sie gerichtet hat;

ist der Auffassung, daß die Koordinierung der Bemühungen in der Frage der Arbeitskräfte sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene einfach unerlässlich ist;

weist darauf hin, daß sie schon mehrere Male den Wunsch geäußert hat, die europäischen Länder sollten auf sozialem Gebiet und in der Frage der Arbeitskräfte bei den verschiedenen internationalen Instanzen eine gemeinsame europäische Politik verfolgen;

schließt sich dem Wunsch des Sonderbeauftragten an, und

Empfiehlt dem Ministerkomitee:

- bei den Mitgliedsregierungen darauf zu dringen, daß sie alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Arbeitsmethoden, die für die sozialen Probleme und die Frage der Arbeitskräfte bei den nationalen Verwaltungsstellen gelten, zu koordinieren und zu verbessern;
- dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeits- und Sozialminister ein unmittelbares Interesse an der bereits geleisteten Arbeit der bei den verschiedenen inter-europäischen Organisationen bestehenden technischen Komitees nehmen, mit dem Ziel, diese Arbeit zu koordinieren und ihr den Antrieb und die notwendigen Richtlinien für die Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Politik zu geben;
- zu diesem Zweck den Sonderbeauftragten des Europarats zu bitten, die Möglichkeit zu erwägen, im Rahmen des Europarats regelmäßige Konferenzen der Arbeits- und Sozialminister abzuhalten.

Hilfe für ungarische Flüchtlinge

Im Verfahren der besonderen Dringlichkeit, auf das sich die Versammlung am Dienstag vormittag geeinigt hatte, nahm sie unverzüglich die Beratung des von dem Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen vorgelegten Berichts über Hilfe für ungarische Flüchtlinge auf. Der Bericht wurde ebenfalls von Herrn de la Vallée Poussin erstattet (Dok. 593).

Nachdem der Berichterstatter an die von dem Ständigen Ausschuß angenommene Empfehlung, die sich auf das gleiche Problem bezieht, erinnert hatte (Empf. 106, vgl. „Mitteilungen des Europarates“, 6. Jahrg. Nr. 12 — „Der Europarat und die Ereignisse in Ungarn“), verwies er auf die Wiener Sitzung des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen im November 1956, die „vielleicht im tragischsten Moment“ stattgefunden habe. Er zählte noch einmal das auf, was in einer großen Anzahl europäischer Staaten zugunsten der Flüchtlinge unternommen worden ist, und erwähnte die Bemühungen des Sonderbeauftragten.

In dem der Versammlung zur Abstimmung vorgelegten Empfehlungsentwurf wird vor allem die von dem Ständigen Ausschuß angenommene Empfehlung wiederholt und bestätigt. Er befaßt sich sodann mit vier Punkten: Erstens müßten die gesamten Mitgliedstaaten

des Europarates gewissermaßen auf dem bestehen, was die in den UN vertretenen westlichen Staaten dort gefordert hätten: auf der Aufrechterhaltung des Mandats des Hohen Kommissars bezüglich der ungarischen Flüchtlinge und der Schaffung von zusätzlichen Fonds. Der zweite Punkt betrifft das Zwischenstaatliche Komitee für europäische Wanderung: die Mitgliedstaaten sollten ihm die Mittel für den Transport ungarischer Flüchtlinge zur Verfügung stellen.

Im dritten und vierten Punkt des Empfehlungsentwurfes werden die Zuweisung von Odland oder verwaistem Grund und Boden sowie die Gewährung von Einrichtungskrediten an Flüchtlinge vorgeschlagen.

Diese neuen Maßnahmen stellen einen Fortschritt in der Tätigkeit dar, die der Europarat zugunsten der ungarischen Flüchtlinge unternehmen sollte.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, Herr Georges Pernot (Franzose, Unabh. Republ.), dankte allen, die die Aufgabe des Ausschusses erleichtert hätten, und besonders dem Ministerkomitee für die Spende von 100 Millionen Francs, die es bei dieser Gelegenheit zur Verfügung gestellt hatte.

Folgende Herren beteiligten sich an der Aussprache: Ernst Paul (Deutscher, SPD), Lynch Maydon (Engländer, Konserv.), George Jeger (Engländer, Arbeiterpartei), François de Menthon (Franzose, MRP).

Der Empfehlungsentwurf, dessen Wortlaut hier folgt, wurde einstimmig angenommen.

Empfehlung 114

Die Versammlung

stellt mit Beunruhigung fest, daß die Zahl der ungarischen Flüchtlinge unaufhörlich anwächst;

ist erfüllt von dem Gemeinschaftsgeist, der die Mitgliedstaaten des Europarats dazu anregen sollte, diesen Flüchtlingen zu Hilfe zu kommen und Österreich dabei zu unterstützen, ihnen zu helfen;

ist der Ansicht, daß das wirksamste Mittel, Österreich zu unterstützen, darin besteht:

- 1 der großen Zahl der ungarischen Flüchtlinge die Möglichkeit zu bieten, zeitweiliges oder auch ständiges Asyl außerhalb des österreichischen Hoheitsgebiets zu finden;
- 2 für die Wiedererwerbshaftmachung und Unterbringung der in Österreich verbleibenden ungarischen Flüchtlinge mitzusorgen;

stellt mit Befriedigung fest, daß das Ministerkomitee der österreichischen Regierung den Betrag von 100 Millionen französischen Franken aus dem Haushalt des Europarats überwiesen hat;

begrüßt die spontan unternommenen Anstrengungen einer großen Zahl von Personen und die enge Zusammenarbeit, die zwischen allen nationalen und internationalen Organisationen, die zur Lösung des Problems der ungarischen Flüchtlinge beitragen wollen, hergestellt wurde;

verweist auf die von dem Ständigen Ausschuß am 19. November 1956 einstimmig angenommene Empfehlung Nr. 106, und

Empfiehlt dem Ministerkomitee:

1. alle Regierungen der Mitgliedstaaten, die gleichzeitig Mitglieder der Vereinten Nationen sind, aufzufordern, in europäischem politischem Gemeinschaftsgeist bei der Vollversammlung der UN darauf hinzuwirken, daß die Vereinten Nationen eine besondere Anstrengung unternehmen, den größtmöglichen Betrag

an Geldmitteln für die ungarischen Flüchtlinge aufzubringen; diese Mittel müßten dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen zur Verfügung gestellt werden zum Zwecke der Lösung der Probleme, die sich, besonders für Österreich, aus der Aufnahme von Flüchtlingen ergeben;

2. alle Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für europäische Wanderung die notwendigen Mittel zur Durchführung der Aufgabe zur Verfügung zu stellen, die dieser auf Ersuchen der österreichischen Regierung und mit Billigung seiner Mitgliedstaaten in der Frage der Weiterbeförderung der ungarischen Flüchtlinge innerhalb der europäischen Länder und nach überseeischen Ländern übernommen hat;

3. die Mitgliedstaaten, in deren Gebiet unkultiviertes oder unbesiedeltes Land vorhanden ist, aufzufordern, es den ungarischen Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen und ihre Wiederansiedlung zu erleichtern;

4. die Möglichkeit zu erwägen, den Regierungen der obengenannten Länder Kredite in Form von rückzahlbaren Anleihen zu gewähren, um damit das unkultivierte oder nicht besiedelte Land instandzusetzen und Wohnungen zur Unterbringung der Flüchtlinge zu schaffen.

Wiedereingliederung von geflüchteten oder überschüssigen Landwirten

Am Donnerstag, dem 10. Januar, nachmittags, beriet die Versammlung den Bericht des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen über die Wiedereingliederung geflüchteter oder überschüssiger Landwirte (Dok. 566). Dieser Bericht wurde von Herrn René Charpentier (Franzose, MRP) vorgelegt.

Der Berichterstatter erklärte, daß ein gemischter Unterausschuß aus Mitgliedern des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen und des Sonderausschusses für die Landwirtschaft Italien, Griechenland, die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei besucht habe, um die allgemeinen Voraussetzungen der landwirtschaftlichen Produktion und die Lage der Landbevölkerung zu studieren.

In den bereisten Ländern seien markante Unterschiede geologischer und klimatischer Art, wie auch der althergebrachten Überlieferungen, der Gebräuche und der technischen Entwicklung festgestellt worden. Aber trotz aller dieser Verschiedenheit gebe es doch eine überwiegende Zahl gemeinsamer Anliegen, wenigstens für mehrere Länder: ein Überschuß an Landbevölkerung und demzufolge Unterbeschäftigung; eine einander ähnliche Struktur von Familienbetrieben, die fast immer zersplittert würden; ein sehr großer Abstand zwischen den Produktions- und den Verbraucherpreisen. Es sei schließlich ein sehr starker Bevölkerungsdruck zu verzeichnen, der durch eine hohe Geburtenziffer und den Zustrom von Flüchtlingen zustande komme. Wenn allgemein das Problem der Überbevölkerung seine größte Härte in Italien und in Griechenland zeige, so sei doch der Unterschied zwischen Nord- und Süditalien bemerkenswert. Im Süden gebe es einen beträchtlichen Bevölkerungsdruck und eine chronische Unterbeschäftigung. Die durch den Vanoni-Plan ins Auge gefaßte Industrialisierung würde eine wertvolle Abhilfe darstellen; gleichzeitig müsse man eine vernünftige Umsiedlungspolitik fortsetzen.

Die beiden Ausschüsse hielten daher die Gewährung von Mitteln zur Förderung der Industrialisierung Süd-

italiens und die Durchführung einer Auswanderungspolitik unter Mitwirkung der Mitgliedsstaaten für unbedingt erforderlich.

Das griechische Problem habe mit dem süditalienischen zahlreiche Berührungspunkte. Die griechische Bevölkerung sei zu 62 v. H. Landbevölkerung. Das Land sei von Krieg und Revolution heimgesucht und durch Erdbeben verwüstet worden; es sei nicht gerade begünstigt durch seine geologische und geographische Zusammensetzung; schließlich habe die Abholzung der Wälder zahlreiche Gebiete zu einer Beute der Erosion werden lassen.

Zu diesen Schwierigkeiten kämen noch der beachtliche Bevölkerungsdruck und die chronische Unterbeschäftigung hinzu. Wie in Italien müsse auch in Griechenland eine Politik der Auswanderung betrieben werden. Außerdem sei finanzielle Hilfe zur Entwicklung seiner landwirtschaftlichen Betriebe, seiner Industrie und seines Fremdenverkehrs erforderlich.

Anders sei die Situation in Deutschland. Sie sei durch eine Störung des Gleichgewichts gekennzeichnet, die durch die Teilung des Landes und den Zustrom von Flüchtlingen hervorgerufen werde. Die Regierung der Bundesrepublik habe diese Flüchtlinge dank unermüdlicher Anstrengungen, die volle Anerkennung verdienenden,iedereingegliedert.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet habe der Unterausschuß seine Bewunderung für die neugeschaffenen Flüchtlingsbetriebe zum Ausdruck gebracht.

Das deutsche Problem könne durch die Urbarmachung von Sumpfgebieten sowie durch die Einrichtung einer Altersversorgungskasse für Landwirte gelöst werden. Auf diese Weise könnten zahlreiche junge Leute freiwerdende Betriebe übernehmen.

Für die Türkei erwachsen die Schwierigkeiten aus dem großen Prozentsatz der Landbevölkerung (72 v. H.), aus dem starken Bevölkerungszuwachs und dem Zustrom von Flüchtlingen, vor allem aus Bulgarien.

Die Türkei verfüge aber glücklicherweise, wie es scheint, über ausreichendes Land. Sie könne ihre Probleme durch die Modernisierung ihrer Landwirtschaft und die Entwicklung ihrer Industrie lösen. Es müsse ihr auf finanziellem Gebiet Unterstützung gewährt werden, damit sie Investitionen vornehmen könne.

Der Berichterstatter schloß mit Bedauern darüber, daß die landwirtschaftliche Produktion zu oft von ihrem sozialen Blickpunkt aus und zum Schaden ihrer wirtschaftlichen Aspekte betrachtet werde. Sie stelle ein Gut dar, das nicht nur den Lebensstandard der Landwirte, sondern auch den der gesamten Bevölkerung heben könne.

Die Herren Roger de Kinder (Belgier, Sozialist), Emmanuel Loulakakis (Grieche, Liberaler), und Alexander Papathanassis (Grieche, ERE) beteiligten sich an der allgemeinen Aussprache. Die Versammlung nahm anschließend einstimmig die im folgenden inhaltlich wiedergegebene Empfehlung an:

Empfehlung 121

Nach Prüfung der Berichte der Ausschüsse für Landwirtschaft, für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen und für Wirtschaftsfragen bezüglich der Wiedereingliederung der geflüchteten oder überschüssigen Landwirte einerseits und der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Südeuropas andererseits; . . .

Empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, in Verbindung mit den Landwirtschaftsministern die in Frage kommenden Länder sowohl in technischer als auch in politischer und finanzieller Beziehung zu fördern.

I. TECHNISCHE UNTERSTÜTZUNG

In einigen europäischen Ländern verfügt die Landwirtschaft allzu oft nur über veraltete technische Hilfsmittel. Dazu kommt häufig noch ein Mangel an fähigen Beratern. In den Mittelmeerländern hauptsächlich würde eine intensivere Bewässerung zur Steigerung des Futteranbaus führen, dessen Fehlen die Bildung eines vollwertigen Viehbestandes verhindert und die Erosionsgefahr vermehrt.

Die Anlage von Silos, Bildung von kooperativen Genossenschaften und ein ausgedehnter Gebrauch von chemischen Düngemitteln würden neue, rentablere Kulturen ermöglichen. Es wäre angebracht, den kleinen Betrieben moderne mechanische Geräte zur Verfügung zu stellen, die den klimatischen und Bodenverhältnissen angepaßt sein müßten.

Gruppen von qualifizierten Sachverständigen müßten auf Ersuchen der betreffenden Länder großangelegte Projekte zur Verbesserung der Bedingungen planen, die geeignet wären, der Unterbeschäftigung abzuhelpfen und Industrialisierungs-Projekte zu erlauben.

II. POLITISCHE UNTERSTÜTZUNG

In den Ländern mit hohen Geburtenziffern und geringer oder unzureichender Industrialisierung hat das Hinzukommen von Flüchtlingen zur Übervölkerung geführt.

Diese Sachlage führt in diesen Ländern zu einer Aufteilung der vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe in einem solchen Ausmaß, daß sie kaum noch lebensfähig sind.

Ein solches Vorgehen hat den Ausfall marktfähiger Nahrungsmittel sowie die bedenkliche Vermehrung eines ländlichen Proletariats zur Folge.

Deshalb fordert die Versammlung, in Anbetracht dieser Tatsachen, die Regierungen auf:

- a) Absatzmöglichkeiten für besondere Produkte zu suchen, deren Anbau wegen der dazu erforderlichen großen Zahl von Arbeitskräften die Unterbeschäftigung vermindern würde;
- b) Soweit es sich um Länder handelt, die in Europa oder außerhalb Europas unbewirtschafteten Boden oder Odland besitzen, eine allgemeine und reguläre Bewässerungsplanung durchzuführen, selbst wenn es nur in beschränktem Maße sein könnte;
- c) soweit es sich um Länder handelt, in denen Mangel an Arbeitskräften herrscht, weitgehend auf ein Land zurückzugreifen, das unter anhaltender Unterbeschäftigung leidet, und zu diesem Zweck das administrative Verfahren zu vereinfachen, dessen Kompliziertheit oft die innereuropäische Wanderung hemmt.

III. FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Allein eine internationale Finanzierung von beträchtlichem Ausmaß in Form von rückzahlbaren Anleihen kann eine auf lange Sicht geplante wirksame Aktion ermöglichen.

IV. TÄTIGKEIT DES SONDERBEAUFTRAGTEN

Die Versammlung begrüßt die Schaffung des europäischen Fonds zur Finanzierung jedes Projekts, das rentabel und geeignet erscheint, den demographischen Druck zu vermindern, unter dem die in Frage kommenden Staaten leiden; sie hofft, daß die ersten aus dem Fonds bewilligten Anleihen für die Lösung dieses Problems bestimmt sein werden.

Antwort auf den Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen

Am Freitag, dem 11. Januar, vormittags, legte der Vorsitzende des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, Herr Georges Pernot (Franzose, Unabh. Republ.), einen Entschließungsentwurf vor, der die Antwort auf den im September 1956 abgegebenen Tätigkeitsbericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (Dok. 535) enthält.

Die Versammlung nahm einstimmig die Entschließung mit dem folgenden Wortlaut an:

Entschließung 117

Nach Prüfung des fünften Berichts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen, datiert vom 1. Oktober 1956;

unter Kenntnisnahme von den Fortschritten, die bei der Durchführung des Programms für Dauerlösungen und Dringlichkeitshilfe des UNREF erzielt wurden;
mit der Feststellung, daß die Beiträge der Regierungen zu dem UNREF unzureichend sind;

in der Erwägung, daß das Programm des UNREF nur dann in der vorgesehenen Frist von vier Jahren restlos erfüllt werden kann, wenn das Ziel von 16 Millionen Dollar an Regierungsbeiträgen erreicht wird,

1. *Spricht die Versammlung dem Hohen Kommissariat für Flüchtlingsfragen ihre Anerkennung für seine Bemühungen um die Erfüllung des Programms des UNREF aus;*
2. *Würdigt sie die Leistung der Regierungen, die einen großzügigen Beitrag zu der Verwirklichung des Programms des UNREF bereitgestellt haben;*
3. *Fordert sie alle Mitgliedstaaten des Europarats dringend auf, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß der Fonds der Vereinten Nationen für Flüchtlinge die für die Jahre 1956 und 1957 festgesetzten Ziele erreichen und das Hochkommissariat das vorgesehene Programm restlos durchführen kann.*

VIII. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Deportationen aus Ungarn

Am Dienstag, dem 8. Januar, während der Nachmittagssitzung beriet die Versammlung im Dringlichkeitsverfahren über den Bericht des Sonderausschusses zur Wahrung der Interessen der beim Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen über die Massendeportationen aus Ungarn.

Dieser Bericht, der von dem Präsidenten des Sonderausschusses, Herrn Karl Wistrand (Schwede, Konserv.) vorgelegt wurde, betraf einen Empfehlungsentwurf, in dem darum ersucht wird, daß die diplomatischen Vertreter der Mitgliedstaaten in Budapest einen Bericht über die Deportationen von Ungarn nach der UdSSR zusammenstellen sollten.

Warum der Ausschuß diese Empfehlung einstimmig vorgeschlagen habe?

Aus einem ganz einfachen Grund, erklärte Herr Wistrand: da die Regierung Kadar sich weigere, Beobachter der Vereinten Nationen nach Ungarn einreisen zu lassen, fordere er, daß die Botschafter der Mitgliedstaaten, die sich an Ort und Stelle befinden, Erkundigungen einziehen und ihre Regierungen informieren sollten und daß daraufhin das Ministerkomitee in kürzester Frist die so erhaltenen Informationen der Versammlung übermitteln solle.

An der Debatte nahmen folgende Abgeordnete teil: Herr Henri Rolin (Belgier, Sozialist), Herr Jakob Altmaier (Deutscher, SPD). Der Empfehlungsentwurf,

dessen Wortlaut hier folgt, wurde einstimmig angenommen.

Empfehlung 115

Die Versammlung, alarmiert durch Berichte über Massendeportationen aus Ungarn;

tief entrüstet über die Weigerung der sowjetischen und ungarischen Behörden, Beobachter zuzulassen, die Nachforschungen darüber anstellen sollten,

Empfiehl den Mitgliedsregierungen, daß die diplomatischen Vertreter von Mitgliedstaaten, die sich zur Zeit in Budapest befinden, sofort einen gemeinschaftlichen Bericht über diese Deportationen zusammenstellen sollten, und daß dieser Bericht unverzüglich dem Ministerkomitee und der Beratenden Versammlung zu übermitteln wäre.

Informationssendungen in russischer Sprache

Die Versammlung beriet anschließend sofort und im Dringlichkeitsverfahren über den Bericht des Sonderausschusses für die nicht vertretenen Nationen, Informationssendungen in russischer Sprache betreffend. Dieser Bericht wurde namens des Ausschusses von Herrn Anthony Charles Esmonde (Irländer, Fine Gael) vorgelegt.

Herr Esmonde, der feststellte, daß alle durch den sowjetischen Rundfunk verbreiteten Informationen verfälscht seien, äußerte den Wunsch, daß in den Mitgliedstaaten allgemein Sendungen in russischer Sprache eingeführt würden, wie es vorläufig nur in Großbritannien, Italien und Griechenland üblich sei.

Ein Empfehlungsentwurf mit diesem Ziel wurde der Versammlung zur Abstimmung vorgelegt und, nachdem zwei Abgeordnete, Herr Peter Kirk (Engländer, Konserv.) und Herr Fritz Erler (Deutscher, SPD), das Wort dazu ergriffen hatten, von der Versammlung einstimmig angenommen. Nachstehend folgt der Text:

Empfehlung 116

In der Erwägung, daß in der UdSSR der kommunistisch kontrollierte Rundfunk nur Propaganda sendet und Informationen verbreitet, die absichtlich die Wahrheit unterdrücken oder entstellen;

in der Erwägung, daß das russische Volk offensichtlich den Wunsch nach objektiver Berichterstattung über die Ereignisse in der Welt hat,

Empfiehl die Versammlung den Mitgliedsregierungen, die Rundfunkorganisationen in den Mitgliedstaaten anzuregen, täglich einige Minuten der Sendung sachlicher Nachrichten in russischer Sprache über die Tagesereignisse zu widmen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Bevölkerung der UdSSR besonders interessieren;

Ersucht sie die Mitgliedsregierungen, die Versammlung in Kürze über die im Sinne der vorliegenden Entschließung getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

Ungarischer Revolutionsrat

Am Freitag, dem 11. Januar, um 15 Uhr beriet die Versammlung über den Bericht des Sonderausschusses für die nicht vertretenen Nationen zugunsten der Unterstützung des Ungarischen Revolutionsrates (Dok. 618). Der Bericht sowie ein Entschließungsentwurf wurden von dem Präsidenten des Ausschusses, Herrn Karl Wistrand, vorgelegt.

Der Präsident der Versammlung, Herr Dehousse, machte darauf aufmerksam, daß die Herstellung von Beziehungen zu dem Revolutionsrat die Klärung ge-

wisser juristischer Fragen erfordere. Sobald das Präsidium der Versammlung schriftliche Vorschläge von dem Revolutionsrat erhalten habe, werde er um die Stellungnahme des Ausschusses für Rechtsfragen ersuchen.

Herr Hendrie Dudley Oakshott (Engländer, Konserv.), Herr George Jeger (Engländer, Arbeiterpartei), Herr P.-H. Teitgen (Franzose, MRP), Herr F.-J. Goedhart (Holländer, Arbeiterpartei), Herr John Edwards (Engländer, Arbeiterpartei), Herr Godfrey Nicholson (Engländer, Konserv.), Herr Karl Mommer (Deutscher, SPD) und Herr Wistrand ergriffen das Wort in der Debatte.

Der nachstehende Entschließungsentwurf wurde mit 57 gegen 0 Stimmen bei 27 Enthaltungen angenommen.

Entschließung 121

In dem Wunsch, dem Ungarischen Revolutionsrat moralischen und materiellen Beistand zu leisten,

Ersucht die Versammlung ihre Abgeordneten, in ihren nationalen Parlamenten die Bildung von Gruppen zu veranlassen und zu fördern, deren Zweck es wäre, die Solidarität ihrer Länder mit dem ungarischen Volk durch Organisation einer politischen und finanziellen Unterstützung des Ungarischen Revolutionsrats unter Beweis zu stellen.

Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Dehousse, empfing zusammen mit dem Präsidenten des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten, Herrn de Menthon, und dem Präsidenten des Ausschusses für nicht vertretene Nationen, Herrn Wistrand, am Dienstag, dem 8. Januar, um 11.30 Uhr eine Delegation des Ungarischen Revolutionsrates.

Diese Delegation setzte sich zusammen aus General Kiraly, dem Stabschef der revolutionären Streitkräfte in Budapest; Herrn Benjamin, dem persönlichen Vertreter von Frau Anna Kethly und ehemaligem Polizeipräsidenten von Budapest; Herrn Kuss, ehemaligem Deputierten und Generalsekretär des Bauernverbandes; Herrn Horva, ehemaligem Deputierten, als Vertreter der Partei der Kleinen Landwirte; Herrn Idanos, Präsident des Petöfi-Kreises, Herrn Nagy, Führer einer Gruppe von Widerstandskämpfern; Herrn Raczany, der Gerichtsbeamter in Strassburg war.

Am Mittwoch, dem 9. Januar, um 18 Uhr hielten der Sonderausschuß und der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten, der unter dem Vorsitz von Herrn de Menthon steht, eine gemeinsame Sitzung unter Vorsitz von Herrn Wistrand ab, um die führenden Mitglieder des Ungarischen Revolutionsrates zu hören, der sich in Straßburg gebildet hatte.

Die Delegation des Revolutionsrates wurde von General Kiraly geführt. Ihre Mitglieder schilderten den anwesenden Parlamentariern die Entwicklung des ungarischen Aufstandes. Sie erläuterten die Ziele des Revolutionsrates und beantworteten Fragen, die von den Mitgliedern der beiden Ausschüsse gestellt wurden. Folgende Punkte kamen vor allem zur Sprache: *Wirtschaftshilfe des Westens:*

Es müßten Wege gefunden werden, um den ungarischen Volk zu helfen, ohne das Kadar-Regime zu stärken. Jedoch sei die Lage in Ungarn so kritisch, daß der Westen unverzüglich Hilfe leisten müsse, selbst ohne diese Gefahr zu berücksichtigen.

Anwesenheit von westlichen Beobachtern:

Die Anwesenheit einer möglichst großen Zahl von westlichen Beobachtern in Ungarn sei wünschenswert.

Die westlichen Regierungen sollten deshalb nicht ihre Botschafter aus Budapest zurückziehen oder der Regierung Kadar Anlaß geben, sie auszuweisen.

Ziele der Revolution:

Das ungarische Volk wünsche nicht die Rückkehr zu dem Vorkriegsregime (Horthy), sondern eine wahre Demokratie in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Es fordere den Abzug der russischen Truppen, die Neutralität, freie Wahlen und schließlich eine Mehrparteienregierung. Für den Revolutionsrat — der nicht als eine Exilregierung angesehen werden wolle — sei die einzige legitime Regierung immer noch diejenige von Imre Nagy.

Massendeportationen:

Eine vollständige Zusammenstellung von Unterlagen, die sich in den Händen von Frau Kethly befinde, werde, soweit möglich, bei den UN hinterlegt werden.

Sanktionen:

Ein Ausschuß der jetzigen ungarischen Vertreter aus den UN sollte vermieden werden, da dies die Gefahr der Schließung der westlichen Botschaften in Ungarn nach sich ziehe. Sanktionen seien überhaupt eher gegen die Sowjetunion als gegen Ungarn zu beschließen.

Moral der Sowjets

Die Westmächte hätten eine bessere Meinung von der Moral und Stärke der Roten Armee als die Ungarn selbst. In Wirklichkeit habe sich der ungarische Aufstand stark auf die Moral der Armee und die Haltung des gesamten Volkes in der UdSSR ausgewirkt.

Unterstützung für die Regierung Kadar

Nur einige hohe ungarische Persönlichkeiten, die wußten, daß ihr Schicksal mit dem augenblicklichen Regime verbunden sei, stützten die Regierung Kadar. Jede politische Partei, die ihm unter Verleugnung der Ziele der Revolution ihre Unterstützung gewährte, werde ihr Ansehen beim Volk verlieren.

Rundfunksendungen des Senders „Freies Europa“

Es sei möglich, daß Fehler begangen worden seien, aber unzweifelhaft hätten diese Sendungen doch eine große Hilfe für das ungarische Volk bedeutet. Wahrscheinlich hätten sie immer noch eine große Zahl heimlicher Hörer.

IX. GESCHAFTSORDNUNG UND IMMUNITÄTEN

Unvereinbarkeit von Ämtern

Während ihrer Nachtsitzung am Donnerstag, dem 10. Januar 1957, prüfte die Versammlung den Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten über die Abänderung der Entschließung 96 vom 20. April 1956 (vgl. „Mitteilungen des Europarats“, 6. Jahrg., Nr. 5 — IX) bezüglich der Unvereinbarkeit eines aus dem Haushalt des Europarats besoldeten Amtes mit einem parlamentarischen Mandat. In diesem von Herrn Robert Bichet (Franzose, MRP) erstatteten Bericht wurde die Stellungnahme des Gemischten Ausschusses und des Ministerkomitees zu der Entschließung 96 angeführt; darin werde die Meinung ausgesprochen, daß die Versammlung ihre Befugnisse überschritten habe, wenn sie eine bestimmte Frist für die Unvereinbarkeit festsetze. Es werde deshalb ein neuer Wortlaut für die Entschließung vorgeschlagen. Nach kurzer Debatte nahm die Versammlung folgende Entschließung einstimmig an:

Entschließung 116

Unter Bezugnahme auf ihre am 20. April 1956 angenommene Entschließung 96;

auf ein Ersuchen um erneute Beratung;

in der Erwägung, daß es nicht notwendigerweise dem Interesse des Generalsekretariats entspricht, es der möglichen Unterstützung durch jegliche Person, die ein parlamentarisches Mandat innegehabt hat, zu berauben,

Nimmt die Versammlung nachstehende Entschließung an:

Die Bestimmungen des Absatzes 2 der Entschließung 96 werden gestrichen und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

„Infolgedessen kann jede Person, die das Mandat eines Abgeordneten bei der Beratenden Versammlung oder Mitglieds eines nationalen Parlaments bekleidet, ein Amt im Generalsekretariat oder in der Verwaltung, das aus dem Haushalt des Europarats besoldet wird, erst nach Ablauf ihres Mandats annehmen.“

Zuständigkeit des Ständigen Ausschusses

Auf der gleichen Nachtsitzung beriet die Versammlung im Dringlichkeitsverfahren über den Bericht von Herrn Ernest Popplewell (Engländer, Arbeiterpartei) als Berichterstatter des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten über die Zuständigkeit des Ständigen Ausschusses. Im Namen des Geschäftsordnungs-Ausschusses führte der Berichterstatter aus, es sei unerlässlich, daß in der Zeit, da keine Sitzung der Versammlung stattfinde, irgendein Organ in ihrem Namen sprechen könnte, wenn ein dringendes Problem vorliege. Andernfalls würde die Kontinuität der Arbeit der Versammlung gefährdet sein.

Da keine Einwände vorgebracht wurden, galten die Schlußfolgerungen des Ausschusses als angenommen.

Anhören von hohen Beamten

Schließlich nahm die Versammlung auch die Schlußfolgerungen ihres Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten hinsichtlich des Anhörens von hohen Beamten durch die Versammlung an. Der Ausschuß äußerte die Ansicht, daß, „wenn die Versammlung ihren parlamentarischen Traditionen treu bleiben und darüber hinaus nicht die Früchte der erfreulichen Fortschritte in Frage stellen will, die in dem Verhältnis der Zusammenarbeit mit den Ministern bei unserer Tätigkeit bereits erzielt worden sind, das in Artikel 45, Absatz 1, gewährte Recht betreffs Zutritt zu der Versammlung und Beteiligung an ihren Debatten allein den Ministern vorbehalten bleiben muß.“

Beratender Status

Am Mittwoch, dem 9. Januar, während der Vormittagssitzung erstattete Herr James Dickson (Schwede, Konserv.) den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Gesuche internationaler nichtstaatlicher Organisationen um beratenden Status.

Nach Ausführungen von Herrn René Radius (Franzose, Soz. Republ.) wurde folgender Empfehlungsentwurf einstimmig angenommen:

Empfehlung 120

Im Hinblick auf ihre Stellungnahme Nr. 6 (1953) über die Grundsätze, welche die Beziehungen zwischen dem Europarat und den internationalen nichtstaatlichen Organisationen bestimmen sollen;

im Hinblick auf die im Einverständnis zwischen dem Ministerkomitee und der Versammlung getroffenen Bestimmungen hinsichtlich der Bewilligung des beratenden Status an solche Organisationen;

im Hinblick auf die von den interessierten Organisationen vorgelegten Gesuche,

Empfiehl die Versammlung dem Ministerkomitee: 1) auf nachstehender Grundlage folgenden Organisationen beratenden Status zu bewilligen:

- a) Status nach Kategorie A der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit;
- b) Status nach Kategorie B der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend;
- c) Status nach Kategorie C dem Internationalen Verband der Geistesarbeiter;

2) nicht dem Gesuch nachstehender Organisationen zu entsprechen: *Universala Esperanto Asocio*.

X. KOMMUNALE UND REGIONALE ANGELEGENHEITEN

Europäische Konferenz der örtlichen Behörden

Die Europäische Konferenz der örtlichen Behörden, deren Einberufung im Oktober 1955 durch die Beratende Versammlung auf Vorschlag ihres Ausschusses für kommunale und regionale Angelegenheiten, unter dem Vorsitz von Herrn *Chaban Delmas*, beschlossen worden war (vgl. „Mitteilungen des Europarats“, 5. Jahrg., Nr. 11 — IX), hat am 12., 13. und 14. Januar in Straßburg im Sitzungssaal des Europahauses getagt. 135 Oberbürgermeister und Bürgermeister aus den verschiedenen europäischen Ländern nahmen an dieser Konferenz teil, die dem vielfach von der Versammlung geäußerten Wunsch entsprach, die örtlichen Behörden mit dem Werk des Aufbaus Europas zu verbinden.

Zu Beginn der Eröffnungssitzung wurde Herr *Jacques Chaban Delmas*, stellvertretender Oberbürgermeister von Bordeaux und Staatsminister, zum Präsidenten gewählt. Außerdem wurden sieben Vizepräsidenten gewählt: Herr *Andersson* (Stockholm), Herr *Dardel* (Puteaux), Herr *Gökay* (Istanbul), Herr *Merlot* (Seraing), Herr *Peyron* (Turin), Herr *Rippon* (London) und Herr *Roser* (Esslingen). Die Konferenz nahm darauf die Wahl der Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse vor.

Nach Reden von Herrn *Chaban Delmas* und Herrn *Fernand Dehousse*, der als Präsident der Beratenden Versammlung sprach, ging die Konferenz zu der Beratung verschiedener Berichte über. Der erste, über Kommunalkredite, wurde von Herrn *Janssens* (Belgier) erstattet.

In der darauffolgenden Debatte ergriffen mehrere Redner das Wort: Herr *Peyron* (Italiener), Herr *Micara* (Italiener), Herr *Evers* (Norweger), Herr *Wytteman* (Holländer) und Herr *Benedikter* (Italiener).

Herr *Radius* (Franzose) sprach über die lokalen Probleme, die sich durch die Eröffnung des Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl und die Tätigkeit der EGKS ergeben haben. Nach Ausführungen von Herrn *Antonoli* (Italiener), Herrn *Mondon* (Franzose), Herrn *Rougeron* (Franzose), Herrn *Escande* (Franzose) wurde der Bericht an den Ausschuß für das Studium der lokalen Auswirkungen der EGKS verwiesen. Die Konferenz begann darauf mit der Beratung über den Bericht von Herrn *Jones* (Engländer) über die Beteiligung der örtlichen Behörden an den europäischen Institutionen.

Auf der Nachtsitzung am Samstag, dem 12. Januar, wurden zwei Berichte vorgelegt. Der erste, von Herrn *Altmaier* (Deutscher), betraf die Beteiligung der örtlichen Behörden an der Verbreitung des europäischen Gedankens. Daran anschließend folgten Ausführungen

von Herrn *Brugner* (Italiener) und Herrn *Maclean* (Engländer). Der zweite bezog sich auf die Rechtfertigung und Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung. Er wurde von Herrn *Dickson* (Schwede) eingeleitet. In der Debatte sprachen die Herren *Mondon* (Franzose), *Lugger* (Österreicher), *Abel-Durand* (Franzose), *Radius* (Franzose), *Roser* (Deutscher) und *Dickson* (Schwede). Diese beiden Berichte wurden darauf an den Ausschuß zurückverwiesen.

Der 13. Januar (Sonntag) war im wesentlichen der Arbeit der Ausschüsse gewidmet. Die Konferenz nahm ihre Sitzungen am 14. Januar unter Vorsitz von Herrn *Chaban-Delmas* wieder auf.

Kommunalkredite

Nach der Eröffnung legten Herr *Micara* (Italiener) und Herr *Mossé* (Franzose) im Namen des Ausschusses für Kommunalkredite den Entwurf einer Stellungnahme vor, die mit 81 gegen 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen wurde. Die Konferenz schlägt darin vor, daß alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Ausgabe von Anleihen durch die Stadtverwaltungen und die nationalen Kommunalkredit-Institute auf den ausländischen Kapitalmärkten zu erleichtern.

Die örtlichen Behörden und die EGKS

Die Konferenz nahm darauf den Entwurf einer Stellungnahme von Herrn *Heiland* (Deutscher) mit 75 Stimmen gegen 1 Stimme bei 8 Enthaltungen an. In diesem Entwurf ersucht vor allem die Konferenz die Beratende Versammlung, den Regierungen der Mitgliedstaaten der EGKS zu empfehlen, den Vertrag dahingehend abzuändern, daß den örtlichen Behörden, die daran interessiert wären, ermöglicht würde, sich selbst unmittelbar an die Hohe Behörde zu wenden, um deren Eingreifen zu erreichen oder ihre Unterstützung zu erhalten, und zwar im besonderen auf folgenden Gebieten: Umstellung von Fabriken; Führung und Ausbildung der Jugend; Wohnungsbauprobleme. Die Hohe Behörde sollte außerdem gebeten werden, einen Fonds zu bilden, der dazu bestimmt wäre, die Anleihen von Gemeinden zu garantieren, die von der Hohen Behörde als anleiheberechtigt anerkannt worden sind, und die Transportmöglichkeiten, besonders die Wasserwege, zu entwickeln.

Verbreitung des europäischen Gedankens

Anschließend legte Herr *Lugger* im Namen des Ausschusses für die Beteiligung der örtlichen Behörden am Aufbau Europas den Entwurf einer Stellungnahme und einer Entschließung vor. Dieser abgeänderte Entwurf wurde mit 84 gegen 2 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. In ihm werden die Mitglieder der Gemeindevertretungen aufgefordert, die europäischen Betätigungen soweit wie nur irgend möglich in der Öffentlichkeit bekanntzumachen, weitgehend sich an dem Besuchs Austausch zwischen den Gemeinden zu beteiligen und die Praxis der Städte-Verschwägerungen zu entwickeln.

Aufbau Europas

Der von Herrn *Ronse* (Belgier) vorgelegte Entwurf einer Stellungnahme betraf die Beteiligung der örtlichen Behörden an dem Aufbau Europas. Die drei ersten Teile dieses Entwurfs wurden mit 86 gegen 2 Stimmen bei 6 Enthaltungen, der vierte Teil mit 71 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Die Konfe-

renz dankt der Versammlung dafür, daß sie die Möglichkeit für eine solche Tagung geboten hat. Sie bittet sie, sich darum zu bemühen, daß durch das Ministerkomitee die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden, um die alljährliche Einberufung der Konferenz zu sichern und die Konferenz über die bei europäischen Betätigungen auftauchenden Probleme zu konsultieren, die von Interesse für die Gemeinden sind. Sie übernimmt die Aufgabe, ihre nationalen Delegationen zu ersuchen, bei den betreffenden Regierungen darauf hinzuwirken, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um die alljährliche Einberufung der Konferenz zu gestatten. Sie bekräftigt den Wert der Konsultation der Gemeinden oder ihrer Integration bei den europäischen Instanzen.

Einladung an den ehemaligen Oberbürgermeister von Budapest

Der Präsident teilte der Konferenz mit, daß er den ehemaligen Oberbürgermeister von Budapest, Herrn Kfvago, eingeladen hatte, den Debatten beizuwohnen. In einem Telegramm, das in der Sitzung verlesen wurde, sprach Herr Kfvago sein Bedauern darüber aus, daß er die Einladung nicht habe annehmen können.

Auf Vorschlag von Herrn Koref (Österreicher) nahm die europäische Konferenz der örtlichen Behörden einstimmig folgende Erklärung an:

„Die europäische Konferenz der örtlichen Behörden, tief berührt durch das tragische Schicksal des tapferen ungarischen Volkes;

im Bewußtsein der ernststen Auswirkungen der Ereignisse in Ungarn auf die örtlichen Verwaltungen in diesem Land,

Gibt der heißen Hoffnung Ausdruck, daß das ungarische Volk bald seine demokratische Freiheiten zurückgewinnen wird und daß daraufhin die örtliche Selbstverwaltung in Ungarn wieder aufleben wird;

Spricht ihre warmen Gefühle der Solidarität aus, vor allem mit der Stadt Budapest, der herrlichen, alten und historischen Hauptstadt;

Sendet der so hart getroffenen ungarischen Nation ihren feierlichen Gruß und drückt ihre feste Überzeugung aus, daß Ungarn eines Tages wieder ein glückliches Land sein wird, in einem vereinigten, freien und demokratischen Europa und in einer Welt im Frieden.“

Örtliche Selbstverwaltung

Am Montag, dem 14. Januar, auf der Nachmittags-sitzung wurde der von Herrn Le Gallo (Franzose) im Namen des Ausschusses für örtliche Selbstverwaltung vorgelegte Entwurf einer Stellungnahme mit 62 gegen 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. In dieser Stellungnahme, die zunächst allgemeine Begriffe von der kommunalen Selbstverwaltung gibt, werden gewisse Grundsätze aufgestellt, die geachtet werden sollen, und es wird im besonderen erklärt, daß „die kommunalen und regionalen Freiheiten in der Verfassung festgelegt und durch das Recht zur Anrufung eines unabhängigen Gerichtshofes garantiert werden müßten“ und daß „die Gesetzentwürfe, welche die allgemeine Organisation der Gemeinden regeln, in Fällen, da gemäß Erklärung des Parlaments ein Notfall vorliegt, einer legalen Vertretung der lokalen und regionalen Behörden zur vorherigen Stellungnahme unterbreitet werden sollten“. Weitere Grundsätze beziehen sich auf die Rechte und Pflichten der regionalen Verwaltungen gegenüber ihren Bürgern oder gegenüber vorgesetzten Behörden.

Nachdem Herr Basar im Namen der türkischen Delegation, Herr Peyron im Namen der italienischen Delegation und der Vizepräsident des Ausschusses für kommunale und regionale Angelegenheiten der Beratenden Versammlung, Herr Schmal, gesprochen hatten, hielt der Präsident eine kurze Ansprache, in der er diese erste Konferenz der örtlichen Behörden für geschlossen erklärte.

XI. NATIONALE PARLAMENTE

Paris: Abstimmung der Nationalversammlung zugunsten des Gemeinsamen Marktes

Die französische Nationalversammlung schloß am 22. Januar eine mehrtägige Debatte mit einer Abstimmung zugunsten des Gemeinsamen Marktes.

Mit 331 gegen 210 Stimmen nahm sie folgenden Antrag an:

„Die Nationalversammlung,

Begrüßt, nachdem sie die Erklärungen der Regierung angehört hat, die Fortschritte, die auf dem Wege zum Abschluß eines Vertrages über einen europäischen Gemeinsamen Markt, der die wesentlichsten Interessen der französischen Wirtschaft garantieren wird, erzielt worden sind;

Ersucht die Regierung, die Verhandlungen im Hinblick darauf fortzusetzen, daß sie vor der Unterzeichnung des Vertrages erreicht:

a) die ausdrückliche Bestätigung der auf der Ebene der Sachverständigen erzielten Abkommen auf dem Gebiet der Harmonisierung der Soziallasten;

b) hinsichtlich der Landwirtschaft vor dem Ende der ersten Etappe des Gemeinsamen Marktes den Abschluß langfristiger Kontrakte bei garantierten Preisen und die fortschreitende Ersetzung der nationalen Marktorganisationen durch europäische Organisationen, die den Erzeugern die gleichen Sicherheiten im Rahmen einer gemeinsamen Agrarpolitik zubilligen;

c) hinsichtlich der Überseegebiete, daß ihre Assoziation mit dem Gemeinsamen Markt auf der Grundlage der durch die Regierung aufgestellten Prinzipien geregelt wird;

Ersucht darum, daß die Verhandlungen zum Zweck der Errichtung einer Freihandelszone, in der vor allem Großbritannien miteinbegriffen ist und für die Garantien entsprechend denjenigen, die der Vertrag über den Gemeinsamen Markt enthält, vorgesehen sind, mit Entschlossenheit fortgesetzt werden mit dem Ziel eines möglichst baldigen Abschlusses;

Ersucht die Regierung, unter der Perspektive des Gemeinsamen Marktes eine Investitionspolitik zu verfolgen, welche die Modernisierung der französischen Wirtschaft anstrebt und die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Zahlungsausgleich ermöglicht; und

Geht, unter Ablehnung jeder weiteren Hinzufügung, zur Tagesordnung über.“

Herr Pierre-Henri Teitgen, der zunächst gewünscht hatte, daß die Debatte durch die Abstimmung über einen Antrag abgeschlossen würde, der die Unterschrift der Mehrzahl der Vertreter Frankreichs beim Europarat und der Gemeinsamen Versammlung der ECKS trüge, schloß sich dem Antrag an, der dann angenommen wurde, und der übrigens von einer Reihe von Abgeordneten der Beratenden Versammlung mitunterzeichnet ist, den Herren Verdier, Paul Reynaud, Plevin, P.-H. Teitgen, Félix Gailard, Gaborit, Jean Legendre, Le Bail, de Menthon, Courant, Jean Charlot, Pierre Coulon, Gilles Gozard, André Mutter, P.-O. Lapie.

Brüssel: Der belgische Senat steht einer vierten Versammlung ablehnend gegenüber

Der belgische Senat hat am 31. Januar einstimmig und ohne Debatte einen Antrag angenommen, der von dreien seiner Mitglieder eingebracht wurde, unter denen sich zwei Abgeordnete der Beratenden Versammlung befinden: den Herren *Dehousse*, *Struye* und *Coulonvaux*. In diesem Antrag wird die Empfehlung aufgegriffen, welche die Versammlung angenommen hatte, um ihre Opposition gegen die Schaffung einer vierten europäischen Versammlung zum Ausdruck zu bringen.

Luxemburg: Gleiche Opposition in der luxemburgischen Kammer

Die luxemburgische Deputiertenkammer hat durch Handaufheben für eine Entschließung gestimmt, in der die Regierung aufgefordert wird, gegen die Schaffung einer vierten europäischen Versammlung für Euratom und den Gemeinsamen Markt Stellung zu nehmen.

Dublin: Stellungnahme zur Freihandelszone

Am 23. Januar hat die irländische Regierung bekanntgegeben, daß sie plane, sich der europäischen Freihandelszone anzuschließen. In der Erklärung wird hinzugefügt, daß die Freihandelszone und der Gemeinsame Markt für die Wirtschaft Irlands wesentliche Folgen haben werden und daß sie eine grundlegende Umstellung der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftlichen Projekte des Landes erforderten.

VERSCHIEDENES

Konstituierung eines Ungarischen Revolutionsrates

Auf Initiative eines vorläufigen Komitees kamen etwa fünfzig Vertreter ungarischer Organisationen und politischer Parteien am 5., 6. und 7. Januar in Straßburg zusammen, um die Wahl eines Ungarischen Revolutionsrates vorzunehmen. Frau *Anna Kethly*, Staatsminister der Regierung *Imre Nagy* und Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei, wurde zur Präsidentin gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Militärgouverneur *General Kiraly* und der Oberbürgermeister von Budapest, Herr *Joseph Kövago*.

Am Dienstag, dem 8. Januar, ging der neugebildete Revolutionsrat daran, seine leitenden Organe zusammenzustellen. Es wurde ein Exekutiv-Komitee eingesetzt, dessen Präsidium Frau *Kethly* und die beiden Vizepräsidenten des Revolutionsrates übernehmen. Diese drei Persönlichkeiten bilden ein Komitee, das die Aufgabe hat, der Stimme des ungarischen Volkes vor den internationalen Instanzen Gehör zu verschaffen.

Neue Mitglieder der Beratenden Versammlung

Die Versammlung nahm die Bestätigung der Mandate folgender neuer Mitglieder der Beratenden Versammlung vor: *Walter Elliot* (Engländer, Konserv.), Abgeordneter; Frau *Maxsein* (Deutsche, CDU), Herr *Ruygers* (Holländer, Arbeiterpartei) und Herr *Serres* (Deutscher, CDU), Stellvertreter.

Neuer Präsident des Rates der OEEC

Der Schatzkanzler der britischen Regierung, Herr *Peter Thorneycroft*, wurde anstelle von Herrn *Harold Macmillan*, der britischer Regierungschef geworden ist, zum Präsidenten des Rates der OEEC ernannt.

Diner zu Ehren von Lord Layton

Für den ausscheidenden Vizepräsidenten der Beratenden Versammlung, Lord *Layton*, wurde von dem Präsidenten der Versammlung, Herrn *Fernand Dehousse*, und dem amtierenden Generalsekretär des Europarats, Herrn *Dunstan Curtis*, ein Essen gegeben. In Anwesenheit von Persönlichkeiten aus der Politik, aus diplomatischen Kreisen und von der Presse rühmte Herr *Dehousse* mit warmen Worten die Qualitäten des Doyens der Vizepräsidenten und würdigte den Anteil, den er an den zugunsten der europäischen Einheit geleisteten Anstrengungen genommen hat. Lord *Layton* erklärte, daß er fortfahren werde, für eine Sache zu kämpfen, die allein, wie er glaube, die moralischen, kulturellen und materiellen Interessen aller europäischen Nationen sichern könne.

Vorläufiger Terminkalender

- | | |
|-----------------------|---|
| 1. Februar: | Präsidium der Beratenden Versammlung (Brüssel) |
| 2. Februar: | Tagung der Präsidien der drei europäischen Versammlungen (Brüssel) |
| 7. Februar: | Ausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen (Paris) |
| 8. Februar: | Gemischter Ausschuß (Paris) |
| 8. Februar: | Unterausschuß für das Studium einer Pensionsordnung (Arbeitsgruppe für die Beamtenschaft) (Paris) |
| 9. Februar: | Ständiger Ausschuß (Paris) |
| 11.—13. Februar: | 3. Tagung des Verwaltungsrates des Wiedereingliederungsfonds (Paris) |
| 11.—13. Februar: | Sachverständigenausschuß für Fragen der Auslieferung (Straßburg) |
| 11.—15. Februar: | 2. außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (Straßburg) |
| 14.—20. Februar: | Sachverständigenausschuß für juristische Zusammenarbeit in Strafsachen (Straßburg) |
| 18. Februar: | Tagung der Verbindungsausschüsse Europarat/OEEC unter Beteiligung von Mitgliedern des Wirtschafts- und des Landwirtschaftsausschusses (Paris) |
| 18. Februar: | Ausschuß für Wirtschaftsfragen (Paris) |
| 18.—19. Februar: | Sonderausschuß für Landwirtschaft (Paris) |
| 23. Februar: | Tagung des Auswahlkomitees des Europapreises der Beratenden Versammlung (Stiftung F.V.S.) (Hamburg) |
| 1. März: | Ausschuß für kommunale und regionale Angelegenheiten (Paris) |
| 11.—13. März: | Sonderausschuß für die nicht vertretenen Nationen (München) |
| 15.—16. März: | Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten (Paris) |
| 25.—30. März: | Sachverständigenausschuß für die Frage der juristischen Personen (Straßburg) |
| 29. April bis 4. Mai: | 1. Teil der neunten ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung |
| 6.—8. Mai: | Versammlung der WEU (Straßburg) |